

OTTMAR SCHREINER:
Das Sparpaket
der Bundesregierung

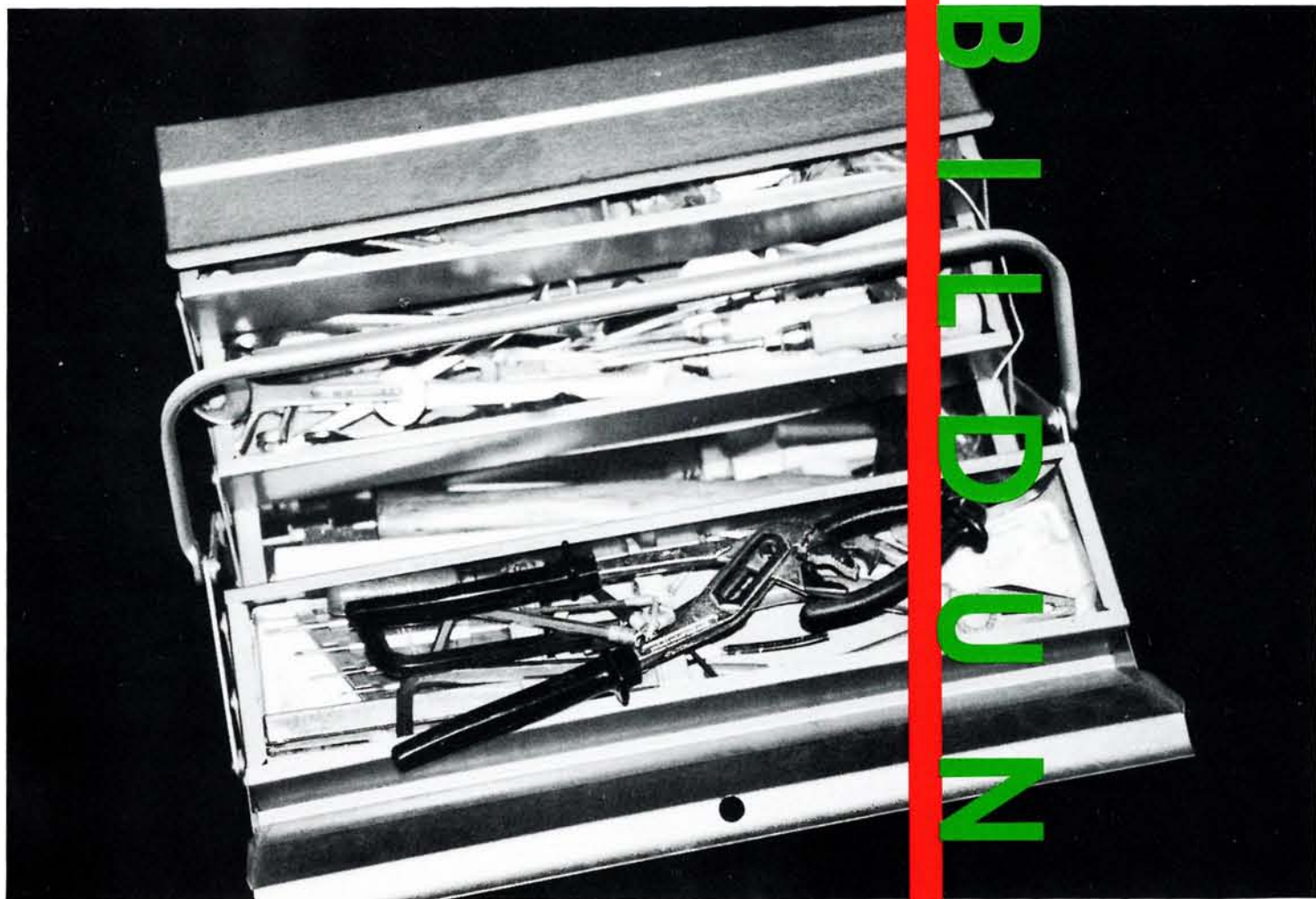
OSKAR NEGTE:
Für einen alternativen
Begriff gesellschaftlicher
Vernunft

EDELGARD BULMAHN:
Wege aus der
Ausbildungskrise

SPÖW

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

AUS BILDUNG



Ausgabe 3/96 • Heft 89 • 8,50 DM • Mai/Juni 1996

ISSN 0170-4613

von Uwe Kremer

Gewissermaßen passend zum Schwerpunkt dieses Heftes flatterte mir der Entwurf für einen jugendpolitischen Leitartikel auf den Tisch - ein Dokument des geistigen Zustandes in den Zuarbeiterabteilungen der oberen Parteitage. Die Autoren schaffen es doch glatt, keine einzige Zeile darauf zu verwenden, was die konservativ-neoliberale Politik für Konsequenzen für Jugendliche mit sich gebracht hat und bringen wird, bzw. sich mit dem politischen Gegner auseinanderzusetzen. Stattdessen ein pseudo-jugendsoziologisches Gesülze a la (Der Parteitag möge beschließen:) „Statt unbedingten Gehorsam zu erwarten und notfalls mit Strafe, gar Züchtigung nachzuhelfen, fühlen sich Eltern und Lehrer heute weniger als Erzieher denn als Partner der Kinder. Je höher der soziale Status, desto mehr Autonomie gewähren Eltern ihren Sprößlingen in der Lebensgestaltung. Viele Jugendliche fühlen sich in ihrem Elternhaus so wohl, daß die Neigung zum 'Nesthocken' im 'Hotel Mama' stetig zunimmt.“

Daß der wieder zunehmende längere Verbleib von Jugendlichen vielleicht auch etwas mit veränderten sozialen und finanziellen Bedingun-

gen und nicht zuletzt mit der erwähnten konservativen Politik zu tun haben könnte, scheint den Autoren entgangen zu sein. Daran anschließend werden essentielle Programmpunkte wie die Gesamtschule oder die soziale Grundsicherung endgültig vergessen; aber stattdessen folgt ein Forderungsgestammel a la „Wir wollen die Eigeninitiative, durch die sich phantasievolle Lebensräume entwickelt haben, unterstützen“ oder etwas konkreter „Wir wollen einen qualifizierten Ausbau des Bundeskinder- und Jugendplanes, der sich kostenneutral an die veränderte gesellschaftliche Entwicklung anpaßt“. Ja - und dann heißt es noch: „Wir wollen den aktiven Dialog mit den jungen Menschen suchen und ihnen stärker ein Forum in und mit der SPD bieten.“ Also bitte, das ist doch schlichtweg gelogen!

Nun zu einem wesentlich ernsteren Thema: Zum zweiten Mal hat das Stasi-Syndrom den Herausgeberkreis der spw erreicht. Nach dem „Fall Kurt Wand“ nun der „Fall Diether Dehm“ - erneut und vielleicht sogar noch nachdrücklicher auch ein spw-Fall, der uns zwei Jahrzehnte zurückführt in die Jahre 1976 ff. Im Heft 5/1993 hatten wir Dokumente zum Hamburger Juso-Bundeskongreß von 1977 abgedruckt - insbesondere zum damaligen Auftritt des kurz zuvor aus der DDR ausgebürgerten Wolf Biermann. Diether sorgte in entscheidendem Maße dafür, daß Biermann trotzdem für eine Zusammenarbeit mit der DKP plädierte (was die Stasi wohl so interpretierte, daß Diether Biermann „im Griff habe“). Und Diether führte etwa gleichzeitig Gespräche mit DDR-Oberem mit dem Ziel, die Ausbürgerung rückgängig zu machen. Vermutlich der wohl exponierteste Versuch, sich als linkssozialdemokratischer Vermittler zwischen Parteilokommunismus und sozialistischem Dissidentum zu betätigen und gleichzeitig als DDR-Verbesserer Verantwortung zu übernehmen - wohl eine eitle Selbstüberschätzung, aber auch ein Herzensanliegen in weiten Teilen des damaligen innerwie außerparteilichen „Stamokap-Spektrums“ und insbesondere der spw.

Nun: Dieser Versuch scheiterte und führte bei Diether im Jahre 1978 zu einem ca. 10 Jahre anhaltenden Abbruch der DDR-Kontakte. Man

darf gespannt sein, ob diese Tatsache Anlaß bietet, sich um ein Verstehen der damaligen Vorgänge, der Motivationen und Handlungen der Beteiligten zu bemühen - oder ob es nur um innerparteiliche Revanchen geht. Dennoch: Es bleibt Diethers persönliche Verantwortung dafür, daß er zuvor zuviel gequatscht hatte und - IM hin, IM her - hatte wissen müssen, daß seine Informationen Verwendung finden würden. Aber es bleibt wie im Falle von Kurt Wand auch dabei, daß dieses persönliche Versagen eingebettet ist in die Geschichte dieser Zeitschrift und die politische Verantwortung für diese Geschichte, die die Verstrickungen mit dem „realen Sozialismus“ ebenso umfaßt wie die Brüche mit den dortigen Machthabern.

„Verantwortung“ - dieses Wort geht mir bei derartigen Vorgängen ständig durch den Kopf. Daß man für sein Tun verantwortlich ist und auch zur Verantwortung gezogen werden kann, erscheint mir wesentlich zu sein. Und wesentlich ist auch, daß dies von Kurt Wand und von Diether akzeptiert worden ist, was immer die Konsequenz sein mag. An dieser Stelle fällt mir dann aber auch immer wieder auf, daß diese Sache mit der „Verantwortung“ gar nicht so banal ist, wie sie vielleicht klingt. Oder in Frageform ausgedrückt: Was ist mit der Verantwortung derjenigen in unserer Partei, die z.B. die Zerstörung des jugoslawischen Staatswesens unterstützt und zum nachfolgenden Desaster beigetragen haben; was mit der Verantwortung derjenigen, die in den vergangenen Jahren unsere Partei in einem Ausmaß heruntergewirtschaftet haben, daß man ihnen eigentlich ein Parteiordnungsverfahren an den Hals hängen müßte; und was ist heutzutage mit der Verantwortung derjenigen SPD-Politiker, die mit ihren Forderungen nach Sozialabbau die Interessen der ureigensten Klientel - nämlich der sozial Schwachen - verraten? Alles dies ist „unverantwortlich“, doch niemand von den Betroffenen braucht zu fürchten, zur Verantwortung gezogen zu werden. Wie bizarr wirken die Rufe nach Verantwortung und Rechenschaft bis hin zum Parteiaus-schluß, die jetzt in Diethers Falle ertönen, in dieser organisierten Verantwortungslosigkeit, die sich in der Ära nach Hans-Jochen Vogel ausgebreitet hat ...

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Heinz Albrecht (Berlin)
 Edelgard Bulmahn (Hannover)
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Diether Dehm (Frankfurt/M.)
 Katrin Fuchs (Verl.)
 Christel Hanewinkel (Halle/S.)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Susi Möbbeck (Bremen)
 Kurt Neumann (Berlin)
 Peter von Oertzen (Hannover)
 Horst Peter (Kassel)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorsten Cabalo
 Ulrike Hensel
 Heiner Kockerbeck
 Christoph Meyer
 Silvia Rosendahl
 Reinhold Rünker
 Ralf Schmitz
 Stefan Schostok
 Georg Schulze
 Joachim Schuster
 Norbert Sprafke
 Barbara Underberg
 Claudia Walther

Redaktionssekretär
Ralf Krämer**Redaktions- und Verlagsanschrift:**

spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Fresienstraße 26, 44289 Dortmund
 Telefon 02 31/40 24 10 (Verlag)
 Telefon 02 31/40 14 11 (Redaktion)
 Telefax 02 31/40 24 16
 E-mail: SPW-VERLAG
 @LINK-DO.soli.de

Geschäftsführung:

Andreas Bach
 Ulla Saß
 Olaf Schade
 Hans-Peter Schulz
 Alfred Voges

Konto des Verlages:
 Postgiroamt Dortmund
 Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr
 mit 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 58,-
 ermäßigtes Jahresabonnement
 (für SchülerInnen, StudentInnen,
 Erwerbslose) DM 49,-,
 Auslandsabonnement DM 61,-.

Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Manuskripte sollen in
 Maschinenschrift und mit einem aus-
 reichenden Rand versehen sein.
 Wenn möglich, sollen Manuskripte auf
 Diskette mit einem Ausdruck geliefert
 werden (MS-DOS-Textverarbeitungs-
 system, 5 1/4 oder 3 1/2 Zoll).

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 1996.
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
 vorbehalten.

Titelfoto:

Silke Deppmeyer, Bochum

Satz und Gestaltung:
 Judith Nußbaum, Köln

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
 1-3 Tausend, Mai 1996

INHALT

Uwe Kremer

kurzum..... 2

MAGAZIN

Ottmar Schreiner

Das Sparpaket der Bundesregierung –
 eine Kampfansage an SPD und Gewerkschaften 4

Barbara König und Benny Mikfeld

Es wurde mal wieder Politik gemacht
 Juso-Bundeskongreß am 3. – 5. Mai 1996 in Hannover 6

Silke Mueter und Matteo Rebesani

Im Zeichen des Olivenbaums: Italiens Linke auf dem Weg zur Macht 8

Reinhold Rünker

Rot-Grün in NRW - Krise überwunden? 10

GEWERKSCHAFTS-POLITIK

Ralf Löckener und Thomas Westphal

Bündnis für Arbeit - Aufstieg und Fall 12

Oskar Negt

Für einen alternativen Begriff gesellschaftlicher Vernunft
 Kritische Anmerkungen zum Entwurf für ein neues DGB-Grundsatzprogramm 16

AUSBILDUNG

Barbara Underberg

Zukunft der Arbeit: das Ausbildungssystem
 Einleitung zum Heftschwerpunkt 21

Reinhard Hahn und Thilo Kämmerer

„Bündnis für Ausbildung“ bereits gescheitert? 23

Edelgard Bulmahn

Wege aus der Ausbildungskrise 27

Torsten Bultmann

Hochschulreform gegen hierarchische Arbeitsteilung 30

Sven Kalbe und Jürgen Katzer

Die Zukunft verschlafen?
 Gewerkschaften an den Hochschulen 34

RECHTE IDEOLOGIEN

Dieter Rudolf Knoell

Liberalität als Gnade der Überlegenen 37

Christian Kraxner

Autoritärer Populismus 41

GESCHICHTSPOLITIK

Ulrich Schneider

Buchenwald - ein Objekt der Geschichtspolitik 45

Peter Reif-Spirek

Vier Einwände zu Ulrich Schneider 47

THEORETIKER/INNEN

Antje Trosien und Claudia Walther

Alexandra Kollontai - Von Liebe und Arbeit 49

FRIEDENSBEWEGUNG

Peter Strutynski

Zum Verhältnis von Pazifismus und Politik 53

INTERNATIONALES

Heiko Kretschmer

Bulgarien im Umbruch 57

Das Sparpaket der Bundesregierung

Kampfansage an die SPD und die Gewerkschaften

von Ottmar Schreiner*

Seit 1992 hat die Koalition aus CDU/CSU und FDP in etwa halbjährlichen Abständen Spargesetze verabschiedet, die hauptsächlich Kürzungen von Sozialleistungen zum Ziel hatten. Dazu kamen Änderungen im Steuersystem, die im wesentlichen Unternehmen begünstigten. Sichtbares Zeichen dieser Politik: der Anteil der Lohnsteuer am Steueraufkommen ist von 1989 bis 1995 von 33,9% auf 37,0% gestiegen, der Anteil der Unternehmensteuern dagegen von 14,3% auf 8,7% zurückgegangen. Das finanzpolitische Ziel, bei Sozialleistungen einzusparen, wurde dagegen nicht erreicht, weil eine ständig höhere Zahl von Empfängern, insbesondere von Arbeitslosengeld-, -hilfe und Sozialhilfe, die geringeren Zahlbeträge pro Kopf kompensiert hat.

Deutschland steht in der Tat vor einer grundsätzlichen Entscheidung. Es geht in erster Linie nicht um Finanzen, sondern darum, ob das sozialstaatliche Konsensmodell weiter trägt oder ob sich die Ellenbogengesellschaft als Strukturprinzip durchsetzt.

Das jüngste Sparpaket der Bundesregierung unter dem irreführenden Titel „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ ist das bisher einschneidendste und bei weitem unausgewogenste. Es unterscheidet sich in seiner Ausrichtung von den Vorgängern insofern, als es ohne jeden Abstrich von der angebotsorientierten Wirtschaftstheorie und von einer politischen Leitlinie der Deregulierung und Begünstigung der „Leistungsträger“ geprägt ist. Ein Blick auf die wichtigsten Maßnahmen verdeutlicht sofort, wohin die Reise geht: Abschaffung der Vermögenssteuer, Senkung der Gewerbesteuer, Kürzung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall auf 80% und des Krankengeldes auf 70%, erschwelter Rentenzugang nach längerer Arbeitslosigkeit, wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit und Heraufsetzung des Rentenalters

für Frauen, Pseudoreform des Arbeitsförderungsgesetzes, die erhebliche Leistungskürzungen vorsieht und die Arbeitsmarktpolitik weiter amputiert durch den Wegfall des Bundeszuschusses zur Bundesanstalt für Arbeit. Dazu kommt eine Deregulierung im Arbeitsrecht durch Wegfall des Kündigungsschutzes für ca. 3 Mio Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und eine Einschränkung bei Sozialplänen.

Mit etwa 15 Jahren Verspätung möchte die Koalition Deutschland anscheinend auf den Weg führen, den die USA unter Reagan und Großbritannien unter Thatcher eingeschlagen haben. Begünstigt wird diese Strategie durch die weit vorherrschende Meinung, daß es zu einem harten Sparkurs keine Alternative gäbe. Der Hinweis auf die Maastricht-Kriterien (maximal 3% jährliche Neuverschuldung, maximal 60% des Bruttoinlandsprodukts öffentliche Gesamtverschuldung) verstärkt den Druck. Quasi als selbstverständlich dargestellt wird dabei, daß bei einer Sozialleistungsquote von 33% erheblich Luft im Sozialsystem bestehe. Gerade Sozialkürzungen konnte die Koalition bisher ohne politischen Schaden durchführen, weil sie mit der völlig überzogenen Mißbrauchsdebatte Beitragszahler und Sozialleistungsempfänger gegeneinander ausgespielt hat. Dazu kommt ein Klima der Angst, in dem die Opferbereitschaft der Bevölkerung ziemlich groß ist, wenn die Regierung dafür Stabilität und Sicherung der Arbeitsplätze verspricht. Steuersenkungen für Unternehmen werden in diesem Zusammenhang stets als Maßnahmen zum Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und zur Schaffung von Arbeitsplätzen dargestellt.

Gewerkschaften, Sozialverbände, Kirchen und SPD gegen „Kapitalismus pur“

Die SPD hat das Sparpaket energisch als ungerecht und unsozial angeprangert. Ausgesprochen wichtig ist zudem der Schulteranschlag mit den Gewerkschaften und Sozialverbänden. Auch die beiden Kirchen haben auf höchster Ebene die Vorlage der Bundesregierung bemerkenswert deutlich kritisiert. Der Sozialgipfel am 7./8. Mai 96 war insofern gerade richtig terminiert. Schließlich hatte der DGB im März noch versucht, in Gesprächen mit der Bundesregierung und den Arbeitgebern

die Essentials des Sozialstaates zu retten. Es war ursprünglich nicht abzusehen, daß die Bundesregierung sogar einen offenen Wortbruch begeht und sich einseitig auf die Seite der Arbeitgeber schlägt. Damit hat sie z.B. bei der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall die Gewerkschaftsinitiative für eigene Wahlkampfzwecke mißbraucht. In diese Strategie paßt auch die jüngste Weigerung der Arbeitgeber, die Mindestlöhne am Bau für allgemeinverbindlich zu erklären und damit Lohn- und Sozialdumping durch Unternehmen mit Sitz im Ausland zu unterbinden. Obwohl die Forderung nach einem Bündnis für Arbeit damit in der Praxis zunächst gescheitert ist, bleibt sie als grundsätzliche Strategie richtig. Sie hat die Gewerkschaften in die Offensive gebracht. Jetzt sollten wir das Konzept zu einem Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit ausbauen.

Deutschland steht in der Tat vor einer grundsätzlichen Entscheidung. Es geht in erster Linie nicht um Finanzen, sondern darum, ob das sozialstaatliche Konsensmodell weiter trägt oder ob sich die Ellenbogengesellschaft als Strukturprinzip durchsetzt. Freie Marktwirtschaft („Kapitalismus pur“) oder soziale Marktwirtschaft lautet die Wahl. Daß die SPD jetzt für die soziale Marktwirtschaft kämpfen muß, ist ein wenig Ironie des Schicksals, vor allem aber Folge von 14 Jahren konservative-liberaler Regierung und der weltweit vorherrschenden Ideologie des schrankenlosen Konkurrenzkampfes. Soziale Demokratie und eine Wirtschaftsordnung, die Effizienz und soziale Gerechtigkeit verbindet, sind aber nach wie vor lohnende politische Ziele. Die SPD muß also ihre Reformvorstellungen unter dieses Leitbild offensiv propagieren, dann besteht eine realistische Chance, die Regierung in die Defensive zu treiben und zum ersten Mal seit Jahren wieder eine klare Alternative bei den Wahlen zu präsentieren. Sie ist damit momentan im Einklang mit einer großen Mehrheit der Wähler und Wählerinnen. Nach Meinungsumfragen lehnen 3/4 der Bevölkerung das Sparpaket ab.

Wirtschaftspolitische Alternativen der SPD

Wir dürfen uns bei der Auseinandersetzung nicht allein auf das Argument krasser sozialer Ungerechtigkeit verlassen. Falls die Konjunktur wieder anspringt und 1998 sich die

* Ottmar Schreiner MdB, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Arbeitsmarktlage wieder verbessert, wird die Gerechtigkeitsdebatte nämlich in den Hintergrund treten. Dann ist auf einmal die Koalition für die Schaffung von Arbeitsplätzen zuständig und für die SPD bleibt nur die Rolle des „Betriebsrates der Nation“, d.h. die der sozialen Abfederung des Strukturwandels. Das reicht nicht aus für die Wahlen. Deshalb müssen wir unsere wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Alternativen nach vorne bringen. Die Auseinandersetzung ist dadurch kompliziert, weil einzelne Maßnahmen wie die Existenzgründungsoffensive und eine Eindämmung des Anstiegs der Personalausgaben durchaus zustimmungsfähig sind. Über eine Befreiung der Betriebe von der Vermögensteuer läßt sich zumindest reden, wenn die Finanzierung gesichert ist. Es darf aber durch punktuelle Übereinstimmung nicht der Eindruck eines großen Konsenses entstehen. Im Gegenteil: insgesamt führt das Sparpaket sogar zu noch mehr Arbeitslosigkeit. Es wird aber den europaweiten Aufschwung später nicht verhindern. Eine rasche Gegenreaktion tut also Not.

Das SPD-Präsidium hat bereits unmittelbar nach Vorstellung des Sparpaketes der Bundesregierung in der Öffentlichkeit eine sozialdemokratische Alternative „Zur Flickschusterei der Regierung Kohl“ vorgelegt. Das Programm unter dem Titel „Zukunft sichern - Zusammenhalt stärken“ enthält neben sinnvollen und sozialverträglichen Sparmaßnahmen den Einstieg in eine Reform von Steuern und Sozialabgaben, sowie wichtige Impulse zur Ausweitung der Beschäftigung. Schon in der Ausgangsanalyse gibt es einen fundamentalen Unterschied zur Regierungskoalition. Nach unserer Meinung liegt der Schlüssel zur Lösung der finanziellen und sozialen Probleme in einer Stärkung von Wachstum und Beschäftigung: mehr Wachstum und Beschäftigung helfen den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden aus der Misere. Wer die sozialen Sicherungssysteme vor dem Kollaps retten will, muß aus Leistungsempfängern wieder Beitragszahler machen. Unser Steuer- und Abgabensystem ist am Beschäftigungsverhältnis ausgerichtet, d.h. solange Massenarbeitslosigkeit herrscht, bleibt dieses System unter dem doppelten Kostendruck, daß bei zurückgehenden Einnahmen die Ausgaben steigen. Die gesamtfiska-

lischen Kosten der Arbeitslosigkeit belaufen sich 1996 auf ca. 165 Mrd. DM.

Mit dem Sparpaket der Bundesregierung werden jedoch die Kosten der Arbeitslosigkeit weiter zunehmen und damit Einsparungen an anderer Stelle zunichte machen. Dazu kommt die selbst unter konservativen Experten (Wirtschaftsforschungsinstitute im Frühjahrsgutachten) wichtige Einschätzung, daß der Export derzeit die einzige Stütze der Konjunktur ist. Es fehlt die Binnennachfrage. Die SPD wird sich daher nicht an dem aussichtslosen wie schädlichen Versuch beteiligen, die konjunkturell bedingten Steuerausfälle durch sofort wirkende Sparmaßnahmen zu kompensieren. Sie wird stattdessen ein verlässliches Konsolidierungskonzept vorlegen, in dem das *strukturelle* Defizit beseitigt wird.

Lastenausgleich, ökologische Steuerreform, Arbeits- und Strukturförderung

Deshalb wollen wir den Solidaritätszuschlag durch einen fairen Lastenausgleich ablösen, der die großen Privatvermögen belastet und andererseits die Kaufkraft der Masseneinkommen stärkt. Deshalb wollen wir einen Einstieg in die ökologische Steuerreform, die Anreize für die Nutzung umweltverträglicher, energiesparender Produkte selbst und so auch Impulse für die Produktion und Beschäftigung im Umweltbereich gibt. Zugleich - das ist momentan eine zentrale Forderung -, werden mit dem Aufkommen aus den Energiesteuern der Bundeszuschuß zur Bundesanstalt erhöht und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zunächst um 2%-Punkte gesenkt. Einige Nachbarländer haben hiermit bereit gute Erfahrungen gemacht. Die bloße Umstellung der KfZ-Steuer nach Umweltkriterien, wie sie die Bundesregierung plant, ist zwar nicht falsch, aber völlig unzureichend und eher ein Ablenkungsmannöver.

Mit einem neuen Arbeits- und Strukturförderungsgesetz wollen wir das unzureichende und immer weiter verstümmelte Arbeitsförderungsgesetz ablösen. Damit sollen die Arbeitsämter den Arbeitslosen und den von Arbeitslosigkeit bedrohten direkt und schon kurzfristig Hilfe anbieten. Dadurch können im Jahresdurchschnitt ca. 500.000 Menschen aus der Arbeitslosigkeit herausfin-

den. Dies ist auch deshalb besonders wichtig, weil im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels durch umweltgerechtes Wirtschaftswachstum nicht genug und nur allmählich neue Arbeitsplätze entstehen. Die menschliche Arbeitskraft kann aber nicht auf Jahre „geparkt“ werden. Wir wollen Arbeit fördern statt Arbeitslosigkeit bezahlen, berufliche Qualifizierung als besonders wichtigen Standortfaktor aufbauen, Langzeitarbeitslosigkeit gezielt bekämpfen und für Frauen mit Quotierung, besonderen Hilfen z.B. nach zwischenzeitlicher Unterbrechung der Erwerbstätigkeit besondere Instrumente in die Hand geben. Wichtig ist auch eine Kombination mit der regionalen Wirtschaftsförderung und generell eine Ausrichtung an den Bedürfnissen der Regionen. Dazu gehört die volle Einbeziehung erwerbsfähiger Sozialhilfeempfänger, um das ineffektive Nebeneinander von Arbeits- und Sozialämtern zu beenden.

Weitere wichtige Elemente unseres Zukunftsprogramms sind die Beseitigung des Mißbrauchs der geringfügigkeitsgrenze in der Sozialversicherung, ein wirkungsvolles Entsendegesetz, in dem der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort durchgesetzt wird, eine Regelung zur Reduzierung von Überstunden und eine generelle Teilzeitförderung (nicht nur bei der Altersteilzeit). Bei wirtschafts- politischen Maßnahmen geht es vor allem darum, Investitionen und Innovationen gezielt anzureizen, eine Existenzgründungswelle auszulösen und zukunftsorientierte Investitionen z.B. im Umwelt- und Klimaschutz, bei den Informations- und Telekommunikationstechniken und den Ausbau transeuropäischer Netze zu gewährleisten. Der angestrebte Umbau des Steuersystems muß durch ein Aktionsprogramm gegen Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung ergänzt werden. Schließlich soll das ganze Programm in eine europäische Beschäftigungsinitiative eingebunden werden. Es kann nicht oft genug betont werden, daß der ehemalige EU-Präsident Delors mit seinem Weißbuch für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung schon 1993 sinnvolle Vorschläge gemacht hat, die bisher aber nicht umgesetzt wurden. Nicht zuletzt die Bundesregierung hat immer wieder hinhaltenen Widerstand geleistet.

Es fehlt die Binnennachfrage. Die SPD wird sich daher nicht an dem aussichtslosen wie schädlichen Versuch beteiligen, die konjunkturell bedingten Steuerausfälle durch sofort wirkende Sparmaßnahmen zu kompensieren.

Es wurde mal wieder Politik gemacht ...

Juso-Bundeskongreß am 3. - 5. Mai 1996
in Hannover

von Barbara König und Benny Mikfeld*

Nachdem auf dem letzten ordentlichen Juso-Bundeskongreß in Gera aggressive Personalquerelen und inhaltsleere Geschäftsordnungsdebatten den Verband in die politische Belanglosigkeit katapultiert hatten, geht von Hannover vor allem ein Signal aus: Die Jusos haben ihre 95er Chaos-Tage vorläufig hinter sich gelassen und sind wieder fähig zu solider inhaltlicher Arbeit. Sie bewiesen sich selbst, daß sie bei zentralen gesellschaftlichen Themen konstruktiv um Positionen streiten können. Aber sie bewiesen es sich eben nur selbst - die Öffentlichkeit nahm beispielsweise vom Juso-Urteil über das gescheiterte „Bündnis für Arbeit“ oder von der Diskussion mit der Parteiprominenz keine Notiz. Dies lag nicht nur daran, daß Schlammschlachten um angebliche Wahlfälschungen spektakulärer als fundierte Antragsberatungen sind, sondern auch an den fehlenden großen Botschaften. Gleichwohl konnten in den zentralen Bereichen „Jugend und Sozialstaat“ sowie internationaler Politik wichtige Etappen für eine inhaltliche und strategische Weiterentwicklung der Jusos beschrritten werden.

Juso-Linke als Gestaltungskraft

Die entscheidenden Impulse kamen in Hannover aus den Reihen der Juso-Linken. In der Debatte um das von der IG Metall initiierte „Bündnis für Arbeit“ machte sie deutlich, daß das Bündnis endgültig an der Blockadehaltung von Arbeitgebern und Bundesregierung gescheitert ist und forderte stattdessen eine „Zukunfts-offensive Arbeit und Ausbildung für alle!“ in Form von fünf wesentlichen Eckpunkten linker Vollbeschäftigungspolitik. Dabei gelang es, mit

den bayerischen GenossInnen eine gemeinsame Position zu formulieren und an dieser Stelle Forderungen nach einer Negativsteuer und einem staatlich subventionierten Recht auf Faulheit einmal mehr eine deutliche Absage zu erteilen.

Zum Bereich „Jugend, Beruf, Sozialstaat“ kam der wesentliche Antrag aus Kernbezirken der Juso-Linken, welcher die Ausbildungskrise und die Zunahme neokonservativer Orientierungen bei Jugendlichen in die aktuelle Standortauseinandersetzung einordnet. Ausgehend von betrieblichen und gesellschaftlichen Umbruchsprozessen wird die Reform der beruflichen Bildung als zentrales Reformprojekt dargestellt.

In der aktuellen Debatte um verschiedene Konzepte einer ökologischen Steuerreform lehnte der linkssozialistische Teil des Verbandes die marktgläubigen Ansätze aus dem „undogmatischen“ Lager und v.a. das Modell der SPD ab und forderte statt der prinzipiellen Aufkommensneutralität einer Öko-Steuer die Verwendung der Einnahmen für ein ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm sowie weitere Regulierungsmechanismen.

Schwerpunkt: Internationalisierung der Juso-Politik

Der Schwerpunkt des Kongresses war der internationalen Politik gewidmet. Jahrelang ein Stiefkind der Jusos, soll der Internat-Bereich im Vorfeld des Festivals der sozialistischen Jugendinternationale (IUSY) zu neuem Glanz erstrahlen. In einem knappen Antrag wurden die Rahmenbedingungen für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung abseits von „Casino-Kapitalismus“ und globalen Deregulierungstendenzen abgesteckt. Den analytischen Hintergrund für diese Forderungen lieferte ein umfassender Beschluß, der die Globalisierung der Ökonomie unter den Prämissen der Standortkonkurrenz zum Ausgangspunkt sozialistischer Kritik macht. Für Jusos ergibt sich als strategisches Handlungsfeld die Forcierung einer Politik der Nord-Süd-Allianzen, die im wesentlichen eine arbeitsteilige Regionalisierung ökonomischer Prozesse, eine nachhaltige Industrie- und Strukturpolitik unter Umverteilungsaspekten sowie eine regionalisierte Sicherheitspolitik beinhaltet. Im Zusammenhang mit dem angestrebten weltweiten sozial-ökologischen Umbau wird die Energiepolitik zum ent-

scheidenden Faktor der Veränderung. An dieser Stelle sind neben aller theoretischer Positionierung auch ganz praktische Ansätze möglich: Mit ihrem zukünftigen Solidaritäts-Projekt „Energieversorgung durch die Sonne: Unsere Schule auf Cuba!“ können Jusos ihren Beitrag zur Schaffung einer gerechteren Weltordnung leisten und zugleich dem 'nationalen' Schlüsselprojekt zum solaren Umbau einen neuen Schub verleihen.

Zur heftigsten Kontroverse kam es in Hannover bei der friedenspolitischen Debatte. Der Bezirk Niederrhein - an dieser Frage selbst gespalten - vollführte den Tabubruch, erstmals auf einem Juso-Bundeskongreß neben der Notwendigkeit von UN-Blauhelm-Missionen auch Kampfeinsätze als 'ultima ratio' zu fordern. Hier zeigte sich am deutlichsten die strukturelle Mehrheit der linken Teile des Verbandes: Statt des niederrheinischen Antrages wurden die vom Arbeitskreis Frieden eingebrachten friedenspolitischen Leitlinien beraten und mit großer Mehrheit beschlossen.

Die einzige Niederlage hatte die Juso-Linke in der Debatte um die europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) hinzunehmen. Der Antragsentwurf des Bundesvorstandes bekräftigte zwar die Ablehnung der rein stabilitätsorientierten Konvergenzkriterien und forderte die demokratische Ausgestaltung der Europäischen Zentralbank, doch konnte sich der Kongreß nicht zu dem Eingeständnis durchringen, die EWWU zum geplanten Zeitpunkt abzulehnen und damit zu verschieben, wie es eigentlich in der Logik des Antrages angelegt war.

Immer Ärger mit Oskar

Nach dem Auftritt Björn Engholms auf dem außerordentlichen Bundeskongreß 1992 erwies den Jusos erstmals wieder ein sozialdemokratischer Parteivorsitzender die Ehre. Neben Lafontaine hatte zudem Franz Müntefering seine Teilnahme zugesagt. Beide schienen aber kein ernsthaftes Interesse an einer Auseinandersetzung mit der eigenen Jugendorganisation zu haben; zumindest rasselten sie ihre standardisierten Textbausteine herunter - allenfalls ergänzt um ein paar Sätze, in denen Jugendliche irgendwie vorkamen.

Der neue Parteivorsitzende mußte Kritik von allen Seiten einstecken.

Der Schwerpunkt des Kongresses war der internationalen Politik gewidmet. Jahrelang ein Stiefkind der Jusos, soll der Internat-Bereich im Vorfeld des Festivals der sozialistischen Jugendinternationale (IUSY) zu neuem Glanz erstrahlen.

* Barbara König, Jugendbildungsreferentin im Juso-Landesverband NRW, lebt in Bonn; Benny Mikfeld, Juso-Bezirksvorsitzender Westliches Westfalen, lebt in Bochum.

Vor allem wurde das fehlende Gesamtprofil der SPD, der Schmusekurs gegenüber der Bundesregierung, die populistische Forderung nach Begrenzung des AussiedlerInnen-Zuzugs und die schwachen Positionen zur Beschäftigungspolitik angegriffen. Deutlich geworden ist vor allem folgendes: die Jusos, die noch während und nach dem Mannheimer Parteitag Lafontaines Wahl als linken Neuanfang verstanden haben, mußten ihre naiven Hoffnungen grundlegend revidieren. Während Lafontaine noch nicht einmal auf die Beiträge einging, stellte sich Münterfering wenigstens einer Diskussion. Er sah sich vor allem mit Kritik an der aktuellen Mitgliederwerbekampagne, die als inhaltleer und entpolitisiert bezeichnet wurde, konfrontiert.

„Und kämpfen wir als Sozialisten endlich in einer Front ...“

War der letzte ordentliche Bundeskongreß noch geprägt von chaotischen Zuständen und inhaltlich wenig fundierten machtpolitischen Zweckbündnissen, zeichnete sich nun in nahezu allen Auseinandersetzungen eine politisch begründete Links-Rechts-Polarisierung und eine wesentlich konstruktivere Atmosphäre ab. Die linken Teile des Verbandes (die Juso-Linke v.a. mit ihren Kernbezirken sowie andere linkssozialistische Teile des Verbandes wie Bayern oder Hessen-Süd) konnten in Hannover solide Mehrheiten erzielen. Der Hannoveraner Kongreß zog die Konfliktlinien im Juso-Verband wieder gerade und verdeutlichte, daß die Auseinandersetzungen der Vergangenheit - vor allem um die kampagnenpolitische Orientierung - instrumentalisierte Scheingefechte waren. Ebenso erfreulich ist, daß die Juso-Bundesvorsitzende Andrea Nahles entgegen unsinnigen und unbegründeten Anfeindungen ihre Position deutlich stabilisieren konnte. Es ist auch ihr Verdienst, den Juso-Verband nach Gera wieder in ruhiger Fahrwasser gebracht zu haben, ohne daß politische Kontroversen verwässert worden wären.

Die meisten inhaltlichen Innovationen kamen vor allem aus den Reihen der Juso-Linken, d.h. politische und strategische Weiterentwicklungen wie die "Plattform Jugend-Arbeit-Sozialstaat" oder die Analyse des globalen Kapitalismus. Während aber die BayerInnen für konstruktive Zusammenarbeit zu gewinnen waren, blieb Hessen-Süd als eigen-

ständige Kraft weitgehend unsichtbar. Die "undogmatischen" Verbandsteile müssen sich dagegen einmal mehr fragen, ob die nun mehrere Jahre zurückliegende Auflösung ihrer Strömung nicht auch die Rechtsentwicklung einiger Bezirke zur Folge hatte. Zwar hält die "undogmatischen" Jusos noch ein taktisches Band auf Bundesebene zusammen, dies wird jedoch weder durch einen programmatischen Diskurs, noch ein gemeinsames Projekt begleitet. Stattdessen zeichnet sich ein weiteres Ausfransen am rechten Rand ab - die niederrheinische Forderung nach Kampfeinsätzen als ultima ratio und die tendenziell sozialliberalen Positionen des baden-württembergischen SPD-Fan-Clubs sind ernstzunehmende Warnsignale. Diesem völlig 'freischwebenden' Lager rechnen sich vor allem einige der Bezirke zu, in denen die Erosion bisheriger Selbstverständlichkeiten voranschreitet - vom Aufweichen inhaltlicher Positionen, der mangelnden Vorbereitung der Delegierten auf den Bundeskongreß bis hin zu einer Infragestellung der Frauenquote. In nicht wenigen Bezirken führt der Mangel an ausstrahlungsfähigen Projekten und die fehlende linke Sozialisation an der Basis zu einer Zunahme an politischer Beliebigkeit.

Aktuelle Herausforderungen für den Juso-Verband

Für die Verbandslinke muß nun die Stabilisierung einer strukturellen Mehrheit auf der Tagesordnung stehen. Die auch hier vorhandenen Differenzen sollten in Zukunft den Stoff für eine kritisch-konstruktive Debatte über Strategie und Programmatik der Jusos als sozialistische Richtungsorganisation bilden. Ob aber die Irrationalitäten der Vergangenheit überwunden sind, ist derzeit nicht absehbar - schließlich wird in einem Jahr wieder gewählt.

Wichtig ist die Fähigkeit zur Kooperation vor allem bei dem im Sommer in Bonn stattfindenden IUSY-Festival als einem zentralem Projekt der Jusos. Die Voraussetzung dafür, daß das Festival ein Erfolg wird, ist die konstruktive Beteiligung und Mobilisierungsarbeit aller Bezirke und Landesverbände. Das Programm und die angekündigten Persönlichkeiten (u.a. Yassir Arafat) liefern dafür eine solide Grundlage.

Die wesentliche politische Herausforderung der nächsten Zeit ist die Auseinandersetzung um die

Ausbildungs- und Beschäftigungskrise: Mit ihrem Horrorkatalog zum Sozialabbau gießt die Bundesregierung Öl ins Feuer neoliberaler Standortideologie, das sich im Herbst bei einer schon jetzt absehbaren Verschärfung der Ausbildungssituation zum Flächenbrand entwickeln kann. Die zentrale Aufgabe der Jusos wird daher in den nächsten Monaten sein, gemeinsam mit Bündnispartnerinnen Proteste gegen die neokonservative Politik der Bundesregierung und die Sozialstaats-Demontage der Arbeitgeberverbände zu organisieren und dort sichtbar mit profilierten Positionen aufzutreten.

Zugleich werden wir unsere Bemühungen verstärken, die Debatte in der SPD um eine linke Vollbeschäftigungspolitik aufzurollen. Hierzu werden die Jusos in den nächsten Monaten die programmatische Grundlage für eine "Zukunftsoffensive Arbeit und Ausbildung für alle!" formulieren. Ein weiteres Ereignis wird die Aufmerksamkeit der Jusos in diesem Jahr erfordern: vom jugendpolitischen Bundesparteitag im November fordern die Jusos eine heftige ernsthafte Diskussion über das sichtbar angeschlagene Verhältnis zwischen der SPD und der jungen Generation ein. Größere Attraktivität für Jugendliche wird die Sozialdemokratie nur mit einem reform- und jugendpolitischen Programmatik erlangen, die die vielfältigen Probleme und Lebenslagen junger Leute ernstnimmt und sich nicht auf die Übernahme angeblicher Jugendklischees beschränkt.

War der letzte ordentliche Bundeskongreß noch geprägt von chaotischen Zuständen, zeichnete sich nun eine politisch begründete Links-Rechts-Polarisierung und eine wesentlich konstruktivere Atmosphäre ab. Die linken Teile des Verbandes konnten in Hannover solide Mehrheiten erzielen.



Im Zeichen des Olivenbaums: Italiens Linke auf dem Weg zur Macht

von Silke Mueter und Matteo Rebesani*

Seit je her ist das politische System Italiens kompliziert und unverständlich, um so mehr noch, wenn man es von außen betrachtet. Die jüngsten Wahlen, die wahrscheinlich als Endpunkt einer langen Transformationphase und fundamentalen Veränderungen der traditionellen politischen Landschaft gelten können, stellen mit Sicherheit ein Schritt in Richtung Vereinfachung dar.

Zunächst gilt es, das politische Ergebnis der Wahlen herauszustellen: Zum ersten Mal ist die Linke an die Regierung des Landes kommen. Der 21. April 1996 wird in der Geschichte Italiens ein wichtiges Datum bleiben. Der politische Sieg der Mitte-Links-Koalition "l'Ulivo" ist nicht zu leugnen; trotz der beschränkten parlamentarischen Mehrheit und der Notwendigkeit, die Unterstützung der Partito della Rifondazione Comunista der äußersten Linken zu erhalten, scheint die Stabilität der zukünftigen Regierung außer Frage gestellt zu sein.

Der lange Weg des Sieges

Der Wahlsieg ist das Resultat einer langen Erneuerungsphase der italienischen Linken die ihre Anfänge 1989 nach dem Fall der Berliner Mauer nahm. Der Partito Comunista Italiano (PCI), der bei den Europa-

wahlen von 1989 27% der Stimmen erhielt, und der bereits seit mindestens zehn Jahren eine europäische demokratische Partei war, läutete einen politischen Prozeß ein, der zu einer kompletten Erneuerung unter dem Namen Partito democratico della sinistra (PDS) führte. Die Zielsetzung dieses Prozesses war es gewesen, die gesamte fortschrittliche und demokratische Linke Italiens zu repräsentieren und eine glaubwürdige Alternative zum korrupten Machtsystem zu bieten.

Der Wandel, vom Generalsekretär Achille Occhetto gewollt und in zwei Jahren intensiver politischer Debatten vollendet, hat seine Bestätigung erfahren. Die PDS ist die einzige Partei, die aus der schweren institutionellen und politischen Krise, die das Land erfaßt hatte, unbeschadet herausgegangen ist. Heute ist die Partei unter Führung von Generalsekretär Massimo D' Alema mit 22% die stärkste politische Kraft in Italien und stellt die vorherrschende Kraft der Koalition dar.

Die Zusammensetzung des Wahlbündnisses

"L'Ulivo" ist das Resultat des Aufeinandertreffens verschiedener historischer und politischer Traditionen: Einerseits der Tradition der europäischen, sozialistischen und sozialdemokratischen Linken der PDS, der katholischen demokratischen Tradition der Partito Popolare, der ökobewegten Grünen, aus der laizistischen und gemäßigten Ecke kommend. Es hat viele Zweifel über die Natur eines Bündnisses mit so heterogenen PartnerInnen gegeben, das einst rivalisierende Parteien zusammenbringt und die Linke zu einem Bündnis mit der gemäßigten Mitte zwingt.

Die strategische und politische Entscheidung der Linken (für das Bündnis) läßt sich auf dreierlei Gründe zurückführen: Zunächst hat der Fall der Berliner Mauer einer ideologischen Debatte, die wesentlich zwischen "kommunistisch" und "antikommunistisch" stattfand, ein Ende bereitet und die Debatte auf Ideen, Grundwerte und Programme konzentriert; zweitens hat das - auch von der PDS gewollte - neue Mehrheitswahlrecht die Voraussetzungen für ein System der wechselnden Regierungsmehrheiten geschaffen; darüberhinaus war die Linke nach den Wahlen von 1994, aus denen die Rechte unter Berlusconi, Fini und

Bossi als Sieger hervorgegangen war, in einer Minderheitenposition und hätte es mit einer Verankerung bei etwa einem Drittel der WählerInnen nicht aus eigener Kraft an die Regierung geschafft.

Es ist auch zu bedenken, daß Italien nach wie vor ein großes Potential einer gemäßigten Mitte-Wählerschaft hat, die nach der Krise der Christdemokraten und im neuen, tendenziell bipolar ausgelegten System noch keine neue politische Heimat gefunden hat.

"L'Ulivo" wurde dank der Entscheidung eines Teils der katholischen und demokratischen Mitte, zusammen mit einem Teil der gemäßigten ItalienerInnen ein Bündnis mit der Linken einzugehen.

Diese Entscheidung, schmerzvoll und tränenreich wie sie gewesen sein mag, hat gleichzeitig der politischen Einigkeit der Katholiken ein Ende bereitet, die sich heute in verschiedenen Parteien dies- und jenseits der Koalition wiederfinden. Für die Partito Popolare rechtfertigte sich das Bündnis mit der Linken sowohl in der gemeinsamen Opposition gegen die populistische und von der postfaschistischen Bewegung "Alleanza Nazionale" dominierte italienische Rechte, als auch in der Übereinstimmung in Werte- und Programmfragen, die die Grundlagen für ein gemeinsames Projekt einer demokratischen Gesellschaft bilden. Viele gemäßigte ItalienerInnen haben sich für ein Bündnis mit der Linken und für die Stimmabgabe für das Mitte-Links-Bündnis entschieden, da sie in dem Bündnis eine glaubwürdige und verantwortungsbewußte Kraft sahen, die in der Lage sei, die ökonomische Krise Italiens zu lösen, ohne es zu einem sozialen Crash kommen zu lassen.

Dem Wahlsieg zum Trotz zeigt eine aufmerksame Analyse, daß es in Italien noch keine Mehrheit der linken Mitte gibt: Die Alleanza nazionale brachte, vor allem im Süden, 15% der ItalienerInnen hinter sich; der Erfolg der Lega Nord hat gezeigt, daß die Unzufriedenheit vieler BürgerInnen nicht durch l'Ulivo aufgefangen werden konnte und ihren Ausdruck daher in der Stimmabgabe für eine Bewegung fand, die sich als Systemalternative darstellt und nichts weiter als die Abspaltung des italienischen Nordens will. Gleichfalls stellt das Anwachsen der Rifondazione Comunista ein Signal aus den Reihen derjenigen ItalienerInnen

Der Wahlsieg ist das Resultat einer langen Erneuerungsphase der italienischen Linken die ihre Anfänge 1989 nach dem Fall der Berliner Mauer nahm.

* Silke Mueter, Informationsreferentin beim Jugendforum der EU und ECOSY Vorstandsmitglied; Matteo Rebesani, wissenschaftlicher Mitarbeiter des PDS-MdEP Biagio De Giovanni, Brüssel

dar, die die "Operation l'Ulivo" mit Vorsicht verfolgt haben und in ihr eine Bedrohung für die Identität der italienischen Linken sehen.

Die gegenwärtigen Herausforderungen

Die Linke steht vor einer doppelten Herausforderung: einerseits muß sie ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen, wobei sie vor der Aufgabe steht, aus Italien ein "normales Land" zu machen, andererseits muß sie ihre Identität als eigenständige politische Kraft innerhalb der Regierung, innerhalb der Koalition, aber vor allem in der gesamten Republik bewahren

Was die Perspektiven für die Regierungsaktionen angeht, so ist die Perspektive positiv. Vielerlei Dinge sind zu tun: Von der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit über die Entwicklung des Südens der Republik bis hin zur Reform des Steuersystems. Darüberhinaus gilt es, die institutionelle Reform zu vervollständigen und das Wahlgesetz zu verbessern, die Regierung zu stärken, ohne dabei die Zentralität des Parlamentes aufzugeben. Schlußendlich ist da noch das Projekt der Staatsreor-

ganisation: Föderalismus ist das Stichwort, mit der Perspektive, den Kommunen mehr Autonomie zu ermöglichen. Mit Blick auf höhere Effizienz steht im gleichen Zusammenhang die Dezentralisation der öffentlichen Verwaltung an.

Was die Linke angeht, so ist die Stunde einer längeren politischen und kulturellen Debatte gekommen, die zu einer besseren Definition ihrer Identität, ihrer Ziele und ihrer neuen starken Rolle als Regierung führen wird. Die Verabredung für die Debatte steht bereits: Ende 1996 auf dem PDS Kongress. Nach einer langen "Notphase" in welcher wegen der politischen Instabilität die Zeit zur Ausarbeitung neuer Politikmodi und eines neuen Typs der Massenparteien in der europäischen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts nicht vorhanden war, ist endlich Raum und Zeit für eine demokratische Debatte.

Es ist notwendig, sich über die Rolle von "l'Ulivo" zu verständigen: Ist es bloßes Wahlbündnis oder ein erster Schritt zu einer Einheitsbewegung aller italienischen Demokraten. Es ist gleichfalls vonnöten, der italienischen Linken ein Profil zurückzugeben, das in der Lage ist, eine de-

mokratische Antwort auf die allen Ländern des Kontinents gemeinsame Krise des Modelles der europäischen Gesellschaft zu geben.

Die Antworten sind weder einfach noch sofort zu haben: Es scheint so, als ob heute im Innern des Bündnisses die Idee, "l'Ulivo" auf ein bloßes Wahlbündnis zu reduzieren, überwiegt. Wenn dem so sein sollte, dann muß die Linke die große Chance der Regierungsbeteiligung zu nutzen wissen, um sich in eine Kraft zu verwandeln, die es versteht, für das ganze Land zu sprechen, die traditionellen Wahlgrenzen zu sprengen und sich auf die Suche nach einem Konsens auf Basis eines politischen politischen Projektes machen, das ein Beispiel für die gesamte europäische Linke sein könnte

IUSY-Festival '96 - The power of solidarity

Eine Woche jungsozialistischer Internationalismus in Bonn

Es ist keine einfache Aufgabe, die sich die JUSOS da gestellt haben: Nicht nur genauso unterhaltsam und kulturell attraktiv, sondern auch politischer als das letzte Festival in Porto 1993 soll das internationale Jugendfestival der IUSY¹ werden, das JUSOS und SJD-Die Falken zusammen in diesem Sommer in Bonn ausrichten. Über 3.000 Jugendliche aus aller Welt werden erwartet. Schwerpunktthema ist das Ziel einer gerechten Weltwirtschaftsordnung. Um die kulturelle und Unterhaltungskomponente braucht sich wohl niemand zu sorgen: Neben Aviv Geffen, der vor dem Mord an Rabin das Friedenslied spielte, haben Bob Geldof, die Jazzkantine und kleinere Bands aus anderen Kontinenten zugesagt.

Auch die Gesamtorganisation ist dank des sehr professionell arbeitenden Festival Office ziemlich weit gediehen. Die Herausforderung liegt jedoch darin, die zahlreichen Seminare, Workshops, Matineen so durchzuführen, daß die seltene Gelegenheit genutzt wird, soviel IUSY-Basis und Leadership auf einmal zu politisieren! Auch politische Highlights, nationale und internationale, sind angesagt: Neben Lafontaine, Scharping und Müntefering wird die Teilnahme von Lea Rabin und Shimon Peres, von Massimo D'Alema und Daniel Ortega erwartet. Gehofft wird auch auf Yassir Arafat und Gro Harlem Brundtland. Jeder Tag steht unter einem anderen Schwerpunkt (Weltwirtschaftsordnung, Global Governance, Equality ...). Und Kundgebungen gehören wie immer dazu. Nachdem in Porto ein Willy Brandt Denkmal eingeweiht worden war, steht diesmal die Umbenennung einer Straße nach

Rabin auf der Tagesordnung. Wer einmal an einem IUSY-Festival teilgenommen hat, weiß wovon hier die Rede ist: IUSY-Festivals sind immer ein unvergeßliches und inspirierendes Ereignis, sind internationale Solidarität in einer Woche konzentriert.

Anmeldungen und Infos:
IUSY

Festival Büro
Kaiserstr. 27
53113 Bonn
Tel. 0228-224928
Fax 0228-217562
und bei allen
Büros der
JUSOS und
der SJD-Die
Falken.



¹ IUSY ist die 1907 (erster Präsident war Karl Liebknecht) in Stuttgart gegründete International Union of Socialist Youth, die insgesamt ca. 120 sozialistische und sozialdemokratische Jugendorganisationen umfaßt.

Rot-grün in NRW - Krise überwunden?

von Reinhold Rünker*

Bis heute hat es die NRW-SPD nicht verdaut, daß sie die Landtagswahlen verloren hat, weil die WählerInnen eine absolute sozialdemokratische Mehrheit eben nicht mehr wollten. In vielen Köpfen spukt weiterhin der Mythos von einem ungerechten, von den WählerInnen nicht gewollten Wahlergebnis.

Die Feiern zum einjährigen Bestehen der rot-grünen Koalition in NRW werden wohl ausfallen - und dies nicht, weil sie bis dahin nun doch noch zerbricht, sondern weil den handelnden Akteuren und ihren SympathisantenInnen kaum zum Feiern zumute sein dürfte. Daß diese Koalition keine Reform euphorie entfachen würde, war den aufmerksamen BeobachterInnen schon nach Abschluß des Koalitionsvertrages mit all seinen Begleiterscheinungen deutlich. Franz Müntefering, der als einer der sozialdemokratischen Stützen der Koalition galt, meinte damals gegenüber spw: „Wenn wir Probleme lösen, ist das schon was.“ Diese Aussage mag seinerzeit seinem eher nüchtern wirkendem Naturell zugeschrieben worden sein. Heute erscheint sie vor dem Hintergrund der durchlittenen Krise im Frühjahr 1996 aber als realistische Prognose.

Die unverdaute Niederlage und gewollte Stolpersteine

Bis heute hat es die NRW-SPD nicht verdaut, daß sie die Landtagswahlen verloren hat, weil die WählerInnen eine absolute sozialdemokratische Mehrheit eben nicht mehr wollten. In vielen Köpfen spukt weiterhin der Mythos von einem ungerechten, von den WählerInnen nicht gewollten Wahlergebnis. Alles sei eigentlich nur ein Versehen und die SPD könne so weitermachen wie bisher. Andererseits gibt es auch das dumpfe Gefühl, daß die Sozialdemokratie ihre gesellschaftliche Veran-

kerung in weiten Teilen auch Nordrhein-Westfalens verloren hat. Schließlich ist selbst der Gewerkschaftsbereich bei weitem nicht mehr sozialdemokratisch dominiert. Bei den Verbraucher- und Mieterorganisationen haben ihnen die Grünen den Rang abgelaufen. Die Vereinslandschaft, sowohl in Sport, Kunst und Kultur als auch anderen Interessenvertretungsverbänden, hat sich zunehmend kommerzialisiert und entpolitisiert.

Innerhalb der SPD, insbesondere der Landtagsfraktion mit ihrem Vorsitzenden Matthiesen, ist weiterhin ein großer Widerwillen gegen die Koalition zu spüren, weil nicht klar ist, was ihr „sozialdemokratisches Profil“ sein soll. Garzweiler diente insbesondere während der Koalitionsverhandlungen als Ersatzidentität, weil die Auffassung noch immer verbreitet ist, daß die traditionelle Industrie- und Dienstleistungsarbeiterschaft von Kohle und Stahl die WählerInnenenschaft ausmacht, die die SPD für sich gewinnen müßte. Daß durch die hier an den Tag gelegte Halsstarrigkeit aber gerade ein Großteil derjenigen WählerInnen verprellt wird, die zu einer modernen Industrie- und Dienstleistungsarbeiterschaft gehören, die Resultat sozialdemokratischer Reformpolitik sind, wird nicht erkannt.

Die Konflikte um den Haushalt 1996 waren symptomatisch: eigentlich waren sich beide Seiten über die zentralen Eckpfeiler einig, dennoch drohte die Koalition zu zerplatzen. Die Drohgebärden von Matthiesen und Clement waren nicht nur Versuche, den Partner zu demütigen und - wenn möglich - zu spalten, sondern drückten auch die Angst aus, daß ihnen die Butter vom Brote genommen werden könnte.

Häutungen

Mit der Beschlußfassung über den Haushalt 1996 hat die rot-grüne Koalition in NRW ihre bislang schärfste Krise überstanden. Vorausgegangen waren zwei Parteitage - einmal der ordentliche der NRWSPD, zum anderen ein außerordentlicher von Bündnis 90/Die Grünen, auf dem das künftige Verhalten der Bündnisgrünen in der Koalition entschieden werden sollte. Auf beiden Parteitagen wurde deutlich, daß sie sich in einem schmerzhaften Klärungsprozeß befinden, deren Abschluß möglichst bald herbeigeführt werden muß, soll die Koalition erfolgreich weitergeführt werden.

Die Entscheidung des Hammer Parteitages von Bündnis 90/Die Grünen war eindeutig: Trotz aller Differenzen in Einzelfragen sollte die Koalition ohne Junktim fortgeführt werden. Dabei fiel die Abstimmung deutlicher aus als erwartet werden durfte. Gleichwohl herrschte ein Eindruck vor, daß es sich die Delegierten nicht leichtgemacht hatten, schließlich hatten sie unter großem Druck eine Entscheidung zu fällen, die das immer noch vorhandene Selbstverständnis als Bewegungs- und Protestpartei berührte.

Nüchtern betrachtet gehört die ehemals vorhandene programmatische Radikalität und Rigidität bei den Grünen der Vergangenheit an. Sie ist vielfach durch eine knallharte Klientelpolitik abgelöst worden, die sich oft kaum von der der alten FDP unterscheidet. Gleichzeitig kommt einer moralischen „political correctness“ auf der symbolischen Ebene weiterhin eine große Bedeutung zu. Greift der sozialdemokratische Teil der Koalition in den Bereichen an, wo Bündnis 90/Die Grünen z.B. mit BürgerInnen-Initiativen eng verflochten sind, werden auch bei den Grünen Forderungen nach einem Ende der Koalition laut, um sich von der Last zu befreien, letztlich gegen eine starke Klientelgruppe entscheiden zu müssen. In gewisser Weise finden sich hier ähnliche Mechanismen wieder, wie es vor zehn Jahren in Hessen bei der Auseinandersetzung um die Atomenergie gewesen ist. Heute sind Bündnis 90/Die Grünen aber weit mehr als nur der politische Arm verschiedener, oftmals Partialinteressen vertretender lokaler Initiativen. Die einen gegen die anderen Interessen abzuwägen ist nicht leicht, doch ist die Position einer Partei in Regierungsverantwortung eine andere als die einer in der Opposition. In diesem Sinne steht Bündnis 90/Die Grünen eine „Häutung“ wohl noch bevor. Aber der Parteitag von Hamm hat gezeigt, daß sie sich diesem gemeinsamen Lernprozeß stellen wollen.

SPD: Reform wider Willen

Der Beitrag des ordentlichen SPD-Parteitages zur Lösung des Koalitionskonflikts war kein unmittelbarer, denn trotz zahlreicher und eindeutiger Wortbeiträge pro rot-grün gab es doch keine verbindliche Verpflichtungserklärung, die die notorischen Quertreiber Matthiesen und neuerdings Clement in die Schran-

* Reinhold Rünker, Landesgeschäftsführer der Jusos NRW, Mitglied der spw-Redaktion, lebt in Köln

ken hätten verweisen können. Vielmehr handelten sie auch nach dem Parteitag so, als würden allein sie über den Fortbestand der Koalition entscheiden.

In Duisburg wurde zudem der Kampf um die Nachfolge von Johannes Rau ein weiteres Mal deutlich. Nachdem mit Franz Müntefering die für Rot-Grün in NRW zentrale Person als Fuhrmann ins Bonner SPD-Hauptquartier gerufen wurde, ist er als möglicher Rau-Nachfolger wahrscheinlich aus dem Rennen. Neben dem ewigen Kronprinzen und „kühlen Intellektuellen“ Clement, präsentierte sich Klaus Mathiessen als sozialdemokratischer Volkstribun. Clement, eigentlich der Prototyp des technokratischen Machers, wollte dem nicht nachstehen und versucht sich einerseits in kühler Helmut-Schmidt-Manier, andererseits mit glühendem Herzen als Lordsiegelwahrer sozialdemokratischer Vollbeschäftigungspolitik.

Der Streit um die Rau-Nachfolge und ihre handelnden Akteure sind jedoch nur ein Symptom für eine tief liegende Krise der NRW-SPD. Die amtierende Generation verfolgt weiterhin Politikkonzepte aus vergangenen Zeiten, die sie lediglich mit sich als modern gerierendem „Standort-Gerede“ aufmotzen. Programmatische Erneuerungen aus den 1980er Jahren (der soziale und ökologische Umbau der Industriegesellschaft NRW) wurde von der NRW-SPD offensichtlich weder in seiner ganzen ökonomischen Breite noch seiner gesellschaftlichen Tiefe verstanden. Industrie- und Strukturpolitik wird so zum Beispiel als Sachzwang aufgrund niedergehender Industriezweige wahrgenommen, nicht als Gestaltungsmöglichkeit für ökologisch sinnvollere Arbeitsplätze. Gestiegene Anforderungen an demokratischer Beteiligung erscheinen lästig und häufig auch noch kostspielig - Dinge mithin, die man sich in „Krisenzeiten“ ebenso wenig leisten kann wie eine sozialpolitische Absicherung gewachsener Individualität.

Die Riege der alter Männer hat sich zwar noch einmal medienwirksam behaupten können, doch ihre Ziele keineswegs. Gegen ihren Willen hat sich der Parteitag nicht nur für eine Umlagefinanzierung der beruflichen Ausbildung, sondern sich auch für eine spürbare, projektorientierte Reform der Landespartei ausgesprochen. Auch wenn die Jusos

zahlenmäßig nur einen kleinen Teil der Delegierten stellten, waren sie doch eindeutig die aktivste und erfolgreichste Kraft auf dem Parteitag. Dies zeigte sich nicht zuletzt daran, daß mit der Juso-Landesvorsitzenden Svenja Schulze und dem ehemaligen mittelhessischen Juso-Vorsitzenden Marc Jan Eumann zwei Jusos die besten Ergebnisse bei den Wahlen zum Landesvorstand erzielten. Die neue politische Generation, die sich zur Zeit formiert, muß die sich jetzt ergebenden Chancen aber auch nutzen - nicht hektisch, sondern wohlüberlegt. Die amtierende „60-Plus“-Generation sollte in Würde abtreten, solange dafür noch Zeit ist.

„Rot-Grün ist das, was die rot-grüne Linke daraus macht“

Der unmittelbare Bruch der Koalition scheint zur Zeit abgewendet. Doch wird es meines Erachtens spätestens bei den nächsten Haushaltsberatungen wieder um den Bestand gehen, weil angesichts des vorherrschenden Einspardiskurses und nicht wegzuleugnender Fehlbeträge im Landeshaushalt die Daumenschrauben für sozial-ökologische Reformprojekte erneut angezogen werden. Dies bietet den Gegnern der Koalition die Möglichkeit, auch gutwilligen BefürworterInnen der Koalition auf beiden Seiten das Leben innerhalb und mit der Koalition schwer zu machen.

Als Manko erweist sich weiterhin das Fehlen einer organisierten Parteilinken, die über den Juso-Kreis hinausgeht. Zwar existiert um den Aufruf „Die SPD erneuern“ von insbesondere jüngeren SPD-Mitgliedern ein erneuter Sammlungsversuch, doch besteht bei vielen GenossInnen noch ein deutlicher Widerspruch zwischen der verbalen Zustimmung zu den dort genannten Zielen einerseits und dem politischen Handeln andererseits. Ohne ein organisierendes Zentrum, wie es der Juso-Landesverband bieten könnte (wenn es die Bezirke denn wollten ...), werden alle Initiativen aber über das papierne Stadium nicht hinauskommen.

Ein weiteres Problem besteht: Es existiert keine „rot-grüne“ Gesellschaftsstruktur in Nordrhein-Westfalen, die eine sozialökologische Reformpolitik vorantreiben und abstützen würde. Gerät die Landesregierung erneut in eine ernsthafte Krise wie im letzten Frühjahr, gelten für sie die „Marktgesetze“ einer weitge-

hend gegen sie gerichteten publizistischen wie öffentlichen Meinung. Auf die Unterstützung einer ihr wohlgesonnenen und ansatzweise hegemonialen gesellschaftlichen Substruktur, die offensiv Rot-Grün vertritt, kann sie nicht hoffen.

Deshalb kommt es darauf an, innerparteilich einen soliden Stützungskurs einer rot-grünen Regierungspolitik zu etablieren, zum anderen die gesellschaftliche Verankerung in hegemonial entscheidenden Bereichen wieder voranzutreiben. In diesem Sinne wäre nicht nur ein „nordrhein-westfälisches Crossover“ zur Absicherung landespolitischer sozialökologischer Initiativen erforderlich, sondern gerade auch eine wohlwollende und fordernde Bezugnahme auf die Landespolitik durch diejenigen Bewegungsstrukturen und gesellschaftlichen Segmente, in denen die rote und grüne Linke ihre Stützpunkte hat. Dies wäre keineswegs gleichzusetzen mit einer sozialökologischen „Burgfriedenspolitik“ gegenüber einer oftmals der Standortdebatte anheimgefallenen Landesregierung. Vielmehr könnten so wenigstens Handlungsspielräume eröffnet und genutzt werden, die sich schlicht und ergreifend daraus ergeben, daß es radikalreformerische Kräfte in den Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen gibt.

Gerade angesichts der nach den Landtagswahlen vom März 1996 losgetretenen Debatte vom Ende rot-grüner Reformmehrheiten und dem Wiederaufkommen von Schwarz-Grün-Debatten z.B. für das Saarland oder auch Hamburg käme es darauf an, daß sich Rot-Grün als ernstzunehmende linke Alternative zur vorherrschenden Standort-Politik präsentieren kann. Dafür tragen auch die linken Kräfte in beiden Parteien Verantwortung, insbesondere in Nordrhein-Westfalen und auch in Schleswig-Holstein, wo die Koalition ebenfalls unter schweren Geburtswehen zur Welt gekommen ist - und das nicht nur an Sonnentagen.

Die neue politische Generation, die sich zur Zeit formiert, muß die sich jetzt ergebenden Chancen aber auch nutzen - nicht hektisch, sondern wohlüberlegt. Die amtierende „60-Plus“-Generation sollte in Würde abtreten, solange dafür noch Zeit ist.

Bündnis für Arbeit - Aufstieg und Fall?

von Ralf Löckener und Thomas Westphal*

P üntzlich nach den Landtagswahlen im März hat die Bonner Rechtskoalition den „sozialpartnerschaftlichen Dialog“ mit den Gewerkschaften endgültig platzen lassen. Bereits nach der Präsentation des gemeinsamen Plattformpapiers „Bündnis für Arbeit und Standortsicherung“ gerieten die Führungsspitzen des Gewerkschaftsbundes mit ihrer „Kanzleramts-Strategie“ innerhalb der eigenen Organisation und Mitgliedschaft in eine deutliche Argumentations- und Legitimationsnot. Mit der Durchsetzung des sogenannten Sparpaketes durch die Koalition drängt sich nun - ungeachtet der noch laufenden Verhandlungen in einigen Tarifbezirken der Metallindustrie - die Frage nach der Perspektive der Bündnis-Idee und nach den Konsequenzen für die zukünftige Gewerkschaftspolitik auf.

Bündnis für Arbeit - Vorschlag und Realität

Auf dem 18. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall bot Klaus Zwickel Anfang November 1995 dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall und der Bundesregierung ein "Bündnis für Arbeit" an: Zwickel stellte für die nächste Tarifrunde 1997 eine Begrenzung der Einkommenserhöhung auf die Preissteigerungsrate sowie befristete Einarbeitungsabschlüsse bei der Einstellung von Langzeitarbeitslosen in Aussicht, wenn die Metallarbeitgeber im Gegenzug ab 1996 für drei Jahre auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten und jährlich 110.000 neue Arbeitsplätze (darunter 10.000 Stellen für Langzeitarbeitslo-

se) sowie 5% mehr Lehrstellen schaffen. Flankierend zu einer solchen Vereinbarung der Tarifpartner sollte die Bundesregierung - entgegen ihren Plänen - auf eine Kürzung der Arbeitslosenhilfe verzichten und die Kriterien für den Sozialhilfebezug nicht verschlechtern sowie ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen sichern, im Bedarfsfall durch eine Ausbildungsplatzabgabe als Lastenausgleich zwischen den Unternehmen.

Im *Mittelpunkt* des Konzeptes steht aber der Versuch, die Tarifpolitik nach der erfolgreichen Umsetzung der 35-Stunden-Woche im Oktober 1995 abermals für eine wirksame Schaffung von Arbeitsplätzen zu nutzen: Durch eine Orientierung der tariflichen Lohnerhöhung an der Preissteigerungsrate und den Verzicht auf die Umverteilungskomponente würde den Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie der Produktivitätszuwachs für die Schaffung der geforderten neuen Stellen zur Verfügung stehen.

Die bisherige Geschichte des Bündnis-Vorschlages ist schnell erzählt: Abgesehen von den unglücklichen Kanzlerrunden, nach denen vom DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte bereits geringere Kürzungen für Arbeitslosenunterstützung als ursprünglich vorgesehen als Erfolg gewerkschaftlicher Politik verkauft wurde (oder verkauft werden mußte), und die schließlich das bekannte "Sparpaket" und damit die ursprünglichen Pläne der Bundesregierung doch nicht verhinderten, konzentrierten sich die Bemühungen zur Umsetzung des Bündnisses auf die Tarifparteien. Die Gespräche zwischen IG Metall und Gesamtmetall begannen im Januar dieses Jahres und wurden bereits nach drei Runden im März von der Gewerkschaft abgebrochen. Zuvor hatte sich nämlich der Arbeitgeberverband gegen jede Regelung zur Umwandlung von Überstunden in Arbeitsplätze gesperrt, und die öffentliche Erklärung des neuen Hauptgeschäftsführers von Gesamtmetall, Werner Stumpfe, das von der IG Metall vorgeschlagene Bündnis werde es nicht geben, machte deutlich, daß weitere Verhandlungen keinen Sinn hatten.

Seitdem führen die Bezirksverwaltungen der IG Metall die Bündnis-Gespräche mit den einzelnen regionalen Metallarbeitgeberverbänden, insbesondere über Wege zum Abbau von Überstunden und zur

Ausweitung des Lehrstellenangebotes. Diese Verhandlungen verlaufen vielerorts durchaus erfolgversprechend, auch gibt es inzwischen erste Vereinbarungen (z.B. in Nordrhein-Westfalen). Ein "Bündnis für Arbeit" zwischen IG Metall und einem Arbeitgeberverband ist jedoch bis heute nirgendwo zustande gekommen.

Allerdings hat die Bündnis-Idee abseits dieser Gespräche ihre ganz eigene Dynamik entwickelt: „Bündnis für Arbeit“ heißen in der Metallindustrie plötzlich viele betriebliche Vereinbarungen, die von Unternehmensführungen und Betriebsräten ausgehandelt werden - mitunter selbst dann, wenn sie sogar den Abbau von Arbeitsplätzen beinhalten. Unter die Fahne der Zwickel-Initiative gerieten außerdem die Tarifverhandlungen anderer Gewerkschaften: In der Textil- und Bekleidungsindustrie beispielsweise wurde zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeberverband ein „Bündnis für Arbeit“ geschlossen, das keine Beschäftigungssicherung für die gesamte Branche vorsieht und gleichzeitig Regelungen beinhaltet, die eine *Ausweitung* von Überstunden erleichtern. Den Zukunftsperspektiven der Krisenbranchen Textil- und Bekleidungsindustrie und den realpolitischen Handlungsspielräumen mag dieser Abschluß vielleicht angemessen sein - mit dem Bündnis-Vorschlag der IG Metall hat er nichts zu tun, er ist eher das Gegenteil. Dagegen zeigt das "Bündnis für Arbeit" in der Chemie-Industrie, daß Beschäftigungssicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Tarifabschlüssen vereinbart werden können.

Die Konzeption des „Bündnis für Arbeit“

Über die Zukunft des Bündnisses sowie über die weitere Entwicklung gewerkschaftlicher Handlungsstrategie und -macht entscheiden freilich nicht nur die Gespräche mit den Arbeitgeberverbänden, sondern gerade auch die *innergewerkschaftliche* Debatte. In der IG Metall polarisierte der Bündnis-Vorschlag zunächst die Meinungen. Kritik richtete sich allein schon gegen die Form, in der das Angebot unterbreitet wurde: Zwickel habe sich über die Gepflogenheiten der innergewerkschaftlichen Demokratie hinweggesetzt, indem er seinen Vorschlag im Vorfeld nicht einmal im Hauptvorstand der IG Metall abstimme, geschweige

Lohnhöhe und Beschäftigung werden im Bündnis-Konzept nicht in einen ökonomischen, sondern in einen politischen Zusammenhang gebracht. Der Bündnisvorschlag ist also kein realökonomisches Konzept, sondern das Angebot eines politischen Deals.

* Ralf Löckener, Essen, Thomas Westphal, Dortmund, Mitherausgeber der spw. Beide arbeiten als wissenschaftliche Angestellte bei der gewerkschaftseigenen Beratungsgesellschaft ISA Consult.

denn „an der Basis“ zur Diskussion stellte. Eine Kritik, die der IGM-Vorsitzende in Kauf nehmen mußte, denn nur der Überraschungseffekt dieses Alleinganges verschaffte dem Bündnis-Vorschlag den notwendigen öffentlichen Schub und damit überhaupt erst eine reale Chance der Umsetzung.

Im Kern der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung stand aber das *Konzept* des Bündnisses: Der Vorstoß war für die einen der längst überfällige Befreiungsschlag, der die Gewerkschaft aus der Defensive der Standortdebatte und ihres Ohnmachtsdiskurses heraus brachte und sie statt dessen als gestaltungswillige und -fähige politische Kraft mit gesamtgesellschaftlicher Verantwortung präsentierte. Andere sahen dagegen eine Abwendung von grundsätzlichen Gewerkschaftspositionen: Das Angebot von Einarbeitungsabschlägen für Langzeitarbeitslose und der Verzicht auf Reallohnsteigerungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen sei eine schleichende Anerkennung des neoliberalen Dogmas, nach dem die Arbeitslosigkeit als Folge von angeblich überhöhten Einkommen der abhängig Beschäftigten gilt.

Man kann tatsächlich darüber streiten, ob das Angebot untertariflicher Einstiegslohne für Langzeitarbeitslose als „Einstiegsdroge“ in die Verhandlungen für Gesamtmetall wirklich notwendig war. Unabhängig von der Bewertung dieser Frage bedeutet das Bündnis für Arbeit jedoch *keine* teilweise Anerkennung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik. Lohnhöhe und Beschäftigung werden im Bündnis-Konzept nämlich nicht in einen ökonomischen, sondern in einen *politischen* Zusammenhang gebracht. Das wird schon an der Reihenfolge deutlich: erst Arbeitsplatzaufbau, dann Lohnzurückhaltung - damit könnte die Lohnzurückhaltung im Sinne einer Kausalität gar kein ökonomischer Grund für mehr Beschäftigung sein. Der Bündnisvorschlag ist also kein realökonomisches Konzept, sondern das Angebot eines *politischen Deals*. Er ist der Versuch, dem Arbeitsplatzabbau als Folge einer entfesselten Marktwirtschaft eine politische Initiative zum Beschäftigungsaufbau entgegenzusetzen, letztlich also der Ökonomie wieder politische Ziele einzuschreiben, die durch ein solidarisches Projekt verschiedener gesellschaftlicher Kräfte verfolgt werden.

Indirekt ist dieser gesellschaftspolitische Charakter der Bündnis-Strategie auch von neoliberalen Wirtschaftswissenschaftlern und -journalisten, von Arbeitgeberverbänden und der rechtskonservativen Bundesregierung bestätigt worden: Im Lager der Marktradikalen wurde weniger der vermeintliche Frontwechsel der Gewerkschaften in der Lohnpolitik gefeiert, sondern vielmehr die Bündnis-Idee und die Praxis der Spitzengespräche zwischen den Tarifparteien sowie der Bundesregierung als eine Durchlöcherung des Fundaments des marktwirtschaftlichen *laissez faire* verurteilt.

Erosion gewerkschaftlicher Gestaltungskraft

Die Beurteilung des gesellschafts- und gewerkschaftspolitischen Stellenwertes der Bündnis-Idee - und erst recht die Bewertung der bisherigen Ergebnisse - darf sich allerdings nicht auf wirtschafts- und ordnungspolitische Fragen beschränken, sondern muß einen zweiten Aspekt berücksichtigen: Wir meinen die reale klassenpolitische Situation, in der sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung seit einigen Jahren befindet, und aus der heraus sie Gestaltungsmacht entwickeln muß. Das "Bündnis für Arbeit" muß vor dem Hintergrund der aktuellen sozial-ökonomischen und politischen Ausgangskonstellationen betrachtet werden.

Die gewerkschaftliche Abwehr- und Gestaltungskraft hat sich in den zurückliegenden Jahren sehr widersprüchlich entwickelt. Auf der einen Seite ist es insbesondere der IG Metall gelungen, Tarifabschlüsse für mehr Lohn und kürzere Arbeitszeiten durchzusetzen. Insgesamt wurde ein drastisches Absinken des bundesdeutschen Lohnniveaus verhindert, und damit auch die Drosselung der Binnennachfrage. Gemessen an den gegenteiligen Zielstellungen der Arbeitgeber und an der mittlerweile anderthalb Jahrzehnte währenden Hegemonie einer neoliberalen Wirtschaftspolitik durften die meisten Tarifbewegungen der vergangenen Jahre von den Gewerkschaften als Erfolge verbucht werden.

Auf der anderen Seite ist dabei auch deutlich geworden, daß erfolgreiche Tarifpolitik allein der veränderten gesellschaftlichen Ausgangslage und dem wirtschaftspolitischen Reformbedarf nicht gerecht wird. Seitdem steigende Gewinne unter

dem Leitbild der „lean production“ durch Arbeitsplatzvernichtung erzielt werden, seitdem Betriebsverlagerungen ins Ausland und outsourcing zum Maßstab für erfolgreiches Management gehören, und seitdem selbst 6 Millionen Arbeitslose keinen zwingenden Grund mehr für eine wirkungsvolle staatliche Beschäftigungspolitik abgeben - seitdem beherrscht die Angst vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes sowohl die innerbetriebliche Situation als auch die gesamtgesellschaftliche Kräfteverteilung.

Vor diesem Hintergrund verkehren sich in der öffentlichen Wahrnehmung selbst die tarifpolitischen Erfolge in ihr Gegenteil. Sie werden nicht bewertet als Stabilisierung der Konjunktur durch Sicherung der Binnennachfrage oder notwendige Erhöhung der Einkommen - im Gegenteil: Trotz wachsender Ungerechtigkeit in der Vermögensverteilung gilt heute selbst die bloße Sicherung der Reallöhne der abhängig Beschäftigten mitunter als Besitzstandswahrung. Selbst der Hauskrach im Arbeitgeberlager, eine Folge der erfolgreichen Tarifbewegungen, droht

Insgesamt ist so die Bedeutung der betrieblichen Politik-arena für die Interessenvertretung in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen - verbunden mit einer Tendenz zu "maßgeschneiderten" Lösungen, die sich immer schwerer mit überbetrieblichen Regelungen erfassen lassen.



Foto: Martin Zitzlaff, Köln

für die Gewerkschaften inzwischen zum Pyrrhussieg zu werden, denn die mangelnde Einigungsfähigkeit auf Arbeitgeberseite kann auch den Gewerkschaften nicht gleichgültig sein: Gerade am Beispiel der Bündnis-Verhandlungen, aber auch bei den Auseinandersetzungen um einen Mindestlohn zur Umsetzung des Entsendegesetzes ist deutlich geworden, daß erfolgreiche Gewerkschaftspolitik auf eine handlungsfähige Gegenseite angewiesen ist. Inzwischen ist bereits nicht mehr auszuschließen, daß selbst das bundesdeutsche Tarifvertragssystem durch die Schwäche der Arbeitgeberverbände langfristig Schaden nimmt.

Erosion betrieblicher Interessenvertretung

Im krassen Gegensatz zu den erfolgreichen Tarifbewegungen steht schließlich auch eine *Erosion der gewerkschaftlichen Interessenvertretung in den Betrieben*: Der vielzitierte Standortwettbewerb besteht in deutschen Betrieben nicht selten darin, daß die Unternehmensleitung Auslagerungsgedanken mit erpresserischem Unterton verlauten läßt oder Mißmanagement mit dem Kostendruck von Billiganbietern kassiert wird. Dem Betriebsrat bleibt - unabhängig von der Stichhaltigkeit der unternehmerischen Lageanalyse - kaum eine andere Möglichkeit, als einer solchen "betriebliche Bestandsverunsicherung" mit entsprechenden Zugeständnissen zu begegnen. Längst sind deshalb Betriebsvereinbarungen über Arbeitszeitverlängerung ohne jeden Lohnausgleich oder über eine Lohnabsenkung auf das Niveau von 30 Wochenstunden bei einer Arbeitszeit von 40 Stunden und damit Verstöße gegen bestehende Tarifverträge keine Einzelfälle mehr.

Die gewerkschaftliche Interessenvertretung in den Betrieben ist allerdings auch von einer anderen Seite unter Druck gekommen: Neue Managementkonzepte zielen auf direkte Partizipation und Eigenverantwortung der Beschäftigten, und zwar in Fragen, die sich der rechtlich verbrieften Mitbestimmung entziehen: Beteiligung ist inzwischen auch bei der Produktinnovation, der Arbeitsorganisation und der Gestaltung betrieblicher Abläufe gefragt. Unabhängig von den Schwierigkeiten, die bei dieser Abwendung von tayloristischen Betriebsstrukturen in der Praxis meistens noch entstehen, ist da-

mit immer auch ein Rollenwechsel der Betriebsräte verbunden: Durch dezentrale Aushandlungsspielräume entstehen einerseits mitunter Konfliktlinien zwischen Belegschaften und Betriebsräten, andererseits wird das sogenannte Co-Management zu einer neuen Form der Betriebsratsarbeit, die oft im Konflikt mit der traditionellen Schutzpolitik steht, die ja keineswegs überflüssig geworden ist. Insgesamt ist so die Bedeutung der betrieblichen Politikarena für die Interessenvertretung in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen - bezogen auf Inhalte und verbunden mit einer Tendenz zu "maßgeschneiderten" Lösungen, die sich immer schwerer mit überbetrieblichen Regelungen erfassen lassen.

Der Teufelskreis der Standortdebatte

Zusätzlich verschärft wird die betriebliche Konfliktlage durch die politischen Auseinandersetzungen über die Wirtschafts- und Sozialprobleme. Die Verunsicherung der Beschäftigten wurde durch die endlose Debatte über die Streichung von Leistungen in der Renten- und Arbeitslosenversicherung, Steuererhöhungen und „eisernes Sparen“ sowie durch die unsichere Zukunft in der Geld- und Zinspolitik auf die Spitze getrieben. Gleichzeitig ist es den Kapitalvertretern in den Jahren nach der deutschen Einheit immer wieder gelungen, betriebliche Umwälzungen und sozialstaatliche Kürzungsaktionen als unausweichliche Maßnahmen zur Sicherung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit zu deklarieren. Gewerkschaften und Sozialdemokratie erschienen, sofern sie sich überhaupt noch mit alternativen Konzepten gegen die Standorthysterie wandten, dagegen als verteilungspolitische Dinosaurier aus dem sozialistischen Jurrasic-Park - nicht nur nach außen, sondern auch nach innen.

So trägt die Standortdebatte längst die Züge eines klassenpolitischen Teufelskreises: Die Erosion der gewerkschaftlichen Interessenvertretung in den Betrieben bereitet der "Standortsicherung" durch Sozialabbau und dem Rückzug der Politik aus der Ökonomie den Weg, wodurch gleichzeitig die staatliche Handlungsfähigkeit und damit die Kraft zu alternativen Gegenentwürfen für eine gesellschaftliche Entwicklung beschnitten wird, die ihrer-

seits Bezugspunkt für gewerkschaftliches Handeln sein könnte. Ohne ein Ausbrechen aus diesem Teufelskreis ist es letztlich nur noch eine Frage der Zeit, bis auch die letzte gewerkschaftspolitische Säule, nämlich die stabile tarifpolitische Durchsetzungs- und Streikfähigkeit, unter die Räder der Standortoffensive gerät. Vor dem Hintergrund dieser unkomfortablen klassenpolitischen Gesamtsituation hat der Leiter der Vorsitzenden-Abteilung bei der IG Metall, Klaus Lang, völlig recht, wenn er mit Blick auf die Kritiker der Bündnis-Idee sagt: "Hätte der Bündnisvorschlag all das berücksichtigt, was von seinen Kritikern gefordert wird, es wäre eine zugespitzte Kurzfassung der sozial-ökologischen Reformstrategie in der Art von Gewerkschaftsentscheidungen geworden - und spätestens am übernächsten Tag wieder in Vergessenheit geraten."

Statt auf eine umfassende Reformstrategie zielt die Bündnis-Idee in gesellschaftspolitischer Hinsicht "nur" darauf, in ökonomischen Krisenzeiten eine sozial-ökonomische Gegenlogik, nämlich die des Beschäftigungsaufbaus, in die Auseinandersetzungslandschaft einzupflanzen und damit gleichzeitig gewerkschaftliche Gestaltungskraft auszubauen - ein Ziel, das angesichts der klassenpolitischen Bedingungen unseres Erachtens durch Realismus und Problembewußtsein besticht. Die gewerkschaftspolitische und strategische Stärke des Vorstoßes wiederum besteht für uns darin, daß in Zeiten des sozialen Stellungskrieges, in denen alle reformpolitischen Gesamtentwürfe in den Schützengräben wirkungslos verpuffen, an einer sozial relevanten Stelle und mit einer einfachen, griffigen und öffentlich nachvollziehbaren Operation die Verhältnisse in Bewegung gebracht werden. Hier hebt sich die Bündnis-Strategie wohlthuend von jenen "zugespitzten Kurzfassungen" sozialdemokratischer Parteitagebeschlüsse ab, die als 10- oder 20-Punkte-Programme anschließend in der Öffentlichkeit in Schönheit gestorben sind.

Perspektiven der Bündnis-Idee

Nun könnte an dieser Stelle der wohl berechtigte Einwand kommen, daß die ursprüngliche Zwickel-Initiative auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall ja durchaus diese positive gesellschaftliche Funktion und ge-

Statt auf eine umfassende Reformstrategie zielt die Bündnis-Idee in gesellschaftspolitischer Hinsicht „nur“ darauf, in ökonomischen Krisenzeiten eine sozialökonomische Gegenlogik, nämlich die des Beschäftigungsaufbaus, in die Auseinandersetzungslandschaft einzupflanzen und damit gleichzeitig gewerkschaftliche Gestaltungskraft auszubauen.

werkschaftspolitische Stärke besessen haben mag, daß aber spätestens mit der Unterzeichnung des gemeinsamen Papiers mit der Bundesregierung die Operation sich in ihr Gegenteil verkehrt hat und die Gewerkschaften erneut vor der wenig charmanten Auswahl stehen, welches der politischen Etiketten - Verlierer, Verweigerer, Verräter- sie sich jetzt ankleben lassen möchte.

Sicherlich ist es richtig, daß die frühe und starke Orientierung der Bündnis-Verhandlungen auf die Kanzlerrunde und die kompromissierische Verhandlungsführung des DGB-Vorsitzenden zunächst einmal in eine Sackgasse führte. Ob aber die Bündnis-Idee endgültig mit Achsenbruch im Kanzleramt liegenbleibt oder doch noch zum Kristallisationspunkt einer neuen sozialen Massenbewegung werden kann, muß sich in Verhandlungen der Tarifparteien erst in den nächsten Monaten und letztlich in den kommenden Tarifrunden erweisen - für die Metall- und Elektroindustrie also erst im nächsten Jahr.

Ebenso relevant für die Perspektive der Bündnis-Idee ist aber auch die zukünftige Rolle der politischen Kräfte „links von der Union“: Denn die (vergebliche) Suche der Gewerkschaften nach einem Konsens mit der regierenden Rechtskoalition ist auch das realpolitische Spiegelbild des strategischen Unvermögens und machtpolitischen Versagens der gesellschaftlichen Linkskräfte in Deutschland. Solange eine alternativen Gesamtstrategie für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik nicht sichtbar wird oder nicht umsetzbar erscheint, bleibt den Gewerkschaften letztlich nur die Wahl zwischen zweifelhaften Kompromissen und einer Abwehrhaltung, die auf lange Sicht nach außen und nach innen als Verweigerung wirken muß.

... und die politischen Linkskräfte

In der Entstehungsphase der IG-Metall-Initiative war die SPD noch tief in ihrem parteiinternen Jahrmarkt der Eitelkeiten verstrickt. Die zur Unzeit gestartete völlig überflüssige Aussiedler-Debatte war geradezu eine mustergültige Meisterleistung, für die "besondere Fähigkeit" der bundesdeutschen Linkskräfte, ihre soziale Basis auseinanderzutreiben statt sie reformpolitisch zusammenzuführen. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist auch der neue SPD-Vor-

sitzende über die von der IG-Metall kritisierte Übung, Kurzfassungen längst bekannter Positionen als 10-Punkte-Papiere in die Welt zu setzen, nie hinausgekommen. Darüber hinaus scheinen sich SPD und Gewerkschaften in der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes erneut unveröhnlich gegenüber zu stehen.

Die Grünen haben sich im wesentlichen darauf beschränkt, das Bündnis für Arbeit ökologisch verbal aufzuladen, und die großen bundesweiten Umweltverbände wie der BUND haben offenkundig die politischen Brücken zur Arbeitswelt und deren sozialer Sprengkraft eingezogen.

Bisher ist das Bündnis für Arbeit und die Forderung nach Beschäftigung nicht zum strategisch-operativen Kern einer sozial-ökologischen Alternative zur Rechtskoalition geworden, sondern immer eine gesellschaftspolitische Inselveranstaltung geblieben. Dieser Umstand hat der Rechtskoalition die Einbindung der Gewerkschaften bis an den Rand der Selbstverleumdung überhaupt erst möglich gemacht.

Bündnis für Arbeit als Aufbruchsignal für eine alternative Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung? - Einige Lehren und Perspektiven

Zum Versuch, einen politischen Deal über mehr Beschäftigung und über erneuerte Strukturen und Instrumente der industriellen Beziehungen herzustellen, gibt es für die Gewerkschaften aufgrund der oben geschilderten realen klassenpolitischen Ausgangslage nach wie vor keine ernstzunehmende Alternative. Allerdings zeigt der "Flop im Kanzleramt", daß dieser Versuch auf eine neue Ebene gehoben werden muß, wenn er nicht endgültig scheitern soll.

Für einen zweiten Anlauf für ein Bündnis für Arbeit sind vor allem zwei Punkte von herausragender Bedeutung:

- Die Orientierung auf eine Erneuerung der Sozialpartnerschaft durch eine große Lösung im Konsens mit der Rechtskoalition und den Arbeitgeber-Dachverbänden muß zugunsten einer Kombination aus sozialer Mobilisierung durch Polarisierung und einer differenzierten Bündnis-Politik aufgegeben werden. Dafür müssen die aufbrechenden Konflikte im Lager der Arbeitgeber genutzt werden. Statt mit jenen Arbeitge-

bern, die letztlich nur die Gewerkschaften endgültig aus dem Weg räumen wollen, im großen Stil zu verhandeln, ist es vielversprechender, mit jenen, die an einem neuen "Ausgleich der sozialen Kräfte" interessiert sind, branchen- und regionalorientierte Pilotprojekte abzuschließen und diese in der internen Konfliktlage der Arbeitgeberzusammenhänge "wirken zu lassen".

Die Mai-Kundgebungen, die schärferen Töne gegenüber den Arbeitgebervertretern, die Aktionen der ÖTV und der Sozialgipfel mit den Kirchen und Wohlfahrtsverbänden sind bereits erste Anzeichen für eine solche Entwicklung

- Schließlich wird es entscheidend sein, ob es der SPD in absehbarer Zeit gelingt, ihre politische und sozialreformerische Führungsaufgabe wieder wahrzunehmen.

Dabei geht es uns gar nicht so sehr um eine soundsovielte Debatte über den notwendigen radikalen politischen Kursschwenk, den die SPD benötige. Dieser scheint uns, nach den Erfahrungen der letzten Jahre, ohnedies nicht realistisch. Auf dem Prüfstand steht vielmehr die Fähigkeit der politischen Führung der SPD, in diesen zugespitzten Zeiten der sozialen Auseinandersetzung problemrealistische Ansätze und Lösungen zu entwickeln, die reale Bewegung in die Auseinandersetzung bringen und die Ausgangsposition der Gewerkschaften verbessern helfen.

Zentral für die Frage ist sicherlich der Verlauf der Tarifrunde im öffentlichen Dienst. Aber auch der in letzter Zeit durch den Fraktionsvorsitzenden Scharping wieder ins Spiel gebrachte Vorschlag des sozialen Lastenausgleichs gewinnt in diesem Zusammenhang an strategischer Bedeutung. Wenn es innerhalb der SPD gelänge, aufbauend auf den jetzt gemachten Vorschlägen für einen solchen Lastenausgleich, einen ebenso einfachen wie griffigen und populären Vorstoß in der steuer- und verteilungspolitischen Auseinandersetzung zu landen und dieser mit den Zielen des Bündnisses für Arbeit in einen Sinnzusammenhang gestellt werden kann, dann wäre gegenüber der Situation aus dem letzten Herbst schon einiges gewonnen.

Die Orientierung auf eine Erneuerung der Sozialpartnerschaft durch eine große Lösung im Konsens mit der Rechtskoalition und den Arbeitgeber-Dachverbänden muß zugunsten einer sozialer Mobilisierung durch Polarisierung und einer differenzierten Bündnis-Politik aufgegeben werden.

Für einen alternativen Begriff gesellschaftlicher Vernunft

Kritische Anmerkungen zum Entwurf für ein neues DGB-Grundsatzprogramm

von Oskar Negt*

Im November 1996 soll ein außerordentlicher Bundeskongreß des DGB ein neues Grundsatzprogramm beschließen. Der Entwurf ist auf erhebliche Kritik gestoßen. Viele linke Gewerkschafter fordern, wegen der inhaltlichen Schwächen und der unzureichenden Diskussionszeit auf eine Verabschiedung in diesem Jahr zu verzichten. Der Text ist eine gekürzte und redaktionell bearbeitete Fassung eines Referats, das Oskar Negt auf der Veranstaltung der „Initiativgruppe hessischer Gewerkschafter“ am 6.12.95 in Frankfurt gehalten hat.

Ich möchte meinen Beitrag ganz auf die Frage konzentrieren: Was ist der Geist eines solchen möglichen Grundsatzprogramms, was stiftet das Zusammenhängende der Einzelteile?

Wirklichkeitsanalyse oder Selbstberuhigung?

In einzelnen Punkten dieser Programmnutzen habe ich den Eindruck, daß Wirklichkeit hier im Interesse einer kurzfristigen Selbstberuhigung unterschlagen wird. Wer aber die geschichtlich-gesellschaftlichen Veränderungen, die epochalen Umbrüche der Gegenwart, nicht wirklich in veränderte Organisationsphantasie und politisches Handeln einbezieht, kann mit solchen Programmen nur eine Parallelideologie errichten, die tagtäglich durch Erfahrungen an der Basis demontiert wird.

Wenn in diesem Programm gar nichts mehr erkennbar ist, was Klassenverhältnisse ausmacht, gar nichts mehr davon zu spüren ist, daß heute möglicherweise das Kapital in einer Weise die Gesellschaft definiert, die Macht des Kapitals wie nie zuvor in der Geschichte bis in die letzten Poren der gesellschaftlichen Lebensregungen eingedrungen ist - wenn das nicht zur Wirklichkeit ge-

hört, von der man ausgeht, dann ist ein solches Programm nutzlos, ja es führt in die Irre und es zeigt keinen einzigen Ausweg aus der Misere, in der wir gegenwärtig stecken. Die Arroganz der Macht, die vom Kapital, den Konzernen und Banken heute ausgeht, ist so stark wie noch nie. Und das muß uns doch Veranlassung sein, die Frage nach der Gegenmacht anders zu stellen, als uns möglichst in der Art von Rumpelstilzchen, (ach wie gut, daß niemand weiß, daß wir Gewerkschaften sind!) geräuschlos an die Rockschöße der Logik des Kapitals zu hängen.

Ich behaupte, daß in dem Maße, wie die Gewerkschaften sich vornehmen, die Rationalisierungsprozesse des Kapitals zu begleiten, sie abzumildern oder auszugleichen, ohne einen eigenen Begriff von gesellschaftlicher Vernunft zu entwickeln, sie ihre Legitimationsbasis als gesellschaftliche Interessenorganisation auf Dauer aushöhlen werden; denn die Legitimation der Gewerkschaften liegt buchstäblich in dem Punkt, wo sie etwas anderes und Alternatives auszudrücken bereit sind und dafür auch die Machtmittel, über die sie verfügen, einzusetzen entschlossen sind.

Aufarbeitung der Geschichte nötig

Das bedeutet für mich durchaus die Aufarbeitung der Geschichte der Gewerkschaften, als Anfangspunkt der Selbstverständigung, gerade auch im Zusammenhang einer die Widersprüche aus ihrem abgestumpften Nebeneinander durch Arbeit der Zuspitzung kenntlichmachenden Grundsatzdebatte. Es ist nun charakteristisch für die Geschichte der deutschen Gewerkschaften nach dem Kriege, daß ihr ganzes Kategorienspektrum, ja die Erfolge, auf die viele Leute in den Betrieben und in den gewerkschaftlichen Vorstandsverwaltungen mit Recht stolz sind, einer beispiellosen Prosperitätsphase zu danken sind, die so nicht mehr zu erwarten ist. Es ist die Phase mit dem Optimismus auf Vollbeschäftigung, mit gefüllten Kassen öffentlicher Haushalte, mit dem entschiedenen Bewußtsein von Gesellschaftsreformen.

Die großen sozialen Errungenschaften, die der gewerkschaftlichen Kampfbereitschaft und ihrer schließlichen Vertragsmacht entspringen, sind Resultat der Einbindung der marktwirtschaftlichen Ge-

setze in ein Sozialsystem, das praktisch zum Bestandteil des öffentlichen Rechts geworden ist. Es ist schon wieder aus dem Bewußtsein verloren, daß das Soziale an der Marktwirtschaft nicht deren eigentümliches Produkt ist, sondern gegen deren Ablaufgesetze erkämpft wurde. Was die Gewerkschaften an Errungenschaften in die Marktwirtschaft eingebracht haben, definiert den sozialen Gehalt der Marktwirtschaft. Das Soziale der Marktwirtschaft ist wesentlich ein Kampf- und Verhandlungsprodukt und die Gewerkschaften sind wesentlicher Bestandteil dessen, was soziale Marktwirtschaft ist; gegen die sozialdarwinistischen Auswirkungen der Marktwirtschaft waren die Gewerkschaften angetreten. Sie sind Hauptmotor und wesentlicher Bestandteil dessen gewesen, was die soziale Marktwirtschaft den Menschen an angstreduzierten Lebensverhältnissen brachte.

Wenn das so ist, dann müßte man in Zusammenhängen eines neuen Grundsatzprogramms in der Tat die Frage stellen, ob es möglich ist, eine Gewerkschaftspolitik auf jener Ebene zu fixieren, wo die alten Errungenschaften immer nur eingeklagt werden oder ob die gesellschaftliche Situation sich so verändert hat, daß die Entwurfsalternativen der Gewerkschaften ganz andere sein müßten, möglicherweise sogar umfassendere als die bisherigen.

In den sechziger Jahren konnte man noch unbefangen von der Aufhebung von Modernitätsrückständen in der Gesellschaft und in der betrieblichen Organisation sprechen; Modernisierung war ein Stück Fortschritt. Schließlich ging diese Modernisierungsstrategie in die Reformperiode ein, die aber bereits in den siebziger Jahren umgebogen, verdreht und vielfach von ihren Emanzipationsimpulsen abgelöst wurde. Aber diese Modernisierungsprozesse drücken immer stärker eine innere Widersprüchlichkeit und Ambivalenz aus. Das Wort unbefangen in den Mund zu nehmen und damit auch einen Befreiungsakt der Menschen zu verknüpfen, wird immer anfechtbarer. Wer heute von Modernisierung der Verwaltungen, der Wirtschaft, des Staates, der Betriebe spricht, wird unmöglich unerwähnt lassen können, daß diese Modernisierungsprozesse alle verknüpft sind mit Freisetzung lebendiger

Es ist schon wieder aus dem Bewußtsein verloren, daß das Soziale an der Marktwirtschaft nicht deren eigentümliches Produkt ist, sondern gegen deren Ablaufgesetze erkämpft wurde.

* Oskar Negt,
Prof. für Politikwissenschaft an der Universität Hannover.

ger Arbeitskraft, also mit Massenarbeitslosigkeit.

Die herkömmliche Struktur der Arbeitsgesellschaft steht in Frage; und es wird schließlich auch zu einem moralischen Skandal, daß eine der reichsten Gesellschaftsordnungen, die es in der Geschichte gegeben hat, doch immer weniger imstande ist, einem wachsenden Teil von Menschen würdige Lebensbedingungen zu garantieren.

Die Subjektseite beachten

Die geschichtliche Substanz von Gewerkschaften beruht darin, die Weltgeschichte aus dem Blickwinkel der Zukurzgekommenen, der Unterdrückten, der Ausgegliederten zu betrachten, um dabei nicht stehen zu bleiben, sondern im gegebenen System Veränderungen vorzuschlagen und durchzusetzen, die diesem Elend ein Ende machen. Es ist unwahrscheinlich, daß es sich hierbei nur um eine Frage sinnvoller Verteilung handelt; es geht um die Struktur dieses Gesellschaftssystems, das einer kulturellen Erosionskrise unterliegt, in die ökonomische Faktoren vielfältiger Art hineinwirken, die aber nicht alleine von ihnen bestimmt werden.

Wir haben es damit zu tun, daß hier die Subjektseite der Menschen, und die erscheint in dem Programm-entwurf fast gar nicht, entscheidend mitbetroffen ist; die Erwartungen der Menschen an gewerkschaftliche Großorganisationen haben sich verändert. Sie sind illusionsloser geworden, klagen aber doch vieles ein, was sich in ihren Köpfen und in ihrer Seele abspielt, und wofür sie keine kollektiven Ausdrucksmöglichkeiten haben. Dieses Spannungsverhältnis zwischen objektiven Gegebenheiten und subjektiven Wunschvorstellungen, das durch jedes einzelne Gewerkschaftsmitglied hindurchgeht, müßte in einem solchen Selbstverständigungsprozeß einer Grundsatzdebatte zentrales Thema sein; denn schließlich sind die Interessen, die Wünsche, die Bedürfnisse der Menschen und ihre Utopien unter Umständen viel härtere Realität als alles, was sich in gegenständlicher Betonform (z.B. in einer offensichtlich bewährten Organisationsstruktur, einem bürokratischen Gehäuse äußerst rationalisierter Funktionen) darstellt, so, als wäre es für die Ewigkeit gemacht.

Ich will diese Subjektseite konkreter fassen. Ich kann mir denken,

daß Debatten über eine neue Standortbestimmung der Gewerkschaften möglicherweise an der Analyse der Jugend einsetzen müssen. Denn wer nicht weiß, was sich in der Jugend abspielt, wird auch keine Angebote machen können, sie zu gewinnen. Wenn die Erosionskrise, von der ich gerade gesprochen habe, mit dem Wandel von Wertorientierungen und widersprüchlichen Sollens-Vorschriften verknüpft ist, dann wird erkennbar, wie stark Jugendliche als Kristallisationsmedien solcher Widerspruchstendenzen erscheinen. In Zeiten solchen Wertewandels, grundsätzlicher Wertedifferenzen, nehmen die Suchbewegungen von Jugendlichen in einem gewaltigen Maße zu. Erst wenn man Vorstellungen davon gewonnen hat, in welchen Suchbewegungen sich die Jugendlichen befinden, ist für Gewerkschaften bestimmbar, welchen rationalen Gehalt Zukunftsperspektiven haben, in die dann auch Vorstellungen eines modernisierten Wirtschaftsprozesses und der Arbeitsgesellschaft eingehen könnten.

Ich will diesen Punkt der kulturellen Suchbewegungen nicht weiterführen, aber hier nur feststellen, daß es keine Jugend keiner Gesellschaft gibt, die ohne Utopien, ohne phantasiereiche Lebensentwürfe und Sinnbedürfnisse auskommt. Sie in diese Suchbewegungen einzubeziehen und Fragen zu stellen, wie Antworten aussehen könnten, das ist gewiß kei-

ne sinnlose Tätigkeit für eine Gewerkschaftsbewegung, die zukunftsgerichtete Perspektiven hat. Denn eine einheitliche Linie der Gegenwart, als könnte man sich auf Gruppen und Klassen stützen, die aus Existenznotwendigkeit ein Gegengewicht zu den bestehenden Herrschaftsverhältnissen bilden, das ist ja keine verlässliche Grundlage mehr für gewerkschaftliches Handeln. Wenn die Gewerkschaften diese veränderte Situation nicht wahrnehmen, dann werden sie diese Generation verlieren. Jugendabteilungen in ihren Bewegungsmöglichkeiten zu reduzieren, und alles, was mit Jugendarbeit, auch mit Frauenarbeit Berührung hat, möglichst klein zu halten, das ist nicht nur ein bornierter, sondern am Ende auch existentiell tödlicher Verengungsstandpunkt.

Das Mandat der Interessenvertretung

Ich will die möglichen Antworten, die Gewerkschaften auf die gegenwärtige gesellschaftliche Situation geben könnten, an vier Punkten festmachen und in knappen Worten skizzieren. Ich benutze dafür das Wort Mandat, weil in ihm ein Auftragsverhältnis ausgedrückt ist. Ein Mandat ist jedoch nicht immer aus der begrenzten Legitimation eines Wählervotums zu begreifen; Mandate können auch im Interesse von Menschen wahrgenommen werden, die keine eigene Sprache haben

Das Spannungsverhältnis zwischen objektiven Gegebenheiten und subjektiven Wunschvorstellungen, das durch jedes einzelne Gewerkschaftsmitglied hindurchgeht, müßte in einem solchen Selbstverständigungsprozeß einer Grundsatzdebatte zentrales Thema sein.



Foto: Thomas Diller, Köln

oder keine Medien, in denen sie ihren definierten Interessen und berechtigten Bedürfnissen Ausdruck geben können.

Das *erste Mandat* der Gewerkschaften möchte ich als das der Interessenvertretung bezeichnen; für die, die kollektiver Hilfe bedürfen, weil sie als vereinzelt Individuen, wie immer ihr Lebensstandard aussehen mag, in dieser Gesellschaft nicht zu ihrem Recht kommen können. Werden diese Interessen nicht mehr erfaßt, gehen den Gewerkschaften die Menschen verloren. Hierbei mag es sich um völlig verdrehte privatistische Interessen handeln, um Interessen, die in der Hierarchie der kulturellen Werte sehr weit unten angesiedelt sind; aber der Blick auf die Veränderung der Interessen, die mögliche Erweiterung des Interessenbegriffs und der Bedürfnisse, die sich auf Gewerkschaften beziehen, hat existentielle Bedeutung. Wo dieser Interessefaden zerschnitten ist oder abreißt, melden sich die Menschen offiziell durch Austritte ab, aber die inoffizielle Abmeldung durch innere Distanz ist ganz gewiß genauso bedrohlich.

Es zeigt sich nun in diesem Zusammenhang des Interessenbegriffs, daß ohne dessen Erweiterung, über die betriebliche Arbeitsplatzsituation hinaus, heute die Menschen in ihren Lebenszusammenhängen nicht mehr erfaßbar sind. Über lange geschichtliche Strecken wird man noch mit einem Solidaritätsüberhang rechnen können, der in Konfliktsituationen Menschen mobilisiert, die gefühlsmäßig an der Arbeiterbewegung und ihren Organisationsformen hängen. Darauf kann man notfalls zurückgreifen, aber die Substanz dieser kulturellen Solidarität zehrt sich, je weniger eindeutige Interessen darin eingehen, immer stärker auf.

Ich spreche von diesem Mandat gerade im Zusammenhang des DGB, weil der, so war es die Absicht der Gewerkschaftsgründer nach '45, eine andere - dem Gesamten der Arbeiterbewegung förderliche - Struktur haben sollte als die der Einzelgewerkschaften. Ausdrücklich möchte ich hier erwähnen, daß die Ortskartelle, die in der Hierarchie des DGB ganz unten stehen, in Zukunft eine starke Aufwertung erfahren müßten, wenn der DGB in seiner pluralistischen Struktur die Interessen der abhängig Tätigen und derjenigen, die aus dem bestehenden Erwerbs-

system bereits herausgefallen sind, aktiv wahrnehmen würde. Leider gehen bornierte Rationalisierungsvorhaben, der auch hier anzutreffende Stolz auf schlanke Verwaltung, in eine ganz andere Richtung. Ich halte aber die Arbeit der Ortskartelle, dieser organisatorischen Schnittpunkte zwischen gewerkschaftlicher Interessenvertretung und außerbetrieblichen Interessen, für zukunftsweisend, wie Gewerkschaften in den nächsten Jahrzehnten aussehen könnten.

Interessenbegriff über den Betrieb hinaus erweitern

Mein Plädoyer für eine Erweiterung des Interessenbegriffs betrifft die veränderte Gegenwartssituation der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind immer den Arbeitnehmern und den Menschen dorthin gefolgt, wo sie sich in ihrem Alltag überwiegend aufhalten. Mitte des neunzehnten Jahrhunderts folgten sie ihnen in die Betriebe, nachdem die bloßen öffentlichen Massendemonstrationen, wie die der Chartisten, keine Erfolge mehr für die Veränderung der Lebensbedingungen der Menschen brachten. Heute erweist sich der verengte Interessenbegriff, der sich auf die betriebliche Realität und die Arbeitsplatzsituation bezieht, als nicht mehr haltbar; denn wenn die Gewerkschaften zusätzliche Arbeitszeitverkürzungspolitik betreiben, wird die Anwesenheitszeit der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben zwangsläufig und zunehmend eingeschränkt.

Der Betrieb als das entscheidende Organisationsstandbein der Gewerkschaften hat seine Bedeutung nicht verloren; aber seine Grenzen für die Organisationsfähigkeit von Interessen werden immer deutlicher. Die Erweiterung des Interessenbegriffs auf die außerbetriebliche Realität ist für mich eine unabdingbare Perspektive der künftigen Gewerkschaftsentwicklung. Mit Erweiterung meine ich nicht Verflachung, Aufweichung des Gewerkschaftsgedankens, sondern seine realistische Fundierung, seine Verankerung in den Verhältnissen der modernen Zeit. Wird diese Perspektive in der gewerkschaftlichen Grundsatzdebatte nicht in den Blick genommen, dann wird sich erweisen, daß die herkömmlichen Interessen immer dünner und substanzloser werden, so, daß sie am Ende die Organisationsstrukturen nicht mehr halten.

Es zeigen sich Tendenzen in kritischen Gewerkschaftsanalysen, daß ein wachsender Teil der Interessen und Erwartungen, die mit Gewerkschaften verknüpft sind, außerbetrieblichen Ursprungs sind. Es sind die außerbetrieblichen Lebenszusammenhänge, Erwartungen an das Erziehungssystem, an soziale Solidarität, an Lösungsvorschläge für ökologische Probleme und schließlich für Fragen der Bürger- und der Menschenrechte. Gerade jüngere Gewerkschaftskollegen verweisen auf Sozialisationsprozesse, die vor und außerhalb der betrieblichen Realität liegen. Sie engagieren sich bei "Greenpeace", bei den Grünen, in Jugendzentren, in vielen Zusammenhängen, bevor sie aktiv in das Arbeitsleben eintreten und hier gewerkschaftliche Organisationsinteressen wahrnehmen.

Ich möchte aber noch einmal mit allem Nachdruck betonen, daß für mich die auf den Arbeitsplatz bezogenen Interessen nach wie vor zentral für gewerkschaftliche Gegenmacht sind, weil in dieser Leistungsgesellschaft nur die Verweigerung der Arbeitskraft die Kapital- und Geldbesitzer davon zu überzeugen vermag, daß dafür etwas ausgetauscht werden muß. In einer Gesellschaft, in der Massenarbeitslosigkeit zum Alltag vieler Menschen gehört, mit Leistungsverweigerung in Bereichen zu drohen, die ohnehin auf dem Absterbeetat dieser räuberischen Ökonomie stehen, hat etwas von Absurdität an sich.

Die zukünftigen Gewerkschaften werden stärker damit konfrontiert sein, daß ihre traditionelle Blickrichtung erweitert werden muß auf die *außerbetrieblichen* Zusammenhänge der Menschen, auf die Erziehungsinteressen der Familien, auf die Art und Weise, wie sie in einer Stadt leben, wie sie wohnen, wie sie den Generationenvertrag verstehen und was überhaupt Lebenssinn ist.

Politisches Mandat - die betriebswirtschaftliche Sicht überwinden

Das zweite möchte ich als *politisches Mandat* bezeichnen. Das politische Mandat der Gewerkschaften, so wie ich es in Zukunft sehe, und das wäre ein wesentlicher Punkt eines solchen DGB-Programms, besteht darin, daß die oberste Leitnorm das Wohl und Wehe des Gemeinwens ist und nicht bloß die betriebliche Einzelrealität. Ich sage nicht, daß die betriebliche Realität, die den

Es zeigen sich Tendenzen in kritischen Gewerkschaftsanalysen, daß ein wachsender Teil der Interessen und Erwartungen, die mit Gewerkschaften verknüpft sind, außerbetrieblichen Ursprungs sind.

Arbeitnehmern ja viel näher steht als alles andere, demgegenüber unwesentlich wäre; ich bin jedoch der Auffassung, daß in unserer Zeit Gewerkschaften auch die Aufgabe haben, Leerstellen der kollektiven Lebenszusammenhänge, die als Massenbedürfnisse immer da sind, zu besetzen. Alternative Gedanken dazu zu entwickeln, wie das Gemeinwesen aussieht und gestaltet werden sollte, bedeutete die Füllung einer solchen Leerstelle, und ich kann mir gegenwärtig keine Massenorganisation vorstellen, die das besser und legitimierter tun könnte, als die Gewerkschaften. Der große moralische Skandal der Gegenwart der fortgeschrittenen Gesellschaftsordnungen besteht darin, daß das Gemeinwesen geplündert, ausgetrocknet und privat ausgedörrt wird.

Die Gewerkschaften stehen vor einer Entscheidung. In dem Maße, wie gegenwärtig die betriebswirtschaftliche Kalkulation zur Ideologie der Gesamtökonomie erweitert wird, wird die Gesamtgesellschaft so betrachtet, als wäre sie ein riesig organisierter Einzelbetrieb, der nach denselben Rationalitätskriterien zu behandeln wäre, wie ein beliebiges Einzelunternehmen. Es gibt typische geschichtliche Irrtümer, die für einzelne Gesellschaftsperioden gelten; diese Ideologie, dieses öffentliche falsche Bewußtsein, als sei das Kriterium der Rationalität des Einzelbetriebes dem der Gesamtgesellschaft ähnlich, gehört zu den realitätsmächtigen Irrtümern unserer Gegenwart.

Wenn von schlanker Produktion mit Stolz geredet wird, wenn Betriebe unter dem Gesichtspunkt rationalisieren, ihre Produktion auf ein konkurrenzfähiges Niveau zu heben, dann ist immer mit im Spiel, daß die mit Einsparungen verknüpften sozialen und menschlichen Kosten auf die Gesamtgesellschaft abgewälzt werden. Kein Unternehmen kümmert sich darum, daß die aus dem Produktionsprozeß Herausgestoßenen von anderen versorgt werden müssen, am Ende von der Steuern zahlenden Gemeinschaft. So ist für gewerkschaftliches Handeln und für eine zukünftige Gewerkschaftsstrategie, die sich ihrer geschichtlichen Aufgaben bewußt ist, von entscheidender Bedeutung, zwei Ökonomien zu unterscheiden.

Die erste Ökonomie ist die der bestehenden Realität. Was das Menschenbild betrifft, so ist der all-

seitig verfügbare Mensch das Selbstideal dieser Ökonomie. Rationalisierung der Einzelbetriebe bedeutet, daß Überlegungen, was diese Form der Vernunft für das Ganze der Gesellschaft bedeutet, keinerlei Mühe wert sind. Diese erste Ökonomie lebt von der Plünderung des Gemeinwesens, nicht nur der Sozialstaat, diese Grundvoraussetzung stabiler demokratischer Verhältnisse wird abgebaut, sondern überhaupt werden alle Gemeinwesenvorstellungen diskriminiert. Die Folgen einer solchen borniert betriebswirtschaftlichen Ökonomie, die den Anschein erweckt, als wäre das Ganze der Gesellschaft die Summe betriebswirtschaftlicher Rationalisierungen, besteht darin, daß in dem Maße, wie der einzelne Betrieb rationaler wird, die Gesamtgesellschaft immer irrationaler, verschwenderischer, teurer sich gestaltet.

Sind die Gewerkschaften im Bezugsrahmen dieser ersten Ökonomie befangen, dann werden sie insbesondere in gesellschaftlichen Krisensituationen auf Dauer ihr Existenzrecht verspielen. Alles, was ihre Handlungsmöglichkeiten ausmacht, wird sich an betriebswirtschaftlichen Rationalisierungskriterien orientieren. Die Schlankheitsvernunft des Einzelbetriebes produziert die Irrationalität des gesellschaftlichen Ganzen. Wie soll man das anders verstehen, wenn über 180 Milliarden jährlich der Ideologie geopfert werden, daß das alte Erwerbssystem noch funktionsfähig ist, als wäre Massenarbeitslosigkeit eine Angelegenheit von Konjunktur und Rezession?

Ökonomie des ganzen Hauses

Ich habe deshalb die Idee von zwei Ökonomien entwickelt. Sie fordern eine grundlegende politische Perspektivverschiebung heraus. Es sind zweifellos nicht die alten Klassenverhältnisse, mit denen wir es hier zu tun haben, es ist auch nicht einfach eine durch Moral und Protest definierte Auffassung der Welt, die der harten durch Kapital und Marktlogik definierten Ökonomie gegenübersteht. Was ich als die zweite Ökonomie bezeichne, hat zu ihrer regulativen Idee das Wohl und Wehe des Gemeinwesens, so wie die Politische Ökonomie seit Adam Smith und Ricardo, ja bis zu Keynes noch Vorstellungen vom Volkswohlstand enthielten. An diese Tradition kann die zweite Ökonomie anknüpfen, für

sie sind die betriebswirtschaftlichen Erwägungen von Rationalisierung nur eine Teilrealität, deren Sinn und Unsinn immer zu messen ist an dem, was an gesamtgesellschaftlichen Kosten verursacht oder eingespart wird.

Ich muß nun gestehen, daß in den vorliegenden Programmentwürfen Überlegungen dieser verengten betriebswirtschaftlichen Ökonomie in fast allen Formulierungen spürbar sind. Sie erdrücken das Ganze und machen Programmforderungen auch dort konfus, wo sie über die bestehenden Verhältnisse hinausweisen. Handelt es sich in der ersten Ökonomie um ein universelles Kreditsystem, in dem jeder vom anderen leiht, in dem jeder Schulden macht, in dem die einzelnen Regierungsressorts eingesparte Kosten auf die anderen abwälzen, so ist in der zweiten Ökonomie die Überlegung vorherrschend, daß solche einzelnen Einsparungen immer unter den Kostenerwägungen des Ganzen stehen. Wer heute an Schulen, an Bildung, an Jugendzentren, an Kindergärten und Kinderläden zu sparen unternimmt, der wird (das kann man voraussehen) eines Tages mit dem Tatbestand konfrontiert sein, daß das Innenministerium oder das Sozialministerium ausreichende Gründe hat, mehr Mittel für Polizei, den Bau von Gefängnissen, die Einrichtung psychiatrischer Behandlungszentren zu beantragen und die Mittel auch zu bekommen. Worin liegt der menschliche Sinn solcher Verschiebung der Kosten?

Die zweite Ökonomie, von der ich spreche, läßt sich als Ökonomie des ganzen Hauses betrachten. Sie ist keine bloße Summe der Einzelteile dieser betriebswirtschaftlichen Ökonomien. In sie gehen vielmehr ein Erwägungen, die Gewinne und Kosten ganz anderer Art definieren. Was bedeutet zunehmende Verarmung ganzer Bevölkerungsschichten für den Reichtum einer Gesellschaft? Was bedeutet es, wenn mittlerweile in einer der reichsten Gesellschaftsordnungen der Welt jedes siebente Kind beim Aufwachsen auf Sozialhilfe angewiesen ist? Welche Geldmittel werden verschleudert, indem Arbeitslosigkeit bezahlt wird statt neue Arbeitsplätze zu schaffen?

Die Gewerkschaften können nicht darauf verzichten, Partei für die Verlierer dieser rabiaten Leistungsgesellschaft zu ergreifen. Sie müssen darum kämpfen, daß aus der be-

Diese Ideologie, dieses öffentliche falsche Bewußtsein, als sei das Kriterium der Rationalität des Einzelbetriebes dem der Gesamtgesellschaft ähnlich, gehört zu den realitätsmächtigen Irrtümern unserer Gegenwart.

stehenden sozialkulturellen Zweidrittelgesellschaft, wo ein Drittel praktisch von der offiziellen Ordnung auf Dauer abgekoppelt ist, nicht eines Tages eine politische Eindrittelgesellschaft entsteht, die durch eine gefährliche Selbstzerissenheit des gesellschaftlichen Ganzen sich bildet. Solche Kampfperspektiven in einem Programm zu benennen, wäre auch notwendig, damit die Gewerkschaften in ihrem öffentlichen Ansehen als Grundrechts- und Menschenrechtspartei wieder an Boden gewinnen. Gewerkschaften dagegen, die den bestehenden Herrschaftsverhältnissen sich einfach ausliefern, gewinnen weder neue Anhänger, noch können sie die alten auf Dauer halten.

Kulturelles Mandat und Intellektuelle

Ich möchte ein drittes Mandat nennen, das ich in den Programmnotizen vergeblich gesucht habe; ich meine das *kulturelle Mandat*. Ich will das gar nicht aus der Tradition der Gewerkschaften begründen, das wäre auch möglich, denn von der Geschichte der Gewerkschaften und ihrem Selbstbildungsprozeß sind die kulturellen Dimensionen, die das für die Gesamtgesellschaft hat, gar nicht abzulösen. Aber selbst wenn diese Traditionszusammenhänge nicht mehr durchzuhalten sind, wenn die gewerkschaftlichen Milieus sich verändert haben, wofür es viele Anzeichen gibt, dann ist für gewerkschaftliches Handeln doch unabdingbar die Einbeziehung der Interessenkämpfe in kulturelle Beziehungen und Deutungen.

Da gewerkschaftliches Handeln stets gebunden ist an kollektive Solidarität, welche Ausdrucksformen diese auch haben mag, ist eine Einbindung der Interessen in kulturelle Zusammenhänge existenznotwendig. Gewerkschaften bedürfen für ihre Form der Effektivität eine eigene Sprache der Symbole, des kollektiven Gedächtnisses, das sind ja Dinge, die durch überlieferte Traditionsbestände der Arbeiterbewegung nicht mehr selbstverständlich sind. Nie hat gewerkschaftliches Handeln es nur mit nackten Interessen zu tun gehabt; ist allerdings dieser Legitimationsvorrat an kulturellen Deutungen, auf den Gewerkschaften bisher immer noch notfalls zurückgreifen konnten, durchlöchert, nicht zuletzt durch Symbolbildungen der Gegenseite über eine mächtige Medien-

wirklichkeit definiert, dann wird es zu einer Existenzfrage gewerkschaftlichen Handelns, ob sie das kulturelle Mandat wahrnimmt oder das als überflüssiges Beiwerk betrachtet.

Nackte Interessen sind schutzlos, wenn sie nicht die Interessen der Herrschenden sind. So nimmt für die Gewerkschaften gegenwärtig die Frage, wie sie es mit den Intellektuellen halten, den symbolischen Sinnvermittlern und Sinnproduzenten, wenn man es so ausdrücken will, wachsende Bedeutung an. Die Produktionsstätten der Medien, der Rundfunkanstalten, des Fernsehens, die großen Einfluß auf das Selbstverständnis von Kindern und Jugendlichen haben, sind von den Gewerkschaften praktisch ungenutzt geblieben. Warum bemühen sich die Gewerkschaften nicht um feste Sendezeiten in den Medien, was bei Vergabe von Lizenzen ja immer möglich wäre? Immer weniger Jugendliche, die in der Berufsausbildung stecken oder als Lohnabhängige arbeiten, sind gesicherte Ansprechpartner für die Gewerkschaften, häufig sind sie nur noch erreichbar über Jugendkulturen, über Kommunikationszusammenhänge, die außerhalb der betrieblichen Realität liegen.

Perspektive einer zweiten Gesellschaftsreform entwickeln

Wenn ich dieses Mandat aufnehme, so bedeutet das für mich, daß in einem neu zu fassenden DGB-Grundsatzprogramm die Perspektive einer zweiten Gesellschaftsreform erkennbar sein müßte. In dieser zweiten Gesellschaftsreform würde man anknüpfen an das, was an dem sozialliberalen Reformprogramm Anfang der siebziger Jahre auf der Strecke geblieben ist. Die Misere in einzelnen Institutionen, wie den Schulen, beruht vor allem darin, daß diese Reformprogramme bereits Mitte der siebziger Jahre zu bloßen Rationalisierungsreformen verengt wurden. Das Diffuse einer Halbreform, einer abgebrochenen Reform, bestimmt heute viele Institutionen in ihrer Ohnmacht, Wege aus der Misere zu bezeichnen. Ein Grundsatzprogramm müßte radikalere Fragen an die bestehende Krisensituation stellen und Antwortperspektiven bezeichnen, welche die Lebensinteressen der Menschen ansprechen. Wer die Misere nur beklagt, wer keine Auswege aufzeigt, der wird auf keinerlei Folgebereitschaft stoßen; es ist eine merkwürdige persönliche Er-

fahrung, daß ich überall berichtet bekomme, wie uninteressiert und teilnahmslos Menschen gegenüber Anforderungen sich verhalten, politische Debatten über die Zukunft unserer Gesellschaft zu führen. Ich selbst habe, wo ich redete, nahezu vollständig die gegenteilige Erfahrung gemacht, ein intensives Interesse an Perspektiven, an utopischen Entwürfen, an unkonventioneller Organisationsphantasie.

Was allerdings von fundamentaler Bedeutung für die Menschen ist, besteht darin, daß sie in diesem fragmentierten Durcheinander der Gesellschaft die Vorstellung eines Ganzen angeboten bekommen wollen. Selbst ein nicht ganz schlüssiges und zutreffendes Ganzes ist besser als die zerfaserte Wirklichkeit, wie sie die Welt der Medien anbietet und wie sie jeder in seinem Alltag ohnehin erfährt. Herstellung von Zusammenhang ist eine Anforderung, die an politische Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft zu stellen ist. Die zweite besteht allerdings darin, daß die Menschen an Dingen, die sie für wichtig halten, beteiligt werden wollen. Die Gewerkschaften müssen zu Beteiligungsgewerkschaften werden: in allen Untersuchungen zeigt sich, daß die Undurchsichtigkeit von Entscheidungen, das geringe Maß von manchen Gewerkschaftsfunktionären, Mitgliedermeinungen, auch Kritik, in den Entscheidungsprozessen aufzunehmen, allmählich zu einer Apathisierung führt.

Schließlich ist es der offensive Geist, der wieder stärker Gewerkschaftsdebatten bestimmen sollte; es ist keineswegs so, daß die Gewerkschaften gemessen an den Leistungen, die dieses Gesellschaftssystem anzubieten hat, Minderwertigkeitskomplexe haben müßten. Im Gegenteil: auf lange Sicht werden Gemeinwesenvorstellungen, Genossenschaften, Ideen der Gemeinwirtschaft wieder an Boden gewinnen, weil die privatkapitalistische Plünderung der Sozialzusammenhänge und des Gemeinwesens insgesamt eine derartige Selbstzerissenheit der Gesellschaft produziert, daß die Menschen unmöglich in den Glauben verfallen könnten, der Kapitalismus dieser Struktur könnte das Ende der Geschichte sein.

Vielleicht hat es mit dem Ende der Vorgeschichte, wie Marx das bezeichnete, doch eine eigene Bewandnis.

Da gewerkschaftliches Handeln stets gebunden ist an kollektive Solidarität, welche Ausdrucksformen diese auch haben mag, ist eine Einbindung der Interessen in kulturelle Zusammenhänge existenznotwendig.

Der angeblich interessenneutrale, objektivierbare Kostendruck dominiert die Debatten über den "Standort Deutschland" und das "Bündnis für Arbeit". Ausschließlich stabilitätsorientierte Finanzpolitik und auf die Senkung der Arbeitskosten zielendes kurzfristiges einzelbetriebliches Kalkül sollen fitmachen für Europa und den Weltmarkt. So paßt dann auch ins Bild, daß die Arbeitgeber ihre Zusage, die Ausbildungskapazitäten um zehn Prozent zu erhöhen, nicht eingehalten haben; die Tendenz geht überdies dahin, daß die Zahl der Lehrstellen noch stärker abnimmt als die der Arbeitsplätze. Verteilt wird weiterhin - und zügelloser denn je seit der Nachkriegszeit - von unten nach oben und von Frauen zu Männern, das Lohngesetz wird Schritt für Schritt wieder in Kraft gesetzt. Auf dem Spiel stehen sämtliche Fortschritte, die innerhalb des Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung in den letzten Jahrzehnten erkämpft wurden. So wird beispielsweise die Bildungsexpansion der 70er Jahre mit verschärfter sozialer Selektion u.a. durch Pläne wie Studiengebühren und Zins-BAföG wieder zurückzudrängen versucht. Es geht grundsätzlich um die Gestaltung der Erwerbsarbeit der Zukunft - und hier ist auch die Auseinandersetzung um die Rolle des Ausbildungssystems, des dualen wie des akademischen, einzuordnen.

Veränderung der Arbeitsteilung

Die Rationalisierungspotentiale der fordistischen Produktions- und Arbeitsorganisation, gekennzeichnet durch vertikale und horizontale gesellschaftliche Arbeitsteilung - also die Trennung von Erfindung, Planung, Ausführung und Kontrolle einerseits und die Zerlegung der Produktion in kleinste Fertigungsschritte andererseits -, sind in den westlichen Industrienationen weitgehend erschöpft. Eine hohe Umsetzungsgeschwindigkeit von Innovationen und die Flexibilität des Fertigungsprozesses gewinnen gegenüber der klassischen Produktivitätssteigerung in der standardisierten Massenproduktion durch quantitative Steigerung des Outputs bzw. Senkung des Inputs an Bedeutung. Flexibilität und hohe Innovationsgeschwindigkeit sind aber mit hierarchischer Arbeitsteilung nicht zu gewährleisten. "Problemlöser" und "Systemregulierer", die die integrierten betrieblichen Prozeßabläufe ("lean production", Gruppenarbeit) gestalten und weiterentwickeln können, sind gefragt.

Damit rückt die menschliche Arbeitskraft ins Zentrum der betrieblichen Reorganisationsprozesse - sie wird vom reinen Objekt der Rationalisierung zum Rationalisierungsobjekt, d.h. das eigentliche Produzentenwissen, also die Qualifikation der Beschäftigten i.w.S., wird zur Schlüsselgröße. Reformstrategien, die zur Durchsetzung des sozial-ökologischen Umbaus beitragen wollen, müssen auch und gerade an diesem Punkt ansetzen, da es hier die *Möglichkeit* geben könnte, einen erneuerten Klassenkompromiß zu formulieren, der die innerbetrieblichen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten der abhängig Beschäftigten verschiebt. Dabei ist das Dilemma ein doppeltes.

Einerseits setzen die Unternehmen auf kurzfristige Gewinnmaximierung und sind, wie Umfragen der Industrie- und Handelskammern zeigen, noch nicht einmal in der Lage, ihre mittelfristigen Qualifikationsbedarfe vorherzusehen. Kostensenkung durch Beschäftigungsabbau und Verschlechterung der sozialen Sicherung der (Noch-)Beschäftigten stehen im Vordergrund, der Druck auf die Belegschaften wird - mit massiver Unterstützung

Zukunft der Arbeit: das Ausbildungssystem

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Barbara Underberg*

durch die Regierung - mehr und mehr erhöht. Andererseits fehlen im Aus- und Weiterbildungssystem die *Voraussetzungen*, die Potentiale, die sich durch die Umbrüche innerhalb der kapitalistischen Produktions- und Arbeitsweise ergeben, tatsächlich zu nutzen. Die fordistische Arbeitsteilung als sozialer Segregationsmechanismus prägt nachhaltig auch das gesamte bundesdeutsche (Aus-)Bildungssystem. Angefangen bei den drei Schultypen setzt sie sich in einer strikten Trennung von für Theorie, Forschung und Entwicklung zuständige Hochschulen und für die Anwendung vorhandenen Wissens zuständige praktische Berufsausbildung fort (vgl. Torsten Bultmanns Artikel in diesem Schwerpunkt).

Will man die Chancen nutzen, die sich durch die (mögliche) Abkehr von fordistischen Rationalisierungskonzepten ergeben, und die Erwerbsarbeit grundsätzlich umgestalten, so ist eines klar: Integraler Bestandteil eines strategischen Reformkonzeptes ist der Umbau des Ausbildungssystems. Dabei zeichnen sich drei zentrale Elemente des Reformkonzeptes bereits ab.

Umlagefinanzierung

Im Mittelpunkt der aktuellen Debatte, ausgelöst durch die wachsende Jugendarbeitslosigkeit und die drastisch sinkenden Ausbildungsleistungen insbesondere der Großunternehmen, steht die Umlagefinanzierung. Hierdurch soll eine solidarische Finanzierung der Berufsausbildung gewährleistet werden, indem alle Unternehmen und Verwaltungen eine Abgabe in einen Ausbildungsfonds bei der Bundesanstalt für Arbeit zahlen. Die Mittel dieses Fonds sollen nach bestimmten sozialen und infrastrukturellen Kriterien v.a. für die Förderung betrieblicher Ausbildung und von Ausbildungsverbänden bereitgestellt werden. Gewerkschaften, Jusos und Teile der SPD haben bereits ähnliche Entwürfe zur Umlagefinanzierung vorgelegt (vgl. Hahn/Kämmerer und Bulmann in diesem Schwerpunkt).

Wie in eine solche, v.a. auf Kostenumverteilung zielende Umlagefinanzierung auch qualitative Elemente eingebaut werden könnten, bleibt zu diskutieren. Auch hier stehen oftmals gesellschaftliche und einzelbetriebliche Bedarfe gegeneinander: Zahlreich ausgebildet werden kann nur in Bereichen, für die anschließend auf dem sog. ersten Arbeitsmarkt auch eine zumindest mittelfristige Verwendung besteht, und das unter den herrschenden

Im Aus- und Weiterbildungssystem fehlen die Voraussetzungen, die Potentiale, die sich durch die Umbrüche innerhalb der kapitalistischen Produktions- und Arbeitsweise ergeben, tatsächlich zu nutzen.

* Barbara Underberg, Bochum, spw-Redaktion

Verhältnissen eher z.B. in der Automobil- oder Chemieindustrie als im Bereich des vorsorgenden Umweltschutzes der Fall.

Will man die Umlagefinanzierung zu einem Instrument entwickeln, das nicht nur das "Wieviel" der Ausbildung reguliert, sondern das - perspektivisch - auch einen Baustein zur Regulierung des "Wie" und "Was" der Produktion darstellt, so muß diese Debatte verknüpft werden mit anderen Politikfeldern:

- Wie könnte eine solidarische Ausbildungsfinanzierung an die notwendige Modernisierung, Neuordnung und Flexibilisierung von Berufsbildern gekoppelt werden?

Die regionalen Arbeitsmärkte im allgemeinen und die Qualifizierungsstrategien im besonderen könnten eine Klammer zwischen vorhandenen strukturpolitischen Ansätzen und einer zu entwickelnden (regionalisierten) Industriepolitik bilden.

- Wie ließe sich der einzelbetriebliche Bedarf an "zukunfts-fähiger" Ausbildung erhöhen? Besteht hierfür die Möglichkeit, an regionalökonomischen Stärken anzusetzen, d.h. die unterschiedlichen regionalen Produktionsschwerpunkte weiterzuentwickeln, also "dynamische Bestandsentwicklung" zu betreiben? Welche strukturpolitischen Instrumente sind hierfür nutzbar, welche industriepolitischen Instrumente müßten entwickelt werden? Welche Rolle könnte der Bereich Ausbildung in einem Zukunftsinvestitionsprogramm spielen?

Welche Rolle könnte der Bereich Ausbildung in einem Zukunftsinvestitionsprogramm spielen?

"Modularisierung" des Ausbildungssystems?

Für eine flexible und innovative Produktion sind Qualifikationen erforderlich, die die Erstausbildung im dualen System nicht leistet bzw. nicht leisten kann. Neben das notwendige Fachwissen treten Methoden- und Sozialkompetenz als Schlüsselqualifikationen. Die Aufhebung der Trennung zwischen schulischer und betrieblicher Ausbildung, zwischen Aus- und Weiterbildung und zwischen Ausbildung und Berufsausübung ist eine Voraussetzung für eine erhöhte Durchlässigkeit der gesellschaftlichen Arbeitsteilung.

Allerdings bleiben in dieser Diskussion um die Verzahnung von "Lernen" und "Arbeiten" oftmals die Hochschulen unberücksichtigt. Um die Spaltung von "Pla-

nung" und "Ausführung" aufzuheben, die Zerschlagung der Erfolge der Bildungsexpansion und eine weitere gesellschaftliche Elitenbildung zu verhindern, ist jedoch die Einbeziehung der Hochschulen unerlässlich. Welche Instrumente könnten für eine Gleichwertigkeit von wissenschaftsqualifizierender und berufsqualifizierender Ausbildung sorgen? Die Frage nach den Grenzen des dualen Systems kann man aber auch grundsätzlicher stellen: Weist nicht vielleicht eine "Modularisierung" des gesamten Ausbildungssystems, also eine Integration sämtlicher Aus- und Weiterbildungseinrichtungen und die Schaffung von den jeweiligen Bedürfnissen entsprechend frei kombinierbaren "Bildungsbausteinen", in die richtige Richtung?

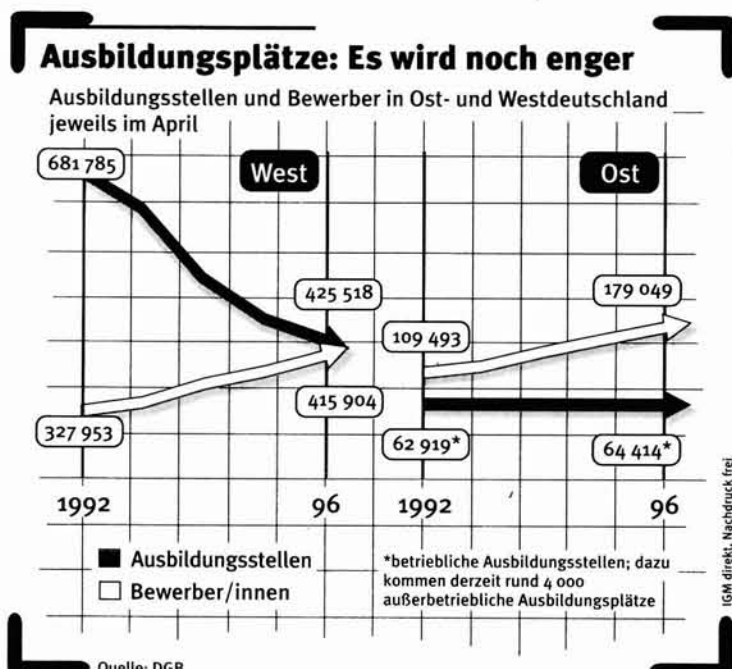
Schaffung zukunfts-fähiger Qualifikationsbedarfe

Sozial-ökologische Reformstrategien haben nicht "nur" den quantitativen Abbau der Massenarbeitslosigkeit, sondern die Schaffung abgesicherter Beschäftigungsverhältnisse in ausgewählten Wachstumsfeldern zum Ziel. Mittel- und langfristig werden folglich Qualifikationen benötigt, für die heute - auch bei Förderung und Flankierung durch ein Zukunftsinvestitionsprogramm - auf dem ersten Arbeitsmarkt noch kein Bedarf besteht. Langfristige Planung ist hier kaum möglich; im besten Falle werden die künftigen Problemgruppen der regionalen Arbeitsmärkte identifiziert, die dann quasi prophylaktisch weiterqualifiziert werden.

Um diesen Kreislauf gezwungenermaßen reaktiver Arbeitsmarktpolitik zu durchbrechen, ist die Qualifizierungsfrage auch zu verknüpfen mit der im Crossover-Diskurs geführten Debatte um einen neuen gemeinwirtschaftlichen Beschäftigungssektor, der als Alternative zum "zweiten Arbeitsmarkt" Beschäftigung im Bereich soziokultureller Dienstleistungen und ökologischer Produktion anbieten soll. Die Nachfrage nach zukunfts-fähigen Qualifikationen muß geschaffen werden, und sie wird nicht allein von der Privatwirtschaft ausgehen (können). Die regionalen Arbeitsmärkte im allgemeinen und die Qualifizierungsstrategien im besonderen könnten eine Klammer zwischen vorhandenen strukturpolitischen Ansätzen und einer zu entwickelnden (regionalisierten) Industriepolitik bilden.

Die Durchsetzungschancen für einen sozial-ökologischen Umbau, dessen Bestandteil die Reformierung des Ausbildungssystems sein muß, scheinen sich jedoch umgekehrt proportional zum wachsenden Problemdruck zu verhalten, wie der einleitend beschriebene von Arbeitgebern und Bundesregierung initiierte "Klassenkampf von oben" überdeutlich zeigt. Anderthalb Jahrzehnte Rechtsregierung haben ihre Spuren hinterlassen, vor allem auch in der jungen Generation, die bislang keine Alternative zum Kohlkurs und sozialen Konkurs kennengelernt hat: Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sind denkbar schlecht.

Ein umfassendes sozial-ökologisches Reformkonzept, das nicht zwischen Detailfragen zerrieben wird, sondern verschiedene Lösungsansätze aufeinander bezieht und *grundsätzlich andere politische Ziele* einer breiten Öffentlichkeit verständlich machen kann, ist notwendig, um überhaupt so etwas wie ein "Reformklima" in dieser Gesellschaft schaffen zu können. Aufgabe der radikalreformerischen Linken ist es nun, ihre verschiedenen, analytisch und programmatisch relativ weit entwickelten Diskurse zusammenzuführen - zu einer in der Praxis durchsetzbaren und mehrheitsfähigen Alternative.



Am 23. April 1996 ist unmittelbar vor der letzten Kanzlerrunde zum „Bündnis für Arbeit“ die Expertenrunde mit Vertretern/innen der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften zum Thema „Bündnis für Ausbildung“ ergebnislos auseinandergegangen. Ergebnislos jedoch lediglich insofern, als keinerlei gemeinsame Verabredungen aller Beteiligten für dringend erforderliche Reformen der Berufsausbildung zustandegekommen sind. Ein Ergebnis stand jedoch offensichtlich schon vor dieser Zusammenkunft fest: Die Bundesregierung hält auch und gerade im Ausbildungsbereich an ihrer Politik der Deregulierung und der „Gegenreform“ unzweideutig fest.

Als Rüttgers im Januar sämtliche Positionen der Arbeitgeberverbände nahezu auf Punkt und Komma zum Programm erhob und den zentralen Eckpunkt der IG-Metall-Forderung im Bündnis für Arbeit, einen Lastenausgleich zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben, rigoros ablehnte, wurde erneut bestätigt: Ungeachtet aller amtlichen Zahlen (die den Rückgang der Ausbildungsplätze bei steigender Nachfrage auf über 700.000 bis zum Jahr 2005 und ebenso steigender Jugendarbeitslosigkeit monatlich und Jahr für Jahr erneut belegen), vertraut die Bundesregierung allein dem Versprechen der Arbeitgeberverbände, in den nächsten Jahren wieder mehr auszubilden als bisher.

Die Arbeitgeberfunktionäre waren Anfang April jedoch überraschenderweise insofern in einer etwas mißlichen Situation, daß trotz aller bereits zugesagten und eingeleiteten Maßnahmen (Verschlechterung der Arbeitszeit beim Berufsschulbesuch, Außerkraftsetzung der Ausbildereignungsverordnung, Einführung sogenannter „theoriegeminderter“ Ausbildungsberufe, Wiederzulassung der Stufenausbildung, Kürzung der überbetrieblichen Ausbildungszeiten etc.) und damit der weitestgehenden Erfüllung ihrer Forderungen und Bedingungen vom Januar durch die Politik, die Halbjahresbilanz der angebotenen Ausbildungsplätze erneut rückläufig ist.

Arbeitgeber geraten unter Druck

Als Anfang April Bernhard Jagoda, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit (BA), erneut einen Rückgang des Ausbildungsplatzangebotes um 8% und einen Anstieg der Nachfrage um 7% bekanntgeben mußte, drohte die öffentlich propagierte Trendwende bei den Ausbildungsverträgen erneut wie eine Seifenblase zu zerplatzen. Selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) kommentierte: „Das Lehrstellenversprechen wackelt“ und wies auf den thüringischen Kultusminister Althaus (CDU) hin, der „als erster CDU-Politiker ... einen Ausgleich zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben anregt.“ Sogar von einer „Ausbildungssteuer für die Drückeberger“ war in diesem Kommentar auf Seite eins der FAZ zu lesen.

Die Arbeitgeberverbände waren also insofern gefordert, beim Spitzengespräch „Bündnis für Ausbildung“ Neues präsentieren zu müssen. Um ein Eingeständnis des eigenen Versagens zu vermeiden, entschieden sie sich für eine Politik des dreisten „Draufsatteln“: Rückkehr zur 40-Stunden-Woche für Auszubildende, eine Woche weniger Urlaub als bisher, Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgatifikation und zwei Jahre keinerlei Erhöhung der Ausbildungsvergütungen, dies sollten die zündenden Ideen zur Schaffung neuer Ausbildungsplätze sein.

Neben dem offenen Affront gegenüber den Gewerkschaften, der damit in voller Kenntnis und absichtlich herbeigeführt wurde, hatte diese Vorgehensweise jedoch ein-

“Bündnis für Ausbildung” bereits gescheitert?

von Reinhard Hahn und Thilo Kämmerer*

deutig auch zum Ziel, der Bundesregierung für ihr Nicht-handeln Entlastung zu verschaffen. Weder in Fragen der Arbeitszeit noch bei Urlaubsregelungen und schon gar nicht bei den Ausbildungsvergütungen hat Rüttgers Handlungskompetenz, und die politischen Forderungen waren, wie oben schon erwähnt, bereits im Januar zugesagt bzw. erfüllt.

Gießkannenprinzip

Als kleines „Trostpflaster“ für die ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen blieb lediglich das von Rüttgers angekündigte erneute Sonderprogramm für die fünf neuen Länder. Wie klein dieses Trostpflaster ist, wird deutlich daran, daß auch im Jahre 1996 keinerlei grundlegende Veränderung gegenüber den vergangenen Jahren eingeschlagen wurde: Die Bereitstellung einer Summe x für eine gewisse Anzahl öffentlicher vollfinanzierter Ausbildungsverhältnisse und der wiederkehrende Hinweis, daß es sich um eine einmalige/letztmalige Sondermaßnahme handele. Diese bereits bei der Erstauflage öffentlicher Sonderprogramme 1990/91 gemachte Ankündigung, nach spätestens drei Jahren müsse „die Wirtschaft“ ihrer Verantwortung eigenständig nachkommen, wiederholt sich somit ungeachtet aller strukturell negativen „Nebenwirkungen“ (Verfestigung außerbetrieblicher Ausbildungsstrukturen, für die die Unternehmen und Betriebe keinerlei finanzielle Beiträge leisten müssen) mit geradezu berechenbarer Regelmäßigkeit.

Trotz dieser mittlerweile jährlich jeweils dreistelligen Millio-nensummen, die in immer neuen Sonderprogrammen eingesetzt werden, ist das Ausbildungsplatzangebot in den fünf neuen Ländern gemessen an der Nachfrage auch heute noch so unzureichend wie unmittelbar nach dem Zusammenbruch der DDR. 1995 kamen auf 100 Bewerber lediglich 49 Ausbildungsstellen, 1992 waren es immerhin 54, und nur im Jahr davor wurde mit 43 Stellen auf 100 Bewerber ein schlechteres Ergebnis erzielt. Ungeachtet aller hinter diesen Zahlen und tagespolitischen Aufregungen stehenden strukturellen und sozialen Verwerfungen und Umbrüchen verweigern sich die Arbeitgeber und die herrschende Politik jeglicher weiterführender Reformpolitik.

Ganz normaler Kapitalismus

Ausbildungsplatznot und die Vernichtung beruflicher Perspektiven, einhergehend mit der sozialen Ausgrenzung von immer mehr jungen Menschen, kennzeichnen

Die Strategie der Unternehmer ist sichtbar, auch im Westen. Sie wollen die Kosten der beruflichen Bildung mehr und mehr an den Staat delegieren. Also dorthin, wo ja auch die nicht mehr benötigten Arbeitskräfte abgeliefert werden.

* Reinhard Hahn, Thilo Kämmerer, Abteilung Jugend beim Vorstand der IG Metall.

die gesellschaftliche Realität. Die Indikatoren sind vielfältig. Sie reichen von Einschnitten bei den BAföG-Leistungen bei Studierenden bis zu einer Verjüngung der Sozialhilfeempfänger. Die Bildungsreform der 70er Jahre wird ausgebremst, und besonders alarmierend ist, daß die Jobmentalität bzw. Befristung von Arbeitsverhältnissen mit der Folge zunimmt, daß das gesicherte Normalarbeitsverhältnis mehr und mehr erodiert.

Dies alles ist eigentlich nichts Ungewöhnliches, denn derartige Entwicklungen haben etwas mit dem ganz normalen Kapitalismus zu tun. Das heißt, die Spielregeln kapitalistischer Gesellschaft bestimmen sich über den Austauschprozeß. Als Gegenleistung für die Ware Arbeitskraft und ihre bestmögliche Verwertung - und auch nur dann - wird Lohn und Gehalt bezogen. Insofern kommt am Beginn des Berufslebens der Qualifizierung nach wie vor besondere Bedeutung zu. Sie entscheidet maßgeblich darüber, ob man/frau sich auf der Sonnenseite oder der Schattenseite der Gesellschaft befindet. Im Sinne der Ausdifferenzierung von gesellschaftlichen Prozessen ist nunmehr das Bedeutende, daß infolge der sozialen Polarisierung immer mehr auch junge Menschen zu den Randbelegschaften degradiert werden. Unsichere und prekäre Arbeitsverhältnisse führen zu einer labilen Existenz, die eben auch nur eine zerstückelte Lebensplanung zuläßt. Die Betroffenheit der Ausgrenzung ist somit nicht dauerhaft, sondern eine teilweise gesellschaftliche Integration findet statt. Krisenerfahrungen erscheinen als normal und unveränderlich. Damit ist im Hinblick auf die gewerkschaftliche Mobilisierungsfähigkeit natürlich auch ein Dilemma gegeben.

Derartige Entwicklungen haben etwas damit zu tun, daß es den Herrschenden gelungen ist, ihre Zukunftsbilder zu verfestigen, wie die absolute Dominanz von Konkurrenzmechanismen und die Leistungsideologie als herr-

derart eng, daß Entscheidungen an einem Standort automatisch Reaktionen an anderen Standorten nach sich ziehen. Wenn etwa ein solcher Konzern in einem ausländischen Produktionsstandort eine dritte Schicht oder die Samstagarbeit einführt, dann geraten die Arbeitnehmer des Standortes hier unter direkten Zugzwang. Bezogen auf die allseits propagierte Standortdebatte heißt das nichts anderes, als daß der Konkurrenzkampf in eine Konkurrenz der Völker untereinander verwandelt wird. Es geht darum, den jeweiligen Standort schlank und fit für den Weltmarkt zu machen. Dies hat natürlich auch Folgen für die Berufsausbildung und damit für die Zukunftsinteressen junger Menschen. Die Ausbildung wird als betriebswirtschaftlicher Ballast und unproduktive Dienstleistung abgeworfen.

Raubbau bei der Berufsausbildung

Seit Ende der 80er Jahre erleben wir einen gigantischen Abbau betrieblicher Bildungsangebote. Ausbildungsstandorte werden unwiderruflich plattgemacht, Ausbilder werden vorzeitig in den Ruhestand oder in die Produktion geschickt. Alleine die Ausbildungsleistung in der Metall- und Elektroindustrie wurde im letzten Jahrzehnt halbiert. Das heißt, die frühere Ausbildungsquote lag im Schnitt zwischen 7 und 8% und ist nunmehr auf 3 bis 4% abgesackt. Überhaupt bilden von den derzeit 1,6 Millionen Betrieben gerade mal ein Drittel aus. Nur 15% aller Auszubildenden werden von Großbetrieben eingestellt.

Daß die Kleinbetriebe bzw. das Handwerk in weitaus größerem Maße ausbildet als die Industrie, ist nichts Neues und hat eine einfache Erklärung. Die Nettokosten für Ausbildung sind gleich Null, die erforderlichen Ausgaben für Ausbildung durch den produktiven Beitrag der Auszubildenden kompensiert, wenn nicht sogar überkompensiert.

Und es ist skandalös, daß dieses duale Berufsbildungssystem Jahr für Jahr Jugendliche ohne Qualifizierung in die Arbeitswelt entläßt, konkret jeder/jede Zehnte eines Jahrgangs. In der Summe sind derzeit eine Million Jugendliche unter 25 Jahren ohne jeglichen Berufsbildungsabschluß dem Heuern und Feuern ausgesetzt.

Besonders kraß stellt sich die Situation in den neuen Bundesländern dar. Obwohl uns immer wieder Erfolgsmeldungen vorgegaukelt werden, wird jeder zweite Jugendliche in diesem Jahr das Ziel einer betrieblichen Berufsausbildung nicht realisieren können. Statistisch ist natürlich alles klar, die Kartei ist bereinigt. So sind die Betroffenen in Warteschleifen abgedrängt. Besonders skandalös ist, daß in den neuen Bundesländern mittlerweile zwei von drei Ausbildungsplätzen aus Steuermitteln bezahlt oder zumindest mitfinanziert werden. Mit sogenannten Feuerwehrprogrammen wird versucht, die versprochenen „blühenden Landschaften“ herbeizukaufen. Die Strategie der Unternehmer ist sichtbar, auch im Westen. Sie wollen die Kosten der beruflichen Bildung mehr und mehr an den Staat delegieren. Also dorthin, wo ja auch die nicht mehr benötigten Arbeitskräfte abgeliefert werden.

Strukturkrise und Flickschusterei

Seit Beginn der 90er Jahre steckt die berufliche Erstausbildung in der BRD in einer tiefen Krise. Die rückläufigen Zahlen der jährlich neu abgeschlossenen Auszubildendenverhältnisse, die von 1986 bis 1994 unvermindert angehalten haben, sind Ausdruck, aber nicht Ursache dieser Krise. Die Diskussion über die Gründe dieses Rückganges während der letzten Jahre zeigt dies mit aller Deutlichkeit. Während bis zu Beginn der Jahre 1991/92 noch nahezu ausschließlich das nachlassende Interesse der Ju-

„Nur gesetzliche Regelungen schaffen Verbindlichkeit und den Jugendlichen Sicherheit. Unsere Forderungen bleiben akutell: Ausbildungspflicht und Beteiligung aller Betriebe an der Finanzierung.“ (Klaus Zwickel)

schende „Lösungskonzepte“. Insofern hinterlassen der „Risiko-kapitalismus“ bzw. die „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ Spuren. Die Dimension der Wende, auf die die Bonner Architekten hinauswollen, läßt sich erst jetzt so richtig erahnen, angesichts des Debakels, das die Initiative „eines Bündnisses für Arbeit“ erfahren mußte. Spätestens seit

Wegfall der Systemkonkurrenz bedarf der Kapitalismus keiner „sozialen“ Dimension mehr. Der sogenannte Klassenkompromiß, mit dem besonderen sozialstaatlichen Modell Deutschland, wird aufgekündigt.

Globalisierung greift um sich

Den wirtschaftlich Mächtigen geht es dabei darum, die Strukturen von Grund auf umzukrempeln. Der technische und organisatorische Wandel nimmt dabei neue Dimensionen an. An die Stelle punktueller Rationalisierungen in Betrieben und Büros tritt die umfassende Umwälzung von Arbeitsprozessen und Wertschöpfungsketten. So ist es das erklärte Unternehmensziel zum Beispiel der Siemens AG, zu einer 30prozentigen Produktivitätssteigerung in nur drei Jahren zu kommen. Das heißt vor allem, daß die gleiche Anzahl von Produkten mit einem Drittel weniger Menschen hergestellt wird. Kein Wunder, daß die Bundesanstalt für Arbeit feststellen muß, daß trotz Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr kein Rückgang an Arbeitslosigkeit eingetreten ist. Die Vernetzung von Produktionsstandorten, vor allem bei multinationalen Konzernen, ist mittlerweile

gendlichen an einer Ausbildung im dualen System als vorwiegende Ursache für diese Krise verantwortlich gemacht wurde (Attraktivitätsverluste der Ausbildung), so hat sich spätestens seitdem auch in den alten Bundesländern Jahr für Jahr weniger Ausbildungsplätze angeboten werden, auch hier die Frage der Kosten und Finanzierung in den Mittelpunkt der Debatten gedrängt. In den neuen Bundesländern, in denen mit Beginn der Einführung der „freien Marktwirtschaft“ nahezu schlagartig die Anzahl der Ausbildungsplätze die Nachfrage nicht decken konnte, wurde dies für einige Zeit lediglich als Anpassungsproblem wahrgenommen, und die auch im Westen erkennbaren Krisensymptome damit verdrängt. Mittlerweile ist die strukturelle Krise in Ost und West zwar unstrittig erkennbar, die Ursachen für diese Entwicklung werden jedoch kaum wahrgenommen, und die politischen Reformen, die an diesen Ursachen ansetzen könnten, bleiben auf der Strecke.

Flickschusterei in Form immer neuer Sonderprogramme (Ost und West) ist neben die immer wirkungsloseren Appellen an die Unternehmer und Jugendlichen an die Stelle von notwendiger politischer Gestaltung getreten. Das Ergebnis ist, sehenden Auges die Krise in Kauf zu nehmen. Denn mittlerweile wird von allen Experten anerkannt, daß die Zeit überreif ist, steuernd einzugreifen. Schließlich erleben wir aktuell: was mit Mühe und Anstrengungen in einzelnen Betrieben an neuen Ausbildungsplätzen erreicht werden konnte, wird durch das Fehlverhalten anderer Betriebe sofort wieder zunichte gemacht. Im Zusammenhang mit dem Bündnis für Arbeit fordert die IG Metall schließlich auch von den Arbeitgebern eine verbindliche Zusage nach Neueinstellungen. Diesbezüglich haben die Arbeitgeber und deren Spitzengremien in der Vergangenheit oft genug herumgejammert, daß sie über keine verbindlichen Instrumente verfügen bzw. keine Direktionsgewalt über die betriebliche Eigentumsordnung haben. Genau mit diesem Desaster sind wir im Bereich der Berufsausbildung konfrontiert: Jeder Betrieb entscheidet für sich, ob er sich an das gegebene Versprechen gebunden fühlt oder nicht. Die Unternehmer sind also in ihrem eigenen Dilemma verstrickt.

Ohne Reformen der beruflichen Finanzierung sind die Probleme nicht zu lösen

Im Bundesverfassungsgerichtsurteil aus den 80er Jahren wird bezogen auf staatliche Eingriffe ausdrücklich festgestellt, „daß die gesellschaftliche Gruppe der Arbeitgeber diese Aufgabe nach Maßgabe ihrer objektiven Möglichkeiten und damit so erfüllt, daß grundsätzlich alle ausbildungswilligen Jugendlichen die Chance erhalten, einen Ausbildungsplatz zu bekommen.“ Und es heißt weiter: „Dies gilt auch dann, wenn das freie Spiel der Kräfte zur Erfüllung der übernommenen Aufgaben nicht mehr ausreichen sollte.“ Wir stellen heute fest: Das freie Spiel funktioniert in Sachen Ausbildung erneut nicht.

Es bleibt dabei: Die Unternehmer sind nicht in der Lage, genügend qualifizierte Ausbildungsplätze anzubieten. Das sind sie 1995 nicht gewesen, und sie waren es vor 100 Jahren nicht. Bereits 1919 stellte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in einem Statut zum Lehrstellenwesen fest:

- die Großindustrie bildet nicht genügend aus;
- die Zuständigkeit der Innungen ist aufzuheben;
- es sind Zwangsmaßnahmen zur Einstellung von Lehrlingen vorzusehen;
- die Einrichtung von Sammellehrwerkstätten ist notwendig;

- die Finanzierung hat durch einen Fonds zu erfolgen und
- die Einrichtung einer paritätisch besetzten Kommission aus Arbeitgebern und Gewerkschaften tut not.

Bei der Vorlage der „Eckpunkte für eine solidarische Finanzierung der Berufsausbildung“ im November 1995 haben die gewerkschaftlichen Berufsbildungsexperten keineswegs nur alte Rezepte aus der Schublade gezogen. Eingegangen sind aber sowohl die aktuelle Problemstellung und praktisch erprobten Erfahrungen der gesetzlichen Finanzierungsregelung in Frankreich und Dänemark als auch die seit 20 Jahren erprobte tarifliche Regelung in der Bauwirtschaft.

Die beiden Eckpfeiler einer grundlegenden Reform der beruflichen Erstausbildung - gerechte Finanzierung durch alle Betriebe und Verwaltungen und attraktive, zukunftsorientierte Berufsbilder mit gleichberechtigten Zugangswegen zur Weiterqualifizierung - werden nur gegen den Wi-



Foto: Silke Deppmeyer, Bochum

derstand von „Kabinett und Kapital“ mit breiter gesellschaftlicher Mobilisierung durchsetzbar sein. Die Gewerkschaften müssen deutlich machen, daß ein bildungspolitisches „roll-back“ zu „Lehrjahre sind keine Herrenjahre“ keinerlei Aussichten hat, daß Recht der Jugend auf Ausbildung und Beruf zu verwirklichen.

Kritik des Modells der Kammerumlage

Mittlerweile ist unter dem Druck der steigenden Jugendarbeitslosigkeit, gerade auch in vielen Regionen Westdeutschlands, etwas Bewegung in Hinblick auf die Finanzierungsdebatte erkennbar. Nach langanhaltenden, zähen Vorbehalten, insbesondere auch von sozialdemokratischen Wirtschaftsministern der Bundesländer, nähert sich die SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen mittlerweile vorsichtig einer gesetzlichen Regelung. Präferiert wird in einem Beschlußvorschlag zur „Standortinitiative Nordrhein-Westfalen“ ein „Berufsbildungsfond als Modell in Eigenregie und Eigenverantwortung der Wirtschaft“. Zur

Konkretisierung wird ein auf zwei Jahre befristetes Gesetz vorgeschlagen, mit der Zielsetzung: „Die Kammern als Körperschaften des öffentlichen Rechts werden gesetzlich verpflichtet, ein finanzielles Ausgleichssystem zwischen auszubildenden und nichtauszubildenden Unternehmen einzuführen. Nach Ablauf von zwei Jahren erfolgt eine Überprüfung und nötigenfalls eine

weitergehende gesetzliche Regelung.“ (Dieses Modell ist neuerdings auch Beschlußlage des SPD-Vorstands in dem Alternativpapier zum Sparpaket der Bundesregierung „Zukunft sichern - Zusammenhalt stärken“, obwohl die vom Parteivorstand eingesetzte Projektgruppe „Jugend, Beruf, Zukunft“ das DGB-Modell favorisiert, Anm. d. Red.)

Nun haben die DGB-Gewerkschaften in ihrem im November 1995 vorgelegten Eckpunktepapier zur „Finanzierung einer solidarischen Berufsausbildung“ durchaus anerkannt, daß sowohl einzelbetriebliche und tarifliche als auch im Rahmen von Kammern erhobene und erbrachte Ausbildungsleistungen anerkannt werden sollen und können. Die einseitige bzw. vorrangige Festlegung auf eine

Kammerumlage schwächt jedoch den ansonsten möglichen struktur- und regionalpolitisch steuernden Einfluß von Gewerkschaften und auch Landesregierungen. Hierbei geht es weniger um die Frage einer möglichst unbürokratischen Erhebung der Finanzmittel als vielmehr um den zielgerichteten Einsatz zur Förderung zukunftsfähiger Ausbildungsbereiche. Die drittelparitätlich aus Arbeitgebern, Gewerkschaften und staatlichen Instanzen zusammengesetzten Verwaltungsausschüsse der Bundesanstalt für Arbeit können dies weit besser leisten als die Arbeitgeberkammern, in denen die Berufsbildungsausschüsse lediglich beratenden Charakter haben.

Ein Vorschlag, der so einseitig die Kammern ins Zentrum der Regulierung stellt, drückt offensichtlich auch aus, wie wenig Zutrauen die sozialdemokratische Landtagsfraktion in ihre eigene Kompetenz und die der Gewerkschaften hat.

Die Aktion „Deine Einstellung zählt ...“

Die IG Metall hat bereits 1995 die Zukunft der Jugend genauer ins Blickfeld gerückt und sie damit auch zu einem gesellschaftspolitischen Thema gemacht.

- Klaus Zwickel, Erster Vorsitzender der IG Metall, bekräftigt im Rahmen der Kanzlergespräche: „Nur gesetzliche Regelungen schaffen Verbindlichkeit und den Jugendlichen Sicherheit. Unsere Forderungen bleiben aktuell: Ausbildungspflicht und Beteiligung aller Betriebe an der Finanzierung.“

- Die IG Metall-Jugend startet im Herbst 1995 ihre bundesweite Kampagne „Deine Einstellung zählt ...“. Knapp 150.000 junge Menschen stimmen der Forderung zu: Wer nicht ausbildet, muß zahlen. Und sie fordern außerdem, die Ausgebildeten zu übernehmen. Vielfältige phantasievolle Aktionen am 6. Dezember 1995 machen die Öffentlichkeit auf die Ausbildungsnot - vor allem auch in den ostdeutschen Ländern - aufmerksam.

- Im Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung der westdeutschen Metall- und Elektroindustrie wird die Übernahmeregelung verlängert. Die IG Metall fordert den Abbau von Überstunden, damit der Brückenschlag zwischen den Generationen gelingen kann.

Die Kampagne „Deine Einstellung zählt ...“ hat hineingewirkt in die politischen Debatten vor Ort, die auf Straßen und Märkten, in Schulen und vor allem in den Betrieben stattgefunden haben. Der Ausbildungsmangel ist offenkundig geworden, dank des Engagements von Schülerinnen und Schülern sowie Auszubildenden.

Die Kampagne „Deine Einstellung zählt ...“ hat gezeigt, daß sich die junge Generation dieses Landes mit dem Ausbildungsmangel und dem massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen nicht abfinden wird. Wir wissen, daß nur durch einen soliden Berufseinstieg und eine qualifizierte Arbeit die Existenz gesichert werden kann und das die Voraussetzung dafür ist, am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Dies deckt sich mit den neuerlichen Jugendstudien, nachdem erstmals die Sorge über den Mangel an Lehrstellen und Arbeitsplätzen bei den Jugendlichen die Angst vor weiterer Umweltzerstörung von Platz 1 der Liste der gravierendsten Probleme verdrängt hat. Die Jugendlichen haben deutlich gemacht, daß sie sich weiter engagieren wollen. Diese Bereitschaft will die IG Metall unterstützen und vorantreiben für weitere Aktionen. So wird am 21. September 1996 in Frankfurt zusammen mit anderen Jugendverbänden und -organisationen in Kooperationen mit „Künstler in Aktion“ ein großes Jugendfestival stattfinden.

Flickschusterei in Form immer neuer Sonderprogramme (Ost und West) ist neben den immer wirkungsloseren Appellen an die Unternehmer und Jugendlichen an die Stelle von notwendiger politischer Gestaltung getreten.

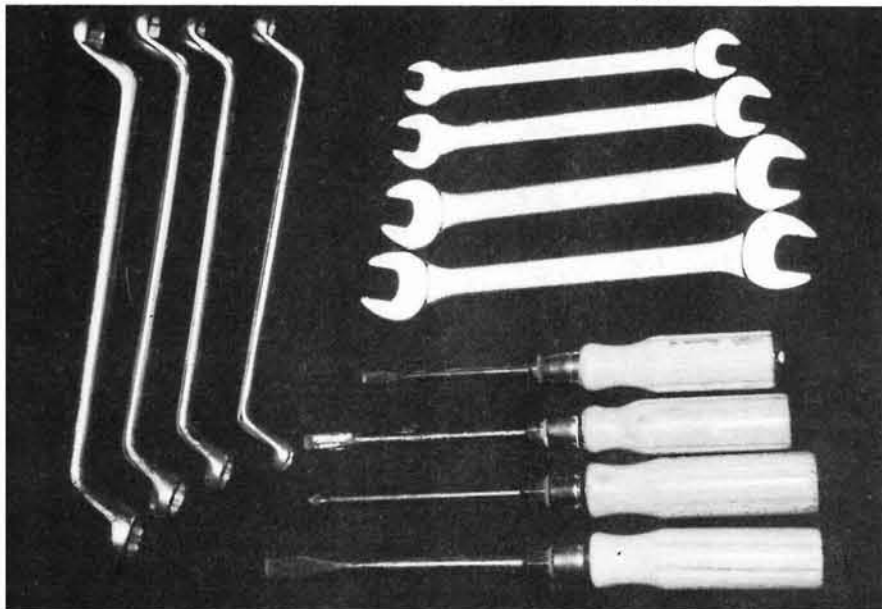


Foto: Silke Deppmeyer, Bochum

Die Zukunft der beruflichen Bildung berührt die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft insgesamt. Entscheidend ist aber nicht, daß dies besonders oft festgestellt wird, sondern daß endlich entsprechend gehandelt wird: Wir brauchen eine Umlenkung von Mitteln in den Bildungs- und Ausbildungssektor, und wir brauchen ernsthafte Strukturreformen, damit Bildung und Ausbildung den veränderten gesellschaftlichen Anforderungen und den Ansprüchen der nachwachsenden Generation gerecht werden. Wir brauchen einen quantitativen und qualitativen Schub für die berufliche Bildung.

Von einer ausreichenden Versorgung mit Ausbildungsplätzen sind wir zur Zeit weit entfernt: Nach der offiziellen Zählung des BIBB (Bundesinstitut für Berufsbildung) wurden 1995 in Deutschland 573.000 Ausbildungsverträge abgeschlossen, davon 450.000 in den alten Bundesländern und 123.000 in den neuen Ländern. Rund 25.000 Bewerberinnen und Bewerber blieben diesen Zahlen zufolge ohne Lehrstelle¹.

In Westdeutschland wurden bis zum Stichtag 30. September 1995 insgesamt 513.000 Lehrstellen angeboten, das sind 8,7% weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber stieg im Vergleich zu 1994 um 5,1% auf gut 478.000. In Westdeutschland ist das Verhältnis von Ausbildungsplätzen und Bewerberinnen und Bewerbern damit zwar rechnerisch ausgeglichen, doch haben sich auch hier bereits regional krasse Unterversorgungen entwickelt. So übertrifft bereits in 55 Arbeitsamtsbezirken die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber die der Ausbildungsplätze. In Ostdeutschland wurden 93.000 betriebliche Ausbildungsplätze angeboten, um die 191.500 Bewerberinnen und Bewerber konkurrierten. Daß dennoch 123.000 Ausbildungsverträge zustande gekommen sind, ist vor allem der öffentlichen Hand zu verdanken: Mehr als 20% der Ausbildungsplätze sind inzwischen außerbetrieblich organisiert und über 60% der Ausbildungsplätze werden öffentlich subventioniert.

Strukturprobleme des dualen Systems

Das Berufsbildungssystem droht seine Aufgaben nicht mehr erfüllen zu können. Dabei handelt es sich nicht nur um eine konjunkturelle Flaute auf dem Ausbildungsmarkt, sondern das duale System weist strukturelle Probleme auf, die auch in Zukunft eine quantitativ und qualitativ ausreichende Versorgung mit Ausbildungsplätzen gefährden:

- Mit sinkender Tendenz beteiligt sich nur noch ein Drittel aller Betriebe und Verwaltungen an der Berufsausbildung;
- Der Staat kommt seiner Ausbildungsverpflichtung als öffentlicher Arbeitgeber in keiner Weise nach;
- Die Ausbildung wird in wachsendem Maße nur noch von den kleinen und mittleren Betrieben getragen.

Wo liegen die Ursachen der dramatisch abnehmenden Ausbildungsbereitschaft einer immer größeren Zahl von Betrieben?

Zum einen haben sich vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Globalisierungsprozesse und der damit verbundenen internationalen Konkurrenz die Unternehmensstrategien verändert: Kurzfristige Kostenkalküle haben in den Großunternehmen an Bedeutung gewonnen. Das hat zur Folge, daß die Unternehmen Ausbildung weniger als wichtigen Innovations- und Produktivitätsfaktor betrachten, sondern als den Wettbewerb kurzfristig beeinträchtigenden Kostenfaktor.

Wege aus der Ausbildungskrise

Für einen qualitativen und quantitativen Ausbau der beruflichen Bildung

von Edelgard Bulmahn*

Zum zweiten haben die technologischen und arbeitsorganisatorischen Veränderungen der betrieblichen Abläufe veränderte Qualifikationsanforderungen hervorgebracht, die durch die traditionelle Ausbildung im dualen System nicht mehr hinreichend entwickelt werden. Die Rolle der Fachberuflichkeit im Produktionsbereich hat sich in mehrerlei Hinsicht verändert:

- Schlüsselqualifikationen (insb. Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit, Problemlösungs- und Planungskompetenzen, Fähigkeit zum Lernen) gewinnen an Bedeutung, die in der traditionell fachlich ausgerichteten Berufsausbildung nur unzureichend entwickelt worden sind;
- Der künftige Einsatz im Betrieb erfordert ein erheblich höheres Maß an Flexibilität und Bereitschaft, sich immer wieder anderen, neuen, nicht vorher bereits fest definierten Aufgaben zuzuwenden;
- Es werden in wachsendem Maße beträchtliche theoretische Kompetenzen und eine hohe Abstraktionsfähigkeit erforderlich;
- Generell wird eine neue Form von „Erfahrungswissen“ notwendig, das nur im alltäglichen Umgang mit den Produktionsanlagen erlernt werden kann.

In den Unternehmen wächst die Skepsis, ob die erforderlichen veränderten Qualifikationen im Rahmen der dualen Ausbildung entwickelt werden können.

Kurzum: Das duale System gerät in eine strukturelle Krise, weil die Großunternehmen, die für ein ausreichendes Ausbildungsangebot unverzichtbar sind, sich in einem Umstrukturierungs- und Anpassungsprozeß befinden und weil das System der beruflichen Bildung bislang zu schwerfällig ist, um auf die veränderten Qualifikationsanforderungen hinreichend zu reagieren.

Grundzüge einer Reform der beruflichen Bildung

Die angesprochenen Veränderungen des Qualifikationsbedarfs müssen zum Ausgangspunkt für eine grundlegende Reform genommen werden, um mittelfristig die qualitativen Probleme der beruflichen Bildung zu bewältigen. Eckpunkte einer Reform der beruflichen Bildung sind:

In Ostdeutschland sind inzwischen mehr als 20% der Ausbildungsplätze außerbetrieblich organisiert und über 60% der Ausbildungsplätze werden öffentlich subventioniert.

* Edelgard Bulmahn, MdB, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung, Vorsitzende des Wissenschaftsforums der SPD, Mitherausgeberin der spw.

1. Die Modernisierung der betrieblichen Ausbildung und die Neuordnung der Berufsbilder

Die Modernisierung und Neuordnung der Berufsbilder im Produktionsbereich muß beschleunigt werden. Thematisiert werden muß angesichts der steigenden Qualifikationsanforderungen aber auch die Qualität der betrieblichen Ausbildung. Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen verfügen häufig nicht über die technische Infrastruktur und das Ausbildungspersonal, um eine breit qualifizierende Ausbildung zu realisieren. Ausbildungsverbände sind ein erfolgversprechendes Instrument, um durch Kooperation die Ausbildungsqualität zu verbessern.

2. Die Modernisierung der Berufsschulen

Die Berufsschulen sind in den letzten Jahren vernachlässigt worden. Wir brauchen dringend einen öffentlichen Investitionsschub in Infrastruktur und Ausbildungspersonal der Berufsschulen. Schulischer und betrieblicher Ausbildungsanteil müssen viel enger miteinander verbunden werden, wir brauchen intensivere Kooperationen bei der Entwicklung der Curricula und der Lehr- und Lernmethoden. Wir brauchen nicht weniger, sondern eine bessere Ausbildung in der Berufsschule!

3. Die Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung

Obwohl die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung immer wieder beschworen wird, hat sich

bei ihrer Realisierung nicht viel bewegt. Dringender Reformbedarf besteht sowohl bezüglich der Attraktivitätsverbesserung der beruflichen Bildung wie auch der Praxisnähe der Hochschulbildung. Beide Systeme müssen reformiert werden, um eine stärkere Durchlässigkeit zu erreichen. Die vor allem in NRW entwickelten

Ansätze zu doppeltqualifizierenden Ausbildungen (Kollageschule), aber auch die Ansätze zu einer Integration von betrieblicher Ausbildung und Fachhochschulstudium sollten deshalb mehr Beachtung finden. Die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung kann aber letztlich nur realisiert werden, wenn die Unternehmen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die ihre Ausbildung im dualen System absolviert haben, künftig bessere Aufstiegschancen im Betrieb eröffnen.

4. Die Verbindung von Erstausbildung und Weiterbildung

Die Erstausbildung wird zunehmend nur noch die Basis bilden, auf der weitere Qualifikationen aufgebaut werden müssen - sowohl im betrieblichen Alltag wie auch in der Weiterbildung. Erforderlich ist daher neben dem Ausbau des Weiterbildungssektors auch eine wechselseitige Öffnung von Betrieb und Weiterbildung. Arbeits- und Weiterbildungszeiten werden sich künftig im Verlauf einer Erwerbsbiographie immer wieder abwechseln und gleichzeitig auch miteinander verknüpft werden müssen.

5. Zielgruppenorientierte Förderung von Jugendlichen

Angesichts der Tendenz zu immer weiter steigenden Qualifikationsanforderungen muß dafür Sorge getragen werden, daß jeder und jede Jugendliche die Chance be-

kommt, eine Ausbildung nicht nur zu beginnen, sondern auch erfolgreich abschließen zu können. Minderqualifizierte Ausbildungsgänge, die unter dem Deckmantel der Differenzierung den Jugendlichen keine Chancen bieten, sondern sie von weiteren Entwicklungsperspektiven abschneiden, sind abzulehnen. Differenzierung sollte vielmehr so verstanden werden, daß spezielle Fördermaßnahmen für lernschwächere Jugendliche eingeführt werden, daß curriculare und methodisch-didaktische Differenzierungen vorgenommen werden und daß es ggf. auch zu einer zeitlichen Streckung der Ausbildung kommen kann. An der Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit der Abschlüsse muß aber festgehalten werden.

Ausgebaut werden müssen dringend die Fördermaßnahmen für Jugendliche, die eine Ausbildung abgebrochen haben bzw. ohne Berufsausbildung auf dem Arbeitsmarkt eklatant schlechtere Chancen haben als ausgebildete Jugendliche.

Und schließlich braucht die Berufsausbildung auch einen kräftigen Schub zur Überwindung geschlechtsspezifischer Diskriminierungen. Die geschlechtsspezifische Teilung des Arbeitsmarktes hat eine wesentliche Grundlage in der geschlechtsspezifischen Teilung des Ausbildungsmarktes, deshalb wollen wir die Ausbildung von Mädchen in frauentypischen Berufen ganz besonders fördern. Dies ist eine Aufgabe der allgemeinbildenden Schulen, der Berufsberatungen, der Berufsschulen und der Betriebe. Der Staat muß seinen Beitrag dazu leisten, möglichst viele Steine aus dem Weg zu räumen, die Mädchen den Weg in sog. typische „Männerberufe“ verwehren.

Aktionsprogramm zur Ausweitung des Ausbildungsplatzangebots

Die Politik der Appelle, die in den 70er und 80er Jahren durchaus noch erfolgreich war, hilft heute nicht mehr weiter. Das hat das Ausbildungsjahr 1995 leider eindrucksvoll gezeigt. Es muß also seitens der Politik gehandelt werden, damit die kurzsichtige Strategie der Großunternehmen nicht die Zukunftsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und unserer Gesellschaft untergräbt. Wir brauchen ein Aktionsprogramm, mit dem ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot gesichert wird.

Die SPD schlägt dazu unter anderem vor:

- Kurzfristig zusätzlich 500 Ausbildungsberater in Kammerbezirken mit nicht ausreichendem Ausbildungsplatzangebot einzusetzen;
- In allen Arbeitsamtsbezirken mit Angebotsdefiziten Ausbildungsplatzkonferenzen durchzuführen;
- Mit einem Programm „Ausbildungsverbund“, in dessen Rahmen öffentliche Zuschüsse zu den Kosten der Verbundorganisation geleistet werden, weitere Unternehmen für die Verbundausbildung zu gewinnen;
- Mit einem Modernisierungs-Programm die Ausstattung vorhandener überbetrieblicher Berufsbildungsstätten mit moderner Informations- und Kommunikationstechnik zu fördern;
- Aufbau eines Netzes überbetrieblicher Berufsbildungsstätten zur Förderung zusätzlicher kleinbetrieblicher Ausbildungsverbände im Rahmen eines Sonderprogramms „Ostdeutschland“.

Dies alles reicht aber nicht aus, um gerade Großunternehmen zur Wahrnehmung ihrer Ausbildungsverpflichtung zu bewegen. Es muß eine tragfähige Lösung zur Finanzierung der betrieblichen Ausbildung gefunden werden. Die bisherige Form der einzelbetrieblichen

Es muß seitens der Politik gehandelt werden, damit die kurzsichtige Strategie der Großunternehmen nicht die Zukunftsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und unserer Gesellschaft untergräbt.

AUSBILDUNG

Finanzierung der Berufsausbildung hat sich als nicht ausreichend erwiesen, um ein angemessenes Angebot an Ausbildungsplätzen zu gewährleisten, vielmehr ist eine solidarische Finanzierungslösung erforderlich. Hauptziel aller Lösungsvorschläge muß es dabei sein, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen und insbesondere die großen Unternehmen stärker in die Verantwortung für die Ausbildung zu nehmen. Es muß verhindert werden, daß die Unternehmen einen veränderten Finanzierungsmodus zum Anlaß nehmen, um sich noch weiter aus der Ausbildung zurückzuziehen.

SPD-Modell für einen gerechten Leistungsausgleich

Die SPD-Bundestagsfraktion hat daher ein Modell für einen gerechten Leistungsausgleich zur Finanzierung der beruflichen Bildung entwickelt: Alle Betriebe und öffentlichen Verwaltungen werden gesetzlich verpflichtet, einen bestimmten Mindestprozentsatz ihrer sozialversicherungspflichtigen Lohn- und Gehaltssumme für Auszubildende aufzuwenden.

Kammerumlagen und Einzahlungen in Branchenfonds zum Zwecke der Berufsausbildung werden unter Abzug von Zahlungen, die der Betrieb hieraus erhalten hat, den betrieblichen Aufwendungen gleichgesetzt. Damit soll ein Anreiz zur Ausweitung von Kammerumlagen und Branchenfonds geleistet werden. Erfüllt ein Arbeitgeber diese Mindestquote nicht, zahlt er die Differenz an eine zentrale, von den Arbeitgebern und Gewerkschaften selbst verwaltete Kasse (Berufsbildungsfonds).

Diese Mittel werden vorrangig zur Förderung von betrieblicher Ausbildung und überbetrieblichen Ausbildungsverbänden, nur notfalls zur Schaffung von außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen eingesetzt. Über die regionale Verteilung des Mittelaufkommens und einen Spitzenausgleich zwischen beitragsstarken und beitragschwachen Regionen sollen Arbeitgeber und Gewerkschaften gemeinsam entscheiden. Im Rahmen eines jährlich aufzustellenden Berufsbildungsförderungsprogramms dürfen Zahlungen an Betriebe und anerkannte Träger der Berufsausbildung geleistet werden für


- über dem Branchen- bzw. regionalen Durchschnitt liegende Berufsausbildungsleistungen;
- die Förderung der Berufsausbildung in neu gegründeten Betrieben;
- die Förderung der Ausbildung von Mädchen in frauentypischen Berufen;
- die Berufsausbildung von lernschwächeren Jugendlichen, Behinderten und ausländischen Jugendlichen;
- die Verbesserung der Qualität der Berufsausbildung;
- die Verbesserung der Qualität der Ausbildungsinfrastruktur;
- die Erprobung der Berufsausbildung in neuen Berufsfeldern.

Gegen die bislang vorgeschlagenen Umlagemodelle wurde seitens der Arbeitgeber eingewandt, daß insbesondere kleine und mittlere Unternehmen die Kosten nicht würden tragen können. Ich meine, daß dieses Argument für unseren Vorschlag nicht stichhaltig ist, denn es sind ja gerade die kleinen und mittleren Unternehmen, die bisher die „Last“ der Ausbildung alleine tragen, während die großen Unternehmen sich dieser Verantwortung entziehen. Unser Modell einer solidarischen Finanzierung führt entweder dazu, daß die Großunternehmen ihre Ausbildungsverpflichtung wieder ernstnehmen - dies ist der Weg, den wir erhoffen - oder aber die kleinen und mittleren Unternehmen werden für zusätzliche Ausbildungslei-

stungen besonders gefördert und die nicht-ausbildenden Großbetriebe zur Finanzierung herangezogen. Das ist gerecht und dient der Sache!

Wir erhoffen uns von dieser solidarischen Finanzierung der Berufsausbildung sowohl die Erhöhung des Angebots an betrieblichen Ausbildungsplätzen, die Erweiterung von regionalen Ausbildungsverbundprojekten als auch Qualitätsverbesserungen und die Realisierung von Zielgruppenfördermaßnahmen. Es soll also einen deutlichen Schub für mehr Ausbildungsplätze bringen und gleichzeitig einen Anstoß zur Bewältigung der qualitativen Probleme geben.

- 1 Vgl. Sozialpolitische Umschau des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 14/1996 vom 22.1.1996



432		Fakultät für Wirtschaftswissenschaft	
Fertigung und Industriewirtschaft			
Fertigung und Industriewirtschaft I (Grundlagen und Struktur der industriellen Fertigung) (siehe Vorl.-Nr. 070151)			
070205	Übungen für Fortgeschrittene in Spezieller Betriebswirtschaftslehre: Fertigung und Industriewirtschaft III/Unternehmensforschung (Industrielle Kosten- und Erlösrechnung, Betriebsmodelle), 2st., Di, 6. 10. 92, 10—12.30 u. 14—16.30, GC 3/33, Do, 8. 10. 92, 10—12.30 u. 14—16.30, GC 3/33, danach jeweils Di, 17. 10. 92, 10—12.30 (ersten Semesterhälfte)	Laßmann/Wartmann mit Assistenten	
070206	Arbeitsgemeinschaft zu Übungen in Fertigung und Industriewirtschaft (Industrielle Kosten- und Erlösrechnung, Betriebsmodelle), 2st., n. V., GC 4/52	Laßmann mit Assistenten	
070207	Arbeitsgemeinschaft zu Übungen in Fertigung und Industriewirtschaft (Industrielle Kosten- und Erlösrechnung, Betriebsmodelle), 2st., n. V., GC 4/52	Laßmann mit Assistenten	
070208	Betriebswirtschaftliches Seminar: Probleme der Finanzierung und Kreditwirtschaft, 1st., Do, 12. 10. 92, GC 4/52	Süchtin mit Assistenten	
Finanzierung und Kreditwirtschaft			
070210	Organisation und Rechnungswesen in der Finanzierung und Kreditwirtschaft, 2st., Mi 8.30—10, H-GC 40	Süchtin mit Assistenten	
070211	Arbeitsgemeinschaft zu Organisation und Rechnungswesen der Kreditinstitute, 2st., Mi 14—16, GC 4/134	Süchtin mit Assistenten	
070212	Übungen für Fortgeschrittene in Spezieller Betriebswirtschaftslehre: Kredit- und Finanzwirtschaft, 2st., Di 17.30—19, H-GC 10	Süchtin mit Assistenten	
070213	Übungen zur Wertpapieranalyse, 4st., Mi 16—18, GC 02/Medienraum (auch in den Semesterferien)	Süchtin mit Assistenten	
070214	Arbeitsgemeinschaft zu Übungen für Fortgeschrittene in Spezieller Betriebswirtschaftslehre: Kredit- und Finanzwirtschaft, 2st., Di 14—16, GC 4/137	Süchtin mit Assistenten	
070215	Arbeitsgemeinschaft für Diplomanden in Finanzierung und Kreditwirtschaft, 2st., Do 16—18, GC 4/135	Süchtin mit Assistenten	
070216	Betriebswirtschaftliches Seminar: Ausgewählte Probleme der Kredit- und Finanzwirtschaft, ganztägig, Haus der Freunde	Süchtin mit Assistenten	
070217	EDV-gestütztes Bankenplanspiel, Kompaktseminar, 3st., 12.—14. 10. 92, ganzt.	Süchtin mit Assistenten	
Unternehmensprüfung			
070220	Unternehmensbewertung mit Übungen, 2st., Vorl. u. Übung: Di 10.30—12, H-GC 20	Busse von Colb	

Foto: Silke Deppmeyer, Bochum

Hochschulreform gegen hierarchische Arbeitsteilung

Das Hochschulsystem kann nicht „funktionaler“ gemacht werden, weil es der Produktionsweise nicht mehr entspricht

Torsten Bultmann*

Die 90er Jahre bescherten uns einen neuen hochschulpolitischen Aktivismus. Dieser läßt sich so umschreiben, daß alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte gleich welcher Couleur offenbar davon ausgehen, daß sich das traditionelle Entwicklungsmodell des deutschen Hochschulsystems erschöpft hat. Den Hochschulen wird nicht mehr zugetraut, in ihren bisherigen Formen die aktuellen sozialen und wissenschaftlich-technischen Umbrüche leistungsfähig zu überdauern.

Diese vordergründige formale Einigkeit, die sich etwa in der hektischen Betriebsamkeit äußert, in der Kultusministerien und Bund-Länder-Planungsgremien parteiübergreifend

Maßnahmekataloge und „Eckdaten“ der „Effizienzsteigerung“ produzieren, verhält sich jedoch umgekehrt proportional zur konzeptionellen Klarheit darüber, auf welches Ziel, auf welches Leitbild oder auf welchen gesellschaftlichen Zustand hin die Hochschulen eigentlich reformiert werden sollen. Eine ergebnisoffene inhaltliche Diskussion über Studienreform und Forschungsprioritäten

Eine ergebnisoffene inhaltliche Diskussion über Studienreform und Forschungsprioritäten findet nicht statt, was umso problematischer ist, als mit Bildung und Wissenschaft künftige gesellschaftliche Entwicklungen vorweggenommen werden.

findet nicht statt, was insofern umso problematischer ist, als mit Bildung und Wissenschaft künftige gesellschaftliche Entwicklungen vorweggenommen werden.

Das Thema Hochschulreform ist statt dessen weitgehend entpolitisiert: eine formale Verbilligungs- und Beschleunigungsstrategie zur Erhöhung des wissenschaftlichen „Outputs“ in immer kürzerer Zeit und mit immer geringeren Mitteln - vulgo: Sparpolitik - trifft bestenfalls auf eine weitgehend begriffslose Status-Quo-Verteidigung, schlimmerenfalls auf konservative Besitzstandsicherung. Dagegen versuche ich im folgenden, den widersprüchlichen Zustand der Hochschulen als politisches Handlungsfeld präziser zu bestimmen und einige Denk- und Handlungsansätze für eine Repolitisierung der Hochschulpolitik zumindest grob zu umreißen.

„Doppelnatur“ der Hochschulen zwischen Wissenschafts- und Bildungssystem

Die „Doppelnatur“ der Hochschulen ergibt sich daraus, Teil des Wissenschafts- und Teil des Bildungssystems zugleich zu sein. Folglich wirkt sich in ihren Struk-

turen die „Krise der Wissenschaft“ (s.u.) ebenso aus wie der Umbruch der traditionellen gesellschaftlichen Arbeitsorganisation, auf welche das hierarchisch gegliederte Bildungssystem programmiert ist. Die globale ökologische Gefährdung ist etwa auch ein Ausdruck des durch die kapitalistischen Industriestaaten geprägten Wissenschafts- und Techniktypus. Anders gesagt: wenn es stimmt (wovon ich ausgehe), daß die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse auch eine Krise der Formen ist, in denen wissenschaftliches Wissen erzeugt wird und sich mit der Gesellschaft austauscht,¹ dann greift die Perspektive einer bloßen steuerungspolitischen Umprogrammierung bestehender Institutionen zu kurz. Vor diesem Hintergrund kann Entwicklung, Fortschritt und Zukunftsfähigkeit nicht mehr gedacht werden als bloße quantitative Anhäufung isolierter wissenschaftlicher Ergebnisse und Verfahren, auch nicht als bloße Vermehrung arbeitsmarktauglicher Diplome. So wird aber nach wie vor „Leistung“, „Effizienz“ und Reputation innerhalb der Hochschulen definiert. Eine aktuelle Bildungs- und Wissenschaftspolitik in freiwilliger Subordination zum „Standort Deutschland“-Paradigma, welches gleichbedeutend ist mit der Dominanz quantitativer, d.h. „ökonomisierbarer“ Leistungsindikatoren, verschärft diese strukturellen Fehlentwicklungen eher noch. Sie ist Teil des Problems.

Im Konzept der „wissenschaftlichen Bildung“ verbinden Hochschulen herkömmlicherweise Wissenschaftsorientierung und Ausbildungsaspekt als Berufstauglichkeit des Studiums. Was dies aktuell genau beinhalten könnte, ist unter Bedingungen krisenhafter Auflösung traditioneller „fordistischer“ Arbeitsverhältnisse heiß umstritten: angesichts des immer schnelleren Verfalls formaler Spezialisierungen, rapider Auflösung traditioneller Berufsrollen und ständiger Neukombination des Arbeitsprozesses in immer kürzeren Abständen („Lean Production“). Der Widerspruch besteht darin, daß etwa der Druck der Industrie (und folglich von Teilen der Politik) auf die Hochschulen, sich stärker auf den Arbeitsmarkt unter Bedingungen des globalen Wettbewerbs auszurichten, umso stärker wird, je geringer dieser zukünftige Arbeitsmarkt qualitativ und quantitativ bestimmbar ist. Daß dies auch eine Folge der Abdankung der Politik von der Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse ist, was folgerichtig im Schwund gesellschaftspolitischer Zielsetzungen für Bildungspolitik zugunsten bloßer „Standortsicherung“ seinen Ausdruck findet, macht die Sache nur schlimmer.

Wissenschaft als Produktivkraftschranke - Arbeitshierarchie und Naturzerstörung

Die Aufgabe des Bildungssystems ist nicht darauf beschränkt, eine - immer ungewissere - gesellschaftliche Nachfrage nach Qualifikationen zu befriedigen; es dient gleichzeitig dazu, die Hierarchien, innerhalb derer der gesellschaftliche Arbeitsprozeß organisiert ist, zu reproduzieren und die ideologische Akzeptanz dieser Verhältnisse sicherzustellen. In der Inkongruenz dieser verschiedenen Teilziele liegt der Keim von Krisen in der Abstimmung von Bildungs- und Berufssystem. Eine zwar vereinfachte, aber dennoch verdeutlichende Formel für den Taylorismus besteht im Bild der Maschine, welche drei Typen von Menschen bräuchte: einen, der sie erfindet, einige, die sie installieren und reparieren, viele, die sie bedienen.² Damit ließ sich u. a. das dreigliedrige Schulsystem und die hierarchische Entkoppelung „praktischer“ und akademischer Bildung begründen. Dem Bild

* Torsten Bultmann, Bonn, ist Bundesgeschäftsführer des Bundes Demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)

entspricht eine Arbeitsorganisation, die auf der strikten vertikalen Trennung von geringer bewerteten ausführenden und planend-leitenden Tätigkeiten einer kleinen Minderheit beruht, denen jeweils die Zuteilung unterschiedlicher Bildungschancen vorausging.

Die Realitätstauglichkeit dieser „Bildungspyramide“ nimmt angesichts der „Verwissenschaftlichung“ unmittelbarer Arbeitsabläufe im Zeichen „schlanker“ Produktionskonzepte immer mehr ab. Insbesondere die Kopplung der Studienberechtigung an ein überliefertes Konzept gymnasialer Allgemeinbildung, was ungeachtet von Ausnahmen immer noch den Regelfall des Universitätszugangs darstellt, ist angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung kaum noch begründbar; oder wie es in einem Diskussionspapier der IG Metall anschaulich heißt: „Während bei ausgebildeten Prozeßleitelektronikern sofort und massiv bezweifelt wird, daß sie zum Studium der Elektrotechnik befähigt seien, wird bei Absolventen eines humanistischen Gymnasiums unhinterfragt jederzeit unterstellt, daß sie Elektrotechnik erfolgreich studieren können ...“³

Der Faden ließe sich noch weiter spinnen: die traditionelle industrielle Arbeitsteilung verstetigt in Wechselwirkung mit einem ebenso traditionellen Bildungssystem eine bloß äußerlich-mechanische Verknüpfung von „Wissenschaft“ und „Anwendung“ bzw. von „Theorie“ und „Praxis“ als Herrschaftsverhältnis, was sich bis in die interne Stufung des Hochschulsystems in minder bewertete Fachhochschulen (mehr „praxis- und berufsorientiert“) und Universitäten (mehr „wissenschafts- bzw. theorieorientiert“) fortsetzt. Diese hierarchische Spezialisierung erzeugt nicht nur die ständige Delegation von Verantwortung - die etwa darin ihren Ausdruck findet, daß sich Universitäten für die praktische Wirkung von Wissenschaft in der Gesellschaft unzuständig erklären und auf die uferlose Ausdifferenzierung ihrer angestammten Forschungsdisziplinen konzentrieren können -, sie erweist sich auch zunehmend als Erkenntnissschranke für komplexe Prozeßabläufe und Wechselwirkungen ökologischer Problemstellungen. Anders gesagt: „Die Realisierung des möglichen Gebrauchswertes von Wissenschaft in der gesellschaftlichen Praxis wird ... nicht nur durch die Organisationsformen dieser Praxis behindert, sondern auch durch den Charakter der Erzeugung wissenschaftlichen Wissens“⁴ - ein gegenseitiger Verstärkereffekt. Daran wird der systematische Zusammenhang einer offensiven Chancengleichheitspolitik, die von einer Kritik an selektiven Bildungsstrukturen und an sozialen Ausgrenzungen in der Arbeitsorganisation getragen ist, mit dem Eintreten für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft deutlich. Beides bedingt sich gegenseitig.

Krise der Hochschulen - Krise des Taylorismus

Ziehen wir ein Zwischenresümee zur Problembestimmung: Die „Krise der Hochschulen“ ist im Kern eine Krise des Taylorismus, d.h. seiner Berufsmuster und starren sozialen Hierarchien, die sich auch in der Form eines ständisch differenzierten Bildungssystems widerspiegeln. Die herrschende Politik verschärft diese Krise eher noch, indem auf wachsenden gesellschaftlichen Problemdruck mit Versuchen einer stärkeren vertikalen Differenzierung des Bildungssystems durch ökonomische Verwettbewerblichung und schärfere formale Leistungsselektion reagiert wird: von der Festschreibung des dreigliedrigen Schulsystems bis zur Etablierung eines mehrstufigen Hochschulsystems in der Spannweite zwischen

standardisierter massenhafter akademischer Berufsausbildung und forschungsorientierter Elitebildung. Im Ergebnis würden unterschiedliche soziale Chancen, soweit diese über Bildungsbeteiligung vermittelt sind, als Ausdruck unterschiedlicher „Begabungen“ erscheinen, was eine Individualisierung gesellschaftlicher Risiken bekräftigte. Dies ist gleichbedeutend mit dem versuchten Abbau sozialstaatlicher Gleichheitsgarantien (Hochschulaufnahmeprüfungen, BAföG-Darlehensverzinsung, Studiengebühren, gestufte statt gleichwertige Studienabschlüsse etc.), die innerhalb der Steuerung des Hochschulsystems bisher noch wirkten.

Im gewissen Sinne läßt sich der institutionelle und juristische Zustand der Hochschulen, wie er etwa als politischer Kompromiß im HRG (Hochschulrahmengesetz) seinen Ausdruck findet, als Ausbalancierung zwischen Interessen technokratischer Rationalisierung und Planung, ständisch-feudalistischen Relikten der Personalstruktur und sozialen Chancengleichheits- und Öffnungsgarantien interpretieren - eben ein typisches 70er-Jahre-Produkt! Der gegenwärtige Veränderungsdruck erklärt sich nicht etwa aus der Überlebensfähigkeit des „Humboldtschen Modells“, dem Abhandenkommen eines „Universitätsbegriffs“ o.ä., sondern aus dem Sachverhalt, daß sich in herrschender politischer Interpretation die Tragfähigkeit dieses sozialstaatlichen Kompromisses unter Bedingungen eines verschärften Wettbewerbs erschöpft hat. Das Muster ist bekannt: Die politische Regulierung des Hochschulsektors als Ausdruck des Zusammenbindes disparater Interessen erscheint als das eigentliche Hindernis ökonomischer Effizienzsteigerung (durch Deregulierung).

Aus der Bestimmung der „Krise der Hochschulen“ ergibt sich, daß das eigentliche Thema einer überfälligen

Die hierarchische Spezialisierung erweist sich zunehmend als Erkenntnissschranke für komplexe Prozeßabläufe und Wechselwirkungen ökologischer Problemstellungen. Die „Krise der Hochschulen“ ist eine Krise des Taylorismus, seiner Berufsmuster und starren sozialen Hierarchien, eines ständisch differenzierten Bildungssystems.



Foto: Silke Deppmeyer, Bochum

Hochschulreform die politische (Neu-)Regulierung der gesellschaftlichen Arbeit ist. Erst hieraus leitet sich die Frage ab, welchen spezifischen Beitrag wissenschaftliche Arbeitszusammenhänge und Praxisbezüge für gesellschaftliche Reformen in einer sozialstaatlich-ökologischen Perspektive haben

Nicht der Mangel an Visionen und Alternativkonzepten ist das Problem potentieller reformpolitischer Akteure, sondern der Mangel einer glaubhaften politisch verallgemeinerungsfähigen Kritik am bestehenden Hochschulsystem und an den offiziellen Leitbildern der Wissenschaftsentwicklung.

können, welches Potential dafür an den real existierenden Hochschulen vorhanden ist, und welche Widerstände dortselbst überwunden werden müssen, damit sich dieses entfalten kann. Das Thema verfehlt hingegen, wer sich auf eine bloß hochschulinterne Begründungs- und Handlungsperspektive abdrängen läßt, sei es auf „Effizienzdebatten“, die sich auf eine funktionalistische Optimierung der bestehenden Binnenstrukturen beschrän-

ken, sei es auf geisteswissenschaftliche Nebeldiskussionen um eine neue „Idee der Universität“.

Kritik herrschender Leitbilder von Hochschul-(Aus-)Bildung

Die Frage nach einer alternativen Entwicklungsrichtung der Hochschulen hat drei Dimensionen: 1. eine begriffsscharfe Kritik an den in der Politik hegemonialen Leitbildern der Wissenschaftsentwicklung; 2. die Suche
Foto: Silke Deppmeyer, Bochum

nach neuen politischen Regulationsformen zwischen „Wissenschaft“ und „Gesellschaft“; 3. die Wissenschafts- und Institutionenkritik im „engeren“ Sinne: d.h. die Auseinandersetzung mit der unmittelbaren wissenschaftlichen Praxis, verbunden mit der Frage nach systeminternen Veränderungsmöglichkeiten.

Insbesondere der erste Punkt ist keineswegs eine Trivialität. Schließlich ist es ja erklärungsbedürftig, warum offensichtliche Legitimationsverluste des Hochschulsystems gegenüber (sei es auch rein funktionalistisch aufgefaßten) gesellschaftlichen Modernisierungstrends nicht in eine öffentlichkeitswirksame politische Polarisierung gegen seine anachronistisch-ständischen Strukturen münden. In der öffentlichen Begründung von Bildungspolitik dominiert jene spezifische Mischung aus Standortsicherung und konservativer Sozialstaatskritik („Bummelstudenten“, „Studium zum Nulltarif“ etc.), wie wir sie auch in anderen gesellschaftlichen Problemfeldern erleben können.

Ich stelle die These auf, daß nicht, wie häufig behauptet, der Mangel an positiven Visionen und durchdachten Alternativkonzepten das Problem potentieller reformpolitischer Akteure ist, sondern daß die Stagnation der Hochschulpolitik vor allem vom Mangel einer glaubhaften politisch verallgemeinerungsfähigen Kritik am bestehenden Hochschulsystem und an den offiziellen Leitbildern der Wissenschaftsentwicklung geprägt ist. Die Kritik am ökonomischen Reduktionismus einer „Bildung für den Standort Deutschland“ findet etwa sofort den breitesten Beifall. Dieser bleibt jedoch meistens bei einem reflexhaften Anti-Ökonomismus stehen. Die politisch gemeinte Lösung „Bildung ist mehr als Ausbildung!“ umschließt zuweilen eine - ungewollte - Negativkoalition aus konservativen Standesverbänden und manchen linken Studierendenvertretungen. Damit wird ungewollt das herrschende Themenarrangement übernommen, indem etwa rein defensiv irgendwelche Reservatrechte für Universitäten gegenüber „bloßer“ Berufsausbildung gefordert werden.

Die an der FU Berlin diskutierten - und ansonsten in der polemischen Zustandsbeschreibung glänzenden - Thesen von Ekkehart Krippendorf proklamieren etwa: „Die zentrale, wiederzugewinnende Aufgabe, die die Universität für ihre Studierenden zu leisten hat, besteht nicht in berufsqualifizierender Ausbildung, sondern in gesellschaftlich-politisch-kultureller Bildung.“⁵ Die Differenzierung von Lernprozessen und ihnen zugeordneten Tätigkeiten in (persönlichkeitsorientierte) „Bildung“ und (berufsfunktionalistische) „Ausbildung“ ist jedoch ein gesellschaftlich produzierter Scheingegensatz, ein Ausdruck fremdbestimmter Erwerbstätigkeit, welcher sich in der vermeintlichen Vonselbständigung ökonomischer Sachgesetzmäßigkeiten gegenüber den Individuen äußert. Diese Gegensätzlichkeit von Bildung und Ausbildung müßte gerade durch einen kritischen Praxisbegriff infragegestellt werden. Mit der positiven Besetzung dieses Dualismus ist hingegen die Perspektive der Überwindung eines hierarchisch gestuften Bildungssystems - und damit auch die perspektivische Gleichstellung und Integration „beruflich-fachlicher“ und „wissenschaftlicher“ Bildung - verschlossen. Die gesellschaftlich notwendige Diskussion um zukunftsfähige Formen der Arbeitsorganisation, beruflicher Muster und diesen entsprechende Modalitäten der Verwissenschaftlichung bliebe ein Heimspiel der Konservativen und Neoliberalen.

Ein sinnvoller Blickwinkel auf Hochschulreform ergibt sich nicht so sehr aus dualistischen Alternativen (Ausbil-



Foto: Silke Deppmeyer, Bochum

derung oder Bildung?) oder normativen Postulaten, die aktuell primär in Gestalt einer verantwortungsethischen Zurüstung der Ökologieproblematik produziert werden, sondern primär aus dem Eintreten für offene demokratische Prozeduren und Verfahren. Re-Politisierung der Wissenschaft ist gleichbedeutend mit der stärkeren (Rück-)Bindung wissenschaftlicher Arbeit an öffentliche Interessenpolitische Aushandlungs-, Problemfindungs- und Überprüfungsprozesse gegen die vermeintliche Sachzwanglogik ökonomischer Effizienzkriterien, die in der aktuellen Debatte dominieren. Dies soll abschließend am Beispiel einer möglichen Richtungsänderung der Studienreformdiskussion nur grob skizziert werden.

Studienreform: Transparentmachen des Interessenfeldes gesellschaftlicher Praxis

Die den Hochschulen aufgeherrschte Standortdebatte versucht, die Schlüsselbegriffe „Effizienz“ und „Praxisbezug“ so zu besetzen, daß sie interessenpolitisch völlig neutralisiert werden. Die angezielte Verkürzung der Durchschnittsstudienzeit soll etwa durch Konzentration und Verdichtung des zu bewältigenden Stoffes auf etwas, das abwechselnd mal das „Wesentliche“, mal das „Unabdingbare“ genannt wird, bewirkt werden. Auf diese Weise verschwindet das Problem, daß es kein objektivierbares und gesellschaftlich allgemeingültiges Kriterium für die Effizienz oder Leistungsfähigkeit von Hochschuleinrichtungen gibt. Die dennoch sinnvolle Frage nach der praktischen Relevanz von Wissenschaft bzw. nach wissenschaftlichen Geltungsansprüchen beschreibt vor allem ein Feld gesellschaftlicher Interessenwidersprüche. Studienkonzepte sind ebenso wie Forschungsprioritäten nichts anderes als eine Übertragung spezifizierbarer und widersprüchlicher gesellschaftlicher Interessen in die Wissenschaftsplanung.

Positiv läßt sich dieses Verhältnis wie folgt bestimmen: Aufgabe einer Studienreform wäre es, genau diesen Sachverhalt transparent, begreifbar und im Sinne autonomer wissenschaftlicher Urteilsfähigkeit bearbeitbar zu machen. Wenn also der administrativ leergedroschene Begriff „Qualität der Lehre“ einen Sinn haben kann, dann exakt diesen. Studium ist folglich weder disziplinbezogene Wissensvermittlung noch berufsbildbezogene Unterweisung. Sein Praxisbezug darf sich nicht auf die bestehende Berufspraxis beschränken, sondern muß auf übergreifende gesellschaftliche Problemlagen ausgerichtet sein.⁶ Er muß so angelegt sein, daß der widersprüchliche Zusammenhang zwischen individuellen Bildungsinteressen, divergierenden gesellschaftlichen Interessen und der konkreten Arbeitswelt im Studium selbst diskutierbar und reflektierbar wird. Ein solches Herangehen setzt Veränderungsimpulse und sinnvolle politische Konflikte in verschiedene Richtungen frei. Die Erweiterung wissenschaftlicher Problembezüge wirft etwa die Frage nach der Kooperation mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen „quer“ zu den traditionellen Transferbeziehungen zwischen Hochschule und Gesellschaft auf. Gleichzeitig ist damit die kritische Sicht auf die hochschulinterne Wissenschaftsgliederung verbunden, wie sie vor allem durch die disziplinär organisierte (und von Professoren repräsentierte) Grundlagenforschung geprägt ist.

Die kritische Hinterfragung bestehender Arbeitsstrukturen und Berufsbilder ist ein Bestandteil des Studiums bzw. der Studienreform. Deren Thema ist auch, wie die tradierte gesellschaftliche Arbeitsteilung einer Orientie-

rung des Arbeitsprozesses wie der gesamten Lebensweise an ökologischen Prioritäten entgegensteht. Die Arbeitsteilung innerhalb der Wissenschaft, d.h. fachliche Gliederungen und Personalhierarchien, sind von dieser Hinterfragung nicht ausgenommen. Auf diese Weise kann etwa Hochschulbildung für neue Probleme der gesellschaftlichen Praxis und die Entwicklung ihnen entsprechender neuer Tätigkeits- und Qualifikationsprofile nutzbar gemacht werden. Die kritische Distanz zur jeweils aktuellen Nachfrage des Arbeitsmarktes ist dafür die logische und strukturelle Voraussetzung.

Eine alternative Wissenschaft ist ohne eine alternative gesellschaftliche Praxis nicht vorstellbar. Daß es bekanntermaßen hier wie dort nicht klappt, kann nicht zur komfortablen Verantwortungs- und Problemdelegation auf die jeweils als defizitär empfundene Ebene führen. Das gesellschaftliche Desinteresse an den Hochschulen steht schließlich in Wechselwirkung mit dem äußeren Erscheinungsbild, das diese selbst abgeben. Umgekehrt heißt das: soziale Bewegungen, gesellschaftliche Initiativen und Interessengruppen werden eigene Probleme, Emanzipationsbestrebungen und Zukunftschancen in dem Maße positiv mit wissenschaftspolitischen Alternativen verknüpfen, wie kritische Hochschulangehörige in Auseinandersetzung mit der etablierten Wissenschaft neue Problemdefinitionen und Fragestellungen erarbeiten und dabei von vornherein den Kontakt mit Teilen der gesellschaftlichen Öffentlichkeit suchen.

Studium ist weder disziplinbezogene Wissensvermittlung noch berufsbildbezogene Unterweisung, sondern muß auf übergreifende gesellschaftliche Problemlagen ausgerichtet sein.

- 1 Egon Becker/Peter Wehling: Risiko Wissenschaft - Ökologische Perspektiven in Wissenschaft und Hochschule, Frankfurt a.M. 1993, S. 13 f.
- 2 Vgl. Ludwig von Friedeburg: Bildung zwischen Anpassung und Aufklärung, Frankfurt a.M. 1994, S. 33f.
- 3 Studium und Beruf - Diskussionspapier des Vorstandes der IG Metall zu aktuellen Hochschulfragen, Frankfurt a.M. im Juli 1994, S. 23.
- 4 Gernot Böhme/Michael von Engelhardt (Hrsg.): Entfremdete Wissenschaft, Frankfurt a.M. 1979, S. 9.
- 5 Die Thesen sind abgedruckt in: Frankfurter Rundschau, 25.1.96. Es ist etwa eine schwache Argumentation, wenn in den Thesen beklagt wird, daß die Universitäten die Rolle von Fachhochschulen erhalten sollen, ohne daß der Autor dabei den Dualismus von Universitäten und Fachhochschulen offenbar selbst problematisch findet und in Frage stellt.
- 6 Ein produktiver Diskussionsansatz in dieser Richtung, wie ihn etwa die GEW-Projektgruppe „Verbesserung der Qualität von Lehre und Studium“ vertritt, ist der einer sog. Modularisierung des Studiums: Studienfächer müßten perspektivisch aus ihrer Unterordnung unter spezialisierte Wissenschaftsdisziplinen herausgelöst werden. Studiengänge würden sich damit künftig aus der Zuordnung von (konsekutiv) kombinierten Studienelementen (Module) zu gesellschaftlichen Problemfeldern ergeben. Vgl. im einzelnen: GEW-Hauptvorstand - Dokumente Hochschule und Forschung (Dok-HuF) - 95/6/3

Die Zukunft verschlafen?

Gewerkschaften an den Hochschulen

von Sven Kalbe und Jürgen Katzer*

Wissenschaft und akademische Ausbildung spielen eine immer bedeutendere Rolle. Welchen Einfluß aber haben die Gewerkschaften an den Hochschulen (Universitäten, Fach- und Gesamthochschulen), welche zentralen Aufgaben, welche strukturelle Verankerung?

Primäre Aufgabe der Gewerkschaften ist es, neben der Ausgestaltung der Tarifverträge für die Hochschulbeschäftigten, den Transferriemen zwischen "Wissenschaft

und "Gesellschaft" zu stärken und eine inhaltliche und strukturelle Diskussion über die Hochschulrahmenbedingungen zu initiieren. Die Tarifverträge für das Verwaltungspersonal schließt die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) ab, die für den wissenschaftlichen Bereich die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Der Transferriemen zwischen "Wissenschaft" und Gesellschaft wird von Hochschulstandort zu Hochschulstandort verschieden zu stärken versucht.

Erfolgreiche Modelle sind hier die Kooperationsstelle der IG Metall an der Ruhr-Universität Bochum oder die Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt unter Federführung des DGB in Dortmund. Zwar darf die Wirkung dieser Institutionen nicht überschätzt werden, aber sie sind Ansprechpartner für ArbeitnehmerInnen, Betriebs- und Personalräte, die wissenschaftliche Unterstützung wollen, und Ansprechpartner für WissenschaftlerInnen und Studierende, die nach einem Zugang zur Arbeitswelt suchen. Zu nennen sind darüber hinaus die Technologieberatungsstellen (TBS) mit ihren sechs Niederlassungen in Nordrhein-Westfalen. Sie binden u.a. Betriebs- und Personalräte in Innovationsprozesse wie z.B. die z.Z. aktuellen Beratungen über die Einführung von Öko-Audits ein. Sie dienen aber auch dazu, eine kritische Bewertung der wissenschaftlichen Erkenntnisse vorzunehmen.

Innerhalb der Gewerkschaften ist die GEW die treibende Kraft bei der Diskussion der Rahmenbedingungen, in denen sich die Hochschulen heute befinden. Stellungnahmen des DGB zur Hochschulpolitik, z.B. zur Novellierung des Wissenschaftlichen Hochschulgesetzes (WissHG), basieren in der Regel auf Vorschlägen der zuständigen Gremien der GEW, der Fachgruppe Hochschule und For-

schung und dem Landesausschuß der Studierenden, die dann dem DGB zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Diese Stellungnahmen werden z.B. im Rahmen von Anhörungen der Landtage zu diesen Gesetzesnovellierungen verbreitet. Damit verfügt die GEW respektive der DGB über die gleichen Möglichkeiten wie die Standesorganisationen (z.B. der Hochschullehrerverband).

Das besondere an diesen Stellungnahmen ist die Ausgewogenheit der Interessen zwischen Studierenden und Lehrenden. Die GEW bietet - institutionell abgesichert - als eine der wenigen Organisationen Platz zur Diskussion für Studierende und Lehrende. Damit nimmt sie vielfach eine Vermittlerrolle ein. Gerade der "Zwang", eine gemeinsame inhaltliche Stellungnahme abgeben zu müssen, die sowohl die Studierenden, der wissenschaftliche Mittelbau als auch die ProfessorInnen mittragen können, führt häufig zu interessanten und zukunftsweisenden Positionen.

In der Praxis gestaltet sich der Interessensausgleich zwischen Studierenden und Lehrenden innerhalb der GEW unspektakulär, nicht zuletzt weil Mitglied der GEW nur die fortschrittlichen Kräfte an den Hochschulen sind. Ein Beispiel: Bei der Novellierung des nordrhein-westfälischen WissHG wurde die Einführung von sog. "Eckdaten" beschlossen, die die Studiengänge entschlacken und die Zahl der Prüfungen verringern sollen. Bei der Erarbeitung der GEW-Position zum WissHG beurteilten die "Lehrenden der GEW" diese Eckdatenverordnung zunächst positiv. Durch die studentische Kritik wurde ihnen jedoch klar, daß die Eckdaten eine "Mogelpackung" sind, die die GEW ablehnen muß. Das Ringen um die richtige Position verläuft in der Regel sehr ruhig.

Fragen der "allgemeinen Wissenschaftspolitik" - wie z.B. der Einsatz der neuen Medien oder die Gentechnologie - werden innerhalb der Gewerkschaften stark von den Industriegewerkschaften geprägt. Deutliche Unterschiede diesbezüglicher Stellungnahmen zwischen Einzelgewerkschaften und dem DGB lassen sich nur selten ausmachen. Ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit war die innergewerkschaftliche Diskussion um die Gentechnik. Mit dem Totschlagargument des drohenden Arbeitsplatzverlustes waren allerdings in diesem Fall die Äußerungen der IG-Chemie deutlich vorsichtiger als die des DGB, der die Gefahren in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung rückte.

GEW und Studienreform

Bei der Diskussion um die Reformierung einzelner Studiengänge sind die Gewerkschaften in den letzten Jahren vielfach auf Tauchstation gegangen. Obwohl Bildungspolitik im weiteren Sinne bei den Gewerkschaften eine große Rolle spielt, hat die Auseinandersetzung mit der Hochschulpolitik im engeren Sinne nachgelassen. War es in den siebziger Jahren noch als Fortschritt gefeiert worden, daß die IG Chemie zusammen mit dem Verband der chemischen Industrie, den Hochschullehrerorganisationen und den Ländern den Studiengang Chemie gründlich reformiert hat (dies führte u.a. dazu, daß heute über 94% aller ChemikerInnen promoviert sind), so kann heute - abgesehen von der Lehramtsausbildung - von einem realen Einfluß der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Studiengänge keine Rede mehr sein. Zwar entfalten Vorschläge einzelner gewerkschaftsnaher BildungswissenschaftlerInnen eine Binnenwirkung, aber eine systematisierte und institutionalisierte gewerkschaftsübergreifende Debatte über die Zukunft der Studiengänge und damit auch über die Ziele von Forschung und Lehre findet nicht mehr statt.

* Sven Kalbe, Diplom-Chemiker, GEW-Hochschulbüro Dortmund 1990-96;
Jürgen Katzer, Jurastudent GEW-Hochschulbüro Dortmund (seit 1996).

AUSBILDUNG

Heute wird eine Studienreform auch weniger von den runden Tischen zur Studienreform - an denen die Gewerkschaften bislang keinen Platz gefunden haben - gestaltet, sondern vielmehr durch ministerielle Vorgaben à la Eckdatenverordnung. Ihr Qualitätsmerkmal: Sie werden von allen, sowohl von den Studierenden als auch von den HochschullehrerInnen, abgelehnt. In der Diskussion um die Reform einzelner Studiengänge zeigt sich immer wieder, daß die eigentliche Trennlinie nicht zwischen Studierenden und HochschullehrerInnen, sondern zwischen den Wissenschaftsministerien auf der einen und den HochschullehrerInnen und Studierenden auf der anderen Seite läuft. Das heißt nicht, daß es keine Unterschiede zwischen den Positionen der HochschullehrerInnen und denen der Studierenden gibt, aber die alten Feindbilder verschwimmen. Anders sieht dies bei der Diskussion um die Öffnung der Hochschulen aus. Hier melden sich der DGB und insbesondere auch die Industriegewerkschaften immer wieder kraftvoll zu Wort. Sie fordern unisono die Öffnung auch für ArbeitnehmerInnen ohne derzeit anerkannte Allgemeine bzw. Fachhochschulreife, dies nicht aus dem Blickwinkel der Hochschulen, sondern resultierend aus der Interessenvertretung für die berufliche Ausbildung. Die Forderung nach Öffnung der Hochschulen ist auf jeden Fall richtig und wünschenswert, wenngleich an dieser Stelle darauf nicht näher eingegangen werden kann. Jedenfalls werden die Gewerkschaften hier ihrer gesellschaftspolitischen Rolle im Hochschulbereich am ehesten gerecht.

Soweit so gut. Wird allerdings ein wenig an der geschilderten Oberfläche gekratzt, werden schnell die eigentlichen Schwächen und Unzulänglichkeiten der Gewerkschaften deutlich. Das gewerkschaftliche Prinzip, nur abhängig Beschäftigte in die jeweils zuständige Gewerkschaft aufzunehmen, greift bei Studierenden nicht. Sie befinden sich schließlich in einer nichtentlohnten "Ausbildung". Allerdings war im Laufe einer Studierendenkarriere jeder Dritte einmal eine studentische Hilfskraft. Anders sieht es beim Verwaltungspersonal mit der ÖTV als zuständiger Gewerkschaft und beim wissenschaftlichen Personal (wissenschaftlicher Mittelbau und ProfessorInnenenschaft), das in der GEW organisiert ist, aus.

Öffnungsbeschuß ohne Folgen

Studierende als Studierende haben z. Z. offiziell nur die Möglichkeit, Mitglied der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) oder der GEW zu werden. Dies ist seit dem sogenannten Öffnungsbeschuß der GEW im Jahre 1990 möglich. Der Beschuß beinhaltet die Öffnung von der reinen LehrerInnengewerkschaft hin zur Bildungsgewerkschaft. Die Mitgliedschaft wurde für Studierende geöffnet und die - schon vorher mögliche - Mitgliedschaft von SozialpädagogInnen und ErzieherInnen erhielt durch den Öffnungsbeschuß einen wahren Schub. Der Öffnungsbeschuß resultierte allerdings weniger aus politischer Einsicht, daß eine Bildungsgewerkschaft nötig ist, sondern für die GEW ging es nach der Wiedervereinigung um das nackte Überleben. Ohne eine Neuorientierung im Konzentrationsprozeß des DGB schien die GEW gegen ihre "Konkurrenzgewerkschaften" keine Chance zu haben.

Folglich ist die Kritik an der Öffnung innerhalb der GEW nie verstummt. Viele LehrerInnen möchten am liebsten ihre alte "Standesorganisation" zurückhaben. Offiziell wird dies zwar nie, aber betrachtet man die Mittelvergabe in den GEW-Haushalten, so ist leicht erkennbar, wie stiefmütterlich der Hochschulbereich behandelt wird. Im Ge-

gensatz zu den zig Tausend Mark teuren Werbekampagnen, die jedes Jahr für die ReferendarInnen ausgegeben werden, gab und gibt es etwas Analoges im Hochschulbereich nicht. Im Gegenteil. Der für Gewerkschaftsmitglieder bestehende Rechtsschutz in allen Arbeitsangelegenheiten umfaßte zu Beginn für Studierende auch sämtliche BAföG-Fragen. Mittlerweile steht dieses Recht nur noch auf dem Papier. Die praktische Umsetzung scheitert häufig an den ablehnenden Bescheiden der Rechtsschutzabteilung. Die Attraktivität der GEW wird dadurch nicht gesteigert.

Der DGB faßte 1993 einen ähnlichen Öffnungsbeschuß, in dem er den Mitgliedsgewerkschaften empfahl, generell Studierenden die Mitgliedschaft zu ermöglichen. Dieser Beschuß, der in fast allen Einzelgewerkschaften Satzungsänderungen erfordert hätte, wurde bis heute nicht mit Leben erfüllt. Das gewerkschaftliche Maskottchen - der Papiertiger - stand Pate.



Foto: Silke Deppmeyer, Bochum

Allerdings wandelt die nordrhein-westfälische GEW seit Anfang 1990 auf neuen hochschulpolitischen Pfaden. Um dem Anspruch der Bildungsgewerkschaft gerechter zu werden, wurden für die Hochschulstandorte Dortmund/Bochum, Köln/Bonn und Bielefeld/Paderborn drei Hochschulbüros eingerichtet. Ausgestattet mit je einer studentischen Hilfskraft à 13 Wochenstunden haben sie die Aufgabe, die Ehrenamtlichen zu entlasten, die innergewerkschaftliche Hochschularbeit zu stärken und die GEW an den Hochschulstandorten zu repräsentieren. Nicht alle Erwartungen haben sich erfüllt, aber die Hochschulbüros haben sich an den Hochschulen als Institution etabliert und sind heute ein belebendes Element der Hochschullandschaft. Das Aufgabenfeld hat allerdings eine starke Eigen-dynamik entwickelt und umfaßt heute zahlreiche Serviceaufgaben wie z.B. BAföG-Beratung, die Durchführung von Seminaren und hochschulpolitischen Veranstaltungen.

Daß die GEW neben der GGLF die einzige Gewerkschaft ist, die Studierende als Studierende aufnimmt, heißt

Die Animositäten der Gewerkschaften untereinander, aber vor allen Dingen das fehlende Verständnis für die große Bedeutung der Hochschularbeit sind die Gründe dafür, daß der DGB an den Hochschulen kein Bein an die Erde bekommt.

nicht, daß alle gewerkschaftlich organisierten Studierenden in der GEW sind. Die IG Metall und die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) organisieren an fast allen bundesdeutschen Hochschulen mehr Studierende als die GEW. So sind vielfach KollegInnen, die bereits während ihrer Erwerbstätigkeit einer Gewerkschaft beigetreten sind, über den zweiten Bildungsweg an die Hochschulen

gelangt. Zudem kommen Studierende häufig über ihre "Nebenjobs", z.B. in der Gastronomie, dazu, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Eine Zusammenarbeit der Einzelgewerkschaften im Hochschulbereich, z.B. die Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen, findet, wenn überhaupt, nur auf Initiative einzelner statt. Der Versuch, die Studierendenarbeit an den Hochschulen als Gemeinschaftsaufgabe des DGB in der Trägerschaft der GEW festzuschreiben, scheiterte bislang. Die institutionelle Absicherung für eine solche Gemeinschaftsaufgabe, z.B. eine Fachgruppenarbeit aller gewerkschaftlich organisierten Studierenden, fehlt völlig. Die Animositäten der Gewerkschaften untereinander, aber vor allen Dingen das fehlende Verständnis für die große Bedeutung der Hochschularbeit sind die Gründe dafür, daß der DGB an den Hochschulen kein Bein an die Erde bekommt.

Versagen die Gewerkschaften?

Läßt sich für die Personengruppe der Studierenden die viel zu kurze Sichtweise vieler Gewerkschaftsfunktionäre, Investitionen in Studierende lohnten sich nicht, noch kopfschüttelnd zur Kenntnis nehmen, wird dies für die Bereiche wissenschaftlicher Mittelbau und ProfessorInnen-schaft gänzlich unverständlich. Stillschweigend und ausschließlich mit wehmütigem Blick auf die Vergangenheit wird zur Kenntnis genommen, daß GEW/ÖTV-Listen für die Personalratswahl nicht mit Leben gefüllt werden können. Die Listen werden entweder überwiegend mit nicht gewerkschaftlich gebundenen Mitgliedern aufgestellt, oder es haben sich so wenige bereit erklärt zu kandidieren, daß eine Listenbildung gar nicht zu Stande kommt. Auch und gerade an den Hochschulen hat sich bei vielen engagierten GewerkschafterInnen der Rückzug in das häufig zitierte

te "Private" vollzogen. Es bleibt jedoch unverständlich, warum die GEW diesen Verlust nicht als Chance für einen Neubeginn durch Neuanwerbung und gesteigerte Attraktivität an den Hochschulen nutzt und damit eine strategische Option verspielt. Ein Grund mag darin liegen, daß den älteren GewerkschaftsfunktionärInnen nach dem Wegfall der einstigen "Kampfgefährtnnen" die Kraft zur Fortführung der damaligen Ziele fehlt.

Versagen die Gewerkschaften in der Hochschulpolitik? Wir meinen, ja. Den Gewerkschaften fehlt der Mut, Farbe zu bekennen und die Hochschulen als strategische Zukunftsoption anzunehmen. Lieber beklagen sie sich über Massenaustritte und zeigen sich überrascht, daß in den Technologiezentren der Republik die gewerkschaftliche Organisationsquote vielfach unter zehn Prozent liegt. Das ist in doppelter Hinsicht fatal. Zum einen fehlen den Gewerkschaften die Mitglieder, um wirkungsvoll ihre Positionen und ihren Einfluß an Hochschulen geltend zu machen. Zum anderen sinken die Möglichkeiten der Gewerkschaften, die Entwicklung von Ökonomie und Gesellschaft, von neuen Technologien und verändertem Arbeitsmarkt aktiv zu gestalten. Sicherlich sind die Ursachen für die Schwäche der Gewerkschaften nicht nur bei ihnen selber zu suchen. Bequemer, einfacher und sicherlich auch berechtigt wäre es anzuführen, daß gerade die Gewerkschaften extrem unter der zunehmenden Individualisierung der Gesellschaft - geringer Organisationsgrad -, der explodierenden Arbeitslosigkeit und dem daraus folgenden Druck der Wirtschaft zu leiden haben. Die rechtskonservative Regierung hat ein übriges zur deutlichen Verschlechterung der gewerkschaftlichen Machtposition getan. Aber auch die erschwerten Rahmenbedingungen können eines nicht verhehlen: Der Ursprung der gewerkschaftlichen Versäumnisse liegt im gewerkschaftlichen Beharrungsvermögen, sich an die Vergangenheit zu klammern und die Zukunft zu verschlafen.

Die Gewerkschaften können aus den beschriebenen Gründen ihre Rolle in dem Prozeß der Transformation zwischen Wissenschaft und Gesellschaft bei weitem nicht in dem Maße wahrnehmen, wie sie es eigentlich müßten - und wie es die Hochschulen auch dringend benötigten.

Wann ist eine Gesellschaft liberal?" fragt sich K.O. Hondrich im Merkur (12/95, S. 1073-1083). Gleich der Untertitel verrät uns, womit wir es hier eigentlich zu tun haben, nämlich mit der Fortsetzung des Hondrichschen Mehrheitenschutz-Projektes: „Zum Verhältnis von Mehrheiten und Minderheiten“.

Hondrich beginnt in der Manier Max Webers: „Liberalität: darunter sei eine Haltung verstanden, die auch andere Lebensformen und Wahrheiten zuläßt als die eigenen. Von einer Gesellschaft sagen wir, sie sei liberal, wenn Mehrheiten und Minderheiten sich gegenseitig respektieren. Ein politisches System soll liberal genannt werden, wenn Minderheitsmeinungen nicht nur rechtlich geschützt, sondern auch als Opposition institutionalisiert und damit als Alternativen zur herrschenden Meinung angesehen sind.“

Die Angst der Mehrheit vor der Minderheit

Moderne Gesellschaften, meint auch Hondrich, brauchen, um nicht zu erstarren, das Fremde, das Andere. „Und sie brauchen die Einsicht, daß sie das Andere brauchen, auch wenn es nicht gefällt“ (S.1073). Die Rede von der 'institutionalisierten Opposition' deutet nun freilich bereits darauf hin, daß das 'Andere' eventuell aber doch nur dann geduldet wird, wenn es (annähernd) das Gleiche ist; das Fremde nur dann, wenn es sich dem eigenen annähert, angleicht. Die Statik des Gesellschaftsgebäudes scheint bedroht, wenn das Andere wirklich anders ist und das Fremde fremd bleibt. Hondrich: „Die 'Dynamik der Liberalität' kennt keine Grenzen. So weckt sie Ängste und Abwehrreaktionen derjenigen, die sich in ihren gewohnten Grenzen, Interessen, Identitäten bedroht fühlen“ (S. 1073).

Seit geraumer Zeit bemüht Hondrich sich um eine Markierung der Grenzen eines liberalen politischen Systems, im Sinne einer Entlastung der Mehrheit, die zwar Oppositionelles ertrage, wenn es institutionalisiert sei, angesichts eines chaotischen Fremden jedoch überfordert sei. (Vgl. meinen Beitrag 'Lehrmeister Hondrich als Volks-Schüler' in: Lohmann (Hrsg.), Extremismus der Mitte, F.a.M. 1994, S. 144-167) So fragt er denn nun auch wieder: „Wieviel Liberalität ist für eine Gesellschaft erträglich? Wieviel innere Freiheiten

und äußere Öffnungen sind angebracht? Wieviel Zuwachs an beiden kann sie in einer bestimmten Lage und Zeitspanne verkraften?“ (S. 1073)

Ein „Maximum an Freiheiten“ (S. 1073) könne nicht die Antwort bzw. die Lösung sein. Liberalität beruhe „auf einer Art Balance zwischen Mehrheits- und Minderheitenbelangen“, die „in beiden Richtungen gestört werden“ könne: „einerseits durch Einschnüren von Freiheitsrechten nach innen und gesellschaftliche Schließung nach außen - so verschieben sich die Gewichte zugunsten von Mehrheitsvorstellungen; andererseits durch die gegenläufige Bewegung, also erweiterte innere Freiheiten und Öffnung nach außen - so werden Minderheiten begünstigt und Mehrheiten verunsichert. Liberalisierung, sofern forciert, kann sich als Bumerang erweisen ...“ (S. 1075).

Hondrich scheint quasi 'systemtheoretisch' (als eine Art naturgesetzliches Faktum) immer schon vorauszusetzen, was jeweils empirisch erst einmal zu untersuchen bzw. festzustellen wäre: die Existenz einer (zumindest latent) freiheits- und fremdenfeindlichen Mehrheit.

Warum eigentlich müssen die von Hondrich erwähnten Mehrheiten sich von der 'liberalen Dynamik' verunsichert fühlen? Ist es nicht vielmehr häufig so, daß selber recht kleine Minderheiten den Mehrheiten solche Gefühle nahelegen, um damit ihre eigene Herrschaft zu sichern?

Die (mögliche oder faktische) Instrumentalisierung von Mehrheitsgefühlen und -meinungen durch einflußreiche Minderheiten problematisiert Hondrich freilich nicht; sie scheint kaum auch nur entfernt in seinen Blick zu geraten. Erscheint die Problematik einmal, so wird sie umgehend ins Schattenreich der sozialen Phantasien verwiesen und als obsoleter Manipulationsthese verworfen: „Die Mehrheit wird als unbeschriebenes Blatt gesehen, das von politischen, Wirtschafts- und Meinungsführern mit deren jeweiligen Interessen und Identitätsvorstellungen beschrieben wird; eine eigene kollektive Moral als conscience collective hätte sie demnach nicht“ (S. 1080). Eine Manipulation der Mehrheit durch interessierte herrschende Minderheiten gibt es also offenbar doch nicht? Das ist beruhigend. Was aber gibt es stattdessen?

Liberalität als Gnade der Überlegenen

oder K.O. Hondrich als Wegbereiter eines umfassenden Mehrheitsschutzes

von Dieter Rudolf Knoell*

Kritische Intellektuelle als Feinde der Liberalität

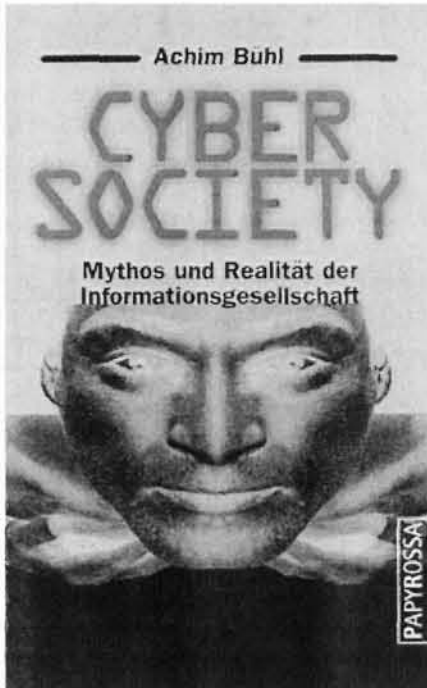
Nun, man vermutet es schon -: „elitäre Illiberalität“ (S. 1079) und einen „Sonderstatus der Intellektuellen - als Bildungsobrigkeit, über dem Volk - und eine besondere Funktion der Wahrheitskontrolle“ (S. 1080f.). Seit Schelskys Zwangs- bzw. Wahnvorstellung von „Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen“ (München 1977) scheint diese These zum Marschgepäck eines jeden sich kontinuierlich nach rechts bewegenden Intellektuellen zu gehören. Und in der Tat sieht Hondrich in den (noch verbliebenen) kritischen Intellektuellen denn auch geradezu den eigentlichen Feind einer wahrhaften Liberalität: „Die Liberalität der Intellektuellen hat mit der Gesellschaft nicht Schritt gehalten. Noch einmal verkürzt: liberale Gesellschaft, illiberale Intellektuelle“ (S. 1077).

Liberale sind nämlich jene, die, auch verkürzt, aber wohl nicht allzu sehr, mit den herrschenden Verhältnissen vollauf zufrieden sind. Die intellektuellen Nörgler hingegen sind die gleichsam natürlich Verbündeten ethnischer Minderheiten. Beide scheinen sich nicht selten in einem gewissen Fundamentalismus zu treffen (im einen Fall einem politischen, im andern einem religiösen).

Wo es allerdings die bösen (antiliberalen) Intellektuellen gibt, da muß es auch die guten (liberalen) geben. Sind die einen Verfechter der Erziehungsdiktatur und Sachwalter der 'Political Correctness', so die andern Anwälte der liberalen Demokratie und

Warum eigentlich müssen die von Hondrich erwähnten Mehrheiten sich von der 'liberalen Dynamik' verunsichert fühlen? Ist es nicht vielmehr häufig so, daß selber recht kleine Minderheiten den Mehrheiten solche Gefühle nahelegen, um damit ihre eigene Herrschaft zu sichern?

* Dr. Dieter Rudolf Knoell, Prof. für Ästhetik an der Hochschule für Kunst und Design in Halle



Achim Bühl
CYBERSOCIETY
 Mythos und Realität der
 Informationsgesellschaft
 HC, 280 S., DM 38,00, ISBN 3-89438-107-8

J. Schuster / Klaus-Peter Weiner (Hg.)

**MAASTRICHT NEU
 VERHANDELN**

Reformperspektiven in der
 Europäischen Union
 Br., 160 S., DM 19,80, ISBN 3-89438-104-3

AG Alternative Wirtschaftspolitik
MEMORANDUM '96
 Br., 250 S., DM 29,80, ISBN 3-89438-103-5

Gisela Preuschoff
DU UND ICH
 Beziehungsspiele
 Br., 180 S., DM 19,80, ISBN 3-89438-105-1

Michael Höhn / Monika Höhn
LEBEN UND STERBEN
 Mit jungen Menschen sprechen
 Br., 160 S., DM 19,80, ISBN 3-89438-106-X

Politik & Lebenshilfe im Frühjahr '96 bei

PapyRossa

Über jede Buchhandlung oder direkt:
 Petersbergstr. 4, 50939 Köln
 Tel. 0221 / 448545 & 446240, FAX 444305



sachrationaler Politik, die jeweils das Nötige und Machbare unterstützen. Das sieht dann z.B. so aus (daß wir es bei Hondrich mit einem herausragenden Vertreter der zweiten Gruppe zu tun haben, dürfen wir ja voraussetzen): „Es geht darum, die Politik gesellschaftlicher Öffnung als Versuchs-Irrtums-Lernen geschmeidig zu halten, sie von Fall zu Fall zu bremsen oder zu beschleunigen. Dazu gehört, daß es funktionierende und legitimierte Bremsen gibt, die von den demokratischen Parteien, mal von der einen, mal von der anderen, gezogen werden. Im Hinblick auf Beteiligung an Militärinterventionen scheint dieser Mechanismus der Risikothematisierung und -begrenzung sich einzuspielen“ (S. 1076). Gegenwärtig wäre da entsprechend dann wohl eher von legitimiertem Gasgeben zu sprechen.

Hondrichs Intervention zugunsten einer realistischen Militärpolitik fügt sich so reibungslos in sein Konzept wie diejenige gegen die das Volk bevormundenden linken Intellektuellen. Seinem Buch 'Lehrmeister Krieg' ließ sich ja ohnehin bereits entnehmen, daß die breite Mehrheit in Ausnahme-situationen am besten bzw. noch am ehesten lernt, in Katastrophen und Kriegen. Und da Hondrich als Sprachrohr der 'schweigenden Mehrheit' auftritt, muß er jenem Ausnahmezustand auch Positives abgewinnen können, der diese gegebenenfalls zu fundamentalem Umdenken zwingt. Jene intellektuelle Elite, die noch immer nicht bereit sei, darauf zu verzichten, als Lehrmeister der Massen aufzutreten, erklärt der soziologische Lehrmeister ja für vollständig delegitimiert - obgleich sie im Vergleich mit Kriegen und Katastrophen vielleicht doch das kleinere Übel wäre.

**Die positiven Intellektuellen
 als Sprachrohre der
 schweigenden Mehrheit**

Wenn nun der völkische Antiintellektualismus im Gewande des pragmatischen Liberalismus auftritt, so führt er, für alle Fälle, die positiven (gewendeten) Intellektuellen gleich mit sich, jene also, welche (wie B. Strauß) das Volk und das Soldatentum als positive Werte wiederentdecken oder wenigstens (wie Enzensberger) den globalen Bürgerkrieg prophezeien.

Tatsächlich tritt der soziologische Herold der Mehrheit zugleich als Anwalt einer Minderheit (?) unter den deutschen Intellektuellen auf; von je-

nen nämlich, „die aus einem Konsenswinkel ausscheren“ und „verpönte Assoziationen und Verbundenheits- und Grenzgefühle, die vermutlich von der Mehrheit der Menschen geteilt werden, zur Sprache bringen“ (S. 1079) - einer, im Falle des Botho Strauß, nicht zufällig extrem kitschigen Sprache übrigens. Im Kreis unserer Helden der Abweichung (vom intellektuellen Konsens) und der Annäherung (an die Mehrheitsgefühle) finden wir natürlich Enzensberger, Walser, Biermann. Und es darf der (gleichfalls verfolgte) „unbotmäßige Botho Strauß“ eben auch nicht fehlen.

Warum werden unsere Helden so gnadenlos verteuftelt und verfolgt? Ja nun, der ganze üble Rest von mehrheitlich mit Minderheiten sympathisierenden Intellektuellen möchte sie natürlich zum Schweigen bringen, denn Gefahr ist im Verzug: „Das Volk könnte sie hören!“ (S. 1079). Ach, gibt es denn irgend jemanden, dem es gelänge, diese Lautsprecher zu überhören? Und wer könnte, bitte schön, einen Biermann übertönen? Also, die ganze These hat etwas Komisches.

Sie ist aber zudem auch noch ziemlich absurd, denn was erfähre das Volk von ihnen, was es nicht schon wüßte? Die Sprachrohre und Lautsprecher der 'schweigenden Mehrheit' können weder so bedrohlich noch so bedroht sein, wie Hondrich suggeriert, wenn ihr ganzer Ehrgeiz darin zu bestehen scheint, 'dem Volk' zu sagen, was dieses bereits selber denkt und sagt. (Daß der elitäre rechte Radikalismus Strauß' hier ein Sonderfall ist, scheint mir allerdings evident. Der artistische Solitär als Kündler des Kollektivbewußtseins ist eine zum Scheitern verurteilte Zirkusnummer.) Endlich scheint die 'schweigende Mehrheit' von einem Teil der schreibenden Minderheit das zu bekommen, was sie haben will: Bestätigung, Zustimmung, Zuneigung.

Damit tun die gewendeten Intellektuellen ein gutes Werk, wie Hondrich uns klarmacht: „Nur von Mehrheiten, die sich in ihren Interessen und Identitäten im politischen Diskurs und Parteienspektrum verstanden und vertreten fühlen, ist die Liberalität zu erwarten, die, rechtlich-politisch institutionalisiert und tradiert, Minderheiten auf die Dauer Schutz und Entfaltungsmöglichkeiten sichert. Ohne Anerkennung von Mehrheiten, auch wenn man ihre Vorstellungen nicht teilt, ist Demokratie nicht zu haben -

und Liberalität für Minderheiten auch nicht“ (S. 1083).

Plädoyer für den Schutz der Mehrheiten

Mit voller Kraft voraus werden da weit geöffnete Türen eingerannt. Die Mehrheiten sind in der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie ja immer schon eine überaus starke Klientel, die bedient und zufrieden gestellt werden muß, wenn man sich an der Macht halten will. Und seit Jahrzehnten herrscht zumal in der Bundesrepublik ein enormes Gedränge in der 'politischen Mitte', wo man die Mehrheit vermutet. (Auch die Fischer-Chöre der Grünen stimmen längst in diesen Cantus firmus ein.)

Hondrichs emphatisches Plädoyer für eine endlich zu leistende Anerkennung der Mehrheiten, ihrer Interessen und Identitäten, steht insofern sozusagen auf verlorenem Posten, als das, was es herbeiführen möchte, immer schon vorhanden ist.

Wo so vehement Rechte der Mehrheit eingeklagt werden, welche diese längst hat und auch nicht zu verlieren droht, da wird eine Situation geschaffen, in der das Beschneiden von Minderheitenrechten (wie es bereits stattfindet) zumindest als das kleinere Übel erscheint.

Eben dies scheint denn auch der eigentliche Sinn und Zweck von Hondrichs aktuellen Interventionen zu sein. Sie fügen sich nahtlos ein in die vielfältigen Versuche der Konservativen, unter Berufung auf 'Gefühle der Mehrheit' Rechte von Minderheiten einzuschränken. (Typisch dafür waren die Attacken auf das Bundesverfassungsgericht im Zusammenhang mit dem Kruzifix-Urteil und dem 'Soldaten-sind-Mörder'-Urteil, vgl. meinen Aufsatz in spw 5/95, S. 20-23.)

Hondrichs Beantwortung der Frage 'Wann ist eine Gesellschaft liberal?' liefert zugleich auch eine Antwort auf die Frage 'Wann ist ein Soziologe konservativ?'. Genau dann nämlich, wenn er so argumentiert wie Hondrich in diesem Aufsatz. Hondrichs Argumentation ist das soziologische Pendant zu den politischen Mehrheitenschutz-Vorstößen z.B. Schäubles und Stoibers. Daß die Rechte von Minderheiten von der Mehrheit zu garantieren sind, weil diese gerade in einer Demokratie dazu verpflichtet ist, entschwindet unterm Horizont der Hondrichschem Argumente den Blicken; jene erscheinen vielmehr als eine Art Gnadener-

weis. Minderheitenrechte werden so zum Luxus, den man sich einmal leisten kann und einmal eben (leider) auch nicht.

Hondrich hält die Mehrheit angesichts der gewissermaßen 'ausufernden' Minderheitenrechte für überfordert. Die Mehrheit fühle sich sozusagen vernachlässigt. „Was Mehrheiten aufbringt, ist vermutlich nicht so sehr, daß es abweichende Minderheiten gibt, als der Eindruck, sie lägen den Eliten mehr am Herzen als die Mehrheiten selbst; und darüber hinaus, daß Bildungs- und politische Eliten den Mehrheiten 'immer mehr' Unterstützung und Liberalität für 'immer mehr' Minderheiten ansinnen“ (S. 1076).

Fiktive Mehrheiten als imaginäres Erpressungspotential

Nun sieht es allerdings häufig danach aus, daß die Mehrheiten, auf die Teile der 'politischen Elite' sich berufen, um ihre eigenen Ziele (parteilpolitische Ziele zumeist) zu erreichen, real gar keine Mehrheiten sind; sie sind eine fiktive Verfügungsmasse, ein imaginäres Erpressungspotential. - Wer erinnerte sich nicht, um nur ein typisches Beispiel herauszugreifen, der die angeblich verletzten Mehrheitsgefühle beschwörenden Bundestagsrede Schäubles, mit der dieser die Verpackung des Berliner Reichtages durch Christo zu verhindern versuchte. In Wahrheit gab es jene verletzten Gefühle fast nur in der Vorstellung Schäubles. Die Massen, die dann in Berlin vor dem verpackten Reichstag flanierten, gingen ganz lässig und spielerisch mit dem scheinbaren Sakrileg um. Um ein weiteres Beispiel zu zitieren, zumindest außerhalb Bayerns fühlt sich kaum jemand vom Verschwinden einiger Kruzifixe aus öffentlichen Schulräumen existentiell bedroht. Es könnte also sein, daß die angeblich so furchtbar verunsicherten und in ihrer Identität bedrohten Mehrheiten sich weitgehend in Luft auflösen, sieht man näher hin.

Dafür sprächen im übrigen auch Befunde, wie sie sich den soziologischen Analysen z.B. Ulrich Becks ('Die Erfindung des Politischen') und Pierre Bourdieus ('Die feinen Unterschiede') entnehmen lassen. Ihnen zufolge sind in den fortgeschrittenen Gesellschaften reflexiver Modernisierung mit ihrem hohen Grad sozialer Differenzierung und Individualisierung (der Lebensstile wie der Meinungen) stabile Mehrheiten, die über

so etwas wie ein 'Kollektivbewußtsein' verfügen (Hondrich bemüht diese Kategorie, in Anlehnung an Durkheim, häufig), kaum mehr real vorhanden und auch kaum zu erwarten. Es bilden sich allenfalls ad hoc Mehrheiten angesichts bestimmter Problemkonstellationen. Wenn dem aber, zumindest der Tendenz nach, so ist, dann hat Hondrichs statisches Modell einer gleichsam ewigen Dichotomie von Mehrheiten und Minderheiten erst recht keinen Aufklärungswert, sondern dient nur (konservativen) Propagandazwecken.

Spätestens seit dem Streit um die Asylparagrafen ist es offenkundige konservative Strategie, Mehrheiten zu gewinnen mit Hilfe der Stigmatisierung ausgewählter Minderheiten, die dann als Sündenböcke präsentiert werden können. Als (links-)liberale Position wäre Hondrichs Argumentation gegenüber dieser konservativen Strategie extrem defensiv. Plausibler ist wohl die These, daß wir es bei ihr mit einer selber bereits konservativen Position und einem Teil der rechten Offensive zu tun haben.

Reale oder imaginäre soziale Mehrheiten werden von (knappen) politischen (parlamentarischen) Mehrheiten vorzugsweise dann bemüht, wenn diese entweder akut gefährdet sind oder politische Programme durchsetzen wollen, für die (parlamentarische) Mehrheiten gerade (noch) nicht zu bekommen sind. Die 'schweigende Mehrheit' oder das 'gesunde Volksempfinden' werden dann in Anspruch genommen, wenn man sich mit sozusagen ganz normalen Argumenten schwer tut.

Und es pflegt von einer kleinen radikalen Minderheit von Erzkonservativen unterstellt zu werden, die große Mehrheit dächte allemal so wie sie.

Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Namen des „Mehrheitsprinzips“

Wenn bereits gefordert wird, von F. K. Fromme (FAZ) bis hin zu Schäuble, das Bundesverfassungsgericht solle sich in seinen Urteilen gefälligst an den Überzeugungen und Gefühlen „der Mehrheit“ orientieren - und nicht etwa am Grundgesetz, so zeigt dies deutlich genug, welche Dimension der Mehrheitenschutz, dem Hondrich so bereitwillig dient, inzwischen angenommen hat. Die höchst einseitige, Demokratie und Rechtsstaat extrem verkürzende These, es sei das „Mehrheitsprinzip“, auf dem unsere politische Ordnung be-

Eine Mehrheit, die ihre Toleranzbereitschaft bindet an die Garantie ihres Verbleibens in der Mehrheitsposition, droht immer schon damit, zur hetzenden Meute zu werden. Diese Drohung als Liberalität zu definieren, ist zynisch.

**orientierung!
wahrheit!
argumente!
links!
zweimonatlich!
dm 13,-!**

**1996
jan/feb
planetenspiele
märz/april
klassen 96
mai/juni
culture club
juli/aug
soziale ökologie
sep/okt
krisen**

**verlag 2000 pf 10 20 62
63020 offenbach**

ruht" (Fromme am 22.08.95 in der FAZ), leistet einer Realpolitik Vorschub, die soziale Minderheiten radikal ausgrenzt, die Gewaltenteilung schrittweise aufhebt (nur ein Beispiel ist die entstehende Grauzone zwischen Polizei, BND und Verfassungsschutz, zumal in der Perspektive des Großen Lauschangriffs auf die bisher verfassungsmäßig garantierte Unverletzlichkeit der Wohnung) und die Achtung der Menschenrechte systematisch vernachlässigt (wofür die Abschiebungspraxis ein drastisches Beispiel gibt).

In dieser Situation plädiert nun auch Hondrich vehement für eine stärkere Berücksichtigung der 'Identität der Mehrheit'. er tut dies auch in seinem Beitrag zu dem Band 'Frankfurter Aufklärung' (F.a.M. 1995, hrsg. v. G. Fuchs u.a., Vorabdruck in der FR v. 26.05.95, S. 20): „Soziologische Thesen zu Liberalität, Mehrheiten und Minderheiten“. Aufgeklärt wird über die Dialektik von Mehrheiten und Minderheiten.

Die Aufklärung sieht exemplarisch so aus, daß eine 'Dialektik der Liberalität' am Recht der Wehrdienstverweigerung durchgespielt wird; nach der Devise 'An sich ja gut und schön, nur dürfen es halt nicht zu viele für sich in Anspruch nehmen'. In Hondrichscher soziologischer Edel Formulierung: „die Nichtinanspruchnahme (genauer: bloß begrenzte Inanspruchnahme) von Freiheitsrechten als Voraussetzung von Liberalität“.

Dieses Muster begegnet uns seit langem als konservatives Plädoyer gegen Demokratisierung zum Schutz der Demokratie (von Lübke bis Sontheimer). Mehrheiten, so Hondrich, könnten eben nun einmal nur dann gegenüber Minderheiten liberal sein, wenn sie sicher sein könnten, daß sie nicht selber eines Tages in die Minderheitenposition kommen. Die Liberalität ist eine aus der Position der Saturiertheit heraus, der Sicherheit, der Herrschaft. In Zeiten rapiden ökonomischen, sozialen und politischen Wandels könnte es sich jedoch so verhalten, daß prinzipiell solche Sicherheit nicht mehr besteht. Dann bricht jene Form von Liberalität, die Hondrich beschreibt und ersichtlich als die einzige real mögliche und theoretisch legitime auszeichnet, in sich zusammen. Politisch zeigt sich dies im Wandel der liberalen Partei, der FDP, im Wechsel von Flach/Scheel/Hamm-Brücher über die Zwischenstation Genscher/Lambsdorff/

Kinkel hin zu Gerhardt/von Stahl & Co., unter Einschluß von 'Ex-Republikanern'.

Liberalität als Gnade des Überlegenen gegenüber dem Unterlegenen

Hondrichs sozusagen relativ leicht zu habende Form der Liberalität könnte sich schon recht bald als eine erweisen, die nicht mehr möglich ist; Liberalität wäre dann nur noch als eine mit erheblichen Anstrengungen verbundene politische und moralische Leistung zu realisieren.

Hondrichs Liberalität mit ermäßigtem Eintritt ist wohl am ehesten zu verstehen auf dem Hintergrund der historischen Gegebenheiten eines Landes, in dem es fast aussichtslos erschien, Mehrheiten für Demokratie und Liberalität mobilisieren zu wollen. Hondrichs Liberalitätskonzept, das als ein allgemein soziologisches auftritt, wäre demnach ein ganz besonderes, nämlich ein typisch deutsches, resignatives.

Als Gegenposition ließe sich formulieren: Eine Mehrheit, die nicht bereit ist, gegebenenfalls auch zur Minderheit zu werden, auf Herrschaftspositionen zu verzichten, ist nicht liberal und nicht demokratisch. Eine Mehrheit, die ihre Toleranzbereitschaft bindet an die Garantie ihres Verbleibens in der Mehrheitsposition, droht immer schon damit, zur hetzenden Meute zu werden. Diese Drohung als Liberalität zu definieren, ist zynisch. Hondrichs These, daß Liberalität nur möglich sei als eine Art Gnade des Überlegenen dem Unterlegenen gegenüber, impliziert überdies, daß Minderheiten gar nicht wahrhaft liberal sein können. Sie müßten stets aggressiv und intolerant ihrerseits um die Vorherrschaft kämpfende Gruppen sein, was nun wiederum präventive Maßnahmen der noch in der Mehrheit befindlichen Gruppen stets von vornherein rechtfertigte. Das aber heißt, es gibt nichts anderes als permanenten (kalten oder heißen) Bürgerkrieg. In der Schale des an stabilen Mehrheiten orientierten Liberalitätskonzepts steckt das Konzept der innerstaatlichen Feinderkämpfung. In der soziologischen Aufklärung Karl Otto Hondrichs steckt die politische Theologie Carl Schmitts.

I. Rückblick: Radikalisierter Konservatismus und neuere rechtsextreme Wahlbewegungen in Europa

Großbritannien am Ende der siebziger Jahre: Die parlamentarische Rechte - vertreten durch die Conservative Party - formiert sich grundlegend neu; ideologisch, personell und strukturell. Die Positionen des gemäßigten Konservatismus werden beseitigt. An ihre Stelle setzt man als ideologisches Leitbild einen radikal individualistisch-konkurrenzkapitalistischen Gesellschaftsentwurf, rigides „Law and Order“-Denken, Gewerkschaftsfeindlichkeit, Nationalismus und die vehemente Ablehnung des sozialdemokratisch geprägten Wohlfahrtsstaat-Konzeptes. Unter der Führung der (die Mentalität des halbgebildeten, radikalisierten Kleinbürgertums verkörpernden) Margaret Thatcher gelingt es der reorganisierten Rechten, das Klima des Landes Schritt für Schritt zu ihren Gunsten umzuarbeiten. Die Verdrängung der Labour Party aus der Regierung wird zum Resultat des Umarbeitungsprozesses auf institutioneller Ebene. Über den parlamentarischen Machtwechsel hinaus verändern sich jedoch die politisch-ideologischen Kräfteverhältnisse so tiefgreifend wie nachhaltig. Die Rechte reussiert in der Umsetzung eines hegemonialen Projekts, nicht ohne dabei tief in den „common sense“ der Kernschichten der britischen Arbeiterschaft einzudringen.

Deutschland, Österreich; Frankreich, Belgien, Italien von den späten achtziger Jahren bis in die neunziger Jahre: Rechtsextreme und rechtsradikale Gruppierungen erleben eine bedrohliche Renaissance. Die Republikaner, die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), der „Front National“, der „Vlaams Blok“ oder das einstige neofaschistische „Movimento Sociale d'Italia“ können ihren Einfluß auf den politischen Diskurs ihrer Staaten beträchtlich ausweiten - teils lang-, teils kurzfristig. Die Etablierung in regionalen, nationalen oder europäischen Vertretungskörperschaften gelingt. Wo die äußerste Rechte bereits auf eine traditionelle institutionelle Verankerung zurückgreifen kann, gewinnt sie an Stärke. Zu den Hauptrezepten der in ihrer Selbstdarstellung häufig modernistischen „Bewegungen“ zählen der fundamentale Anti-System-Protest ebenso wie rassistisch-chauvinistische Propagan-

daelemente in unterschiedlicher Intensität und die agitatorische Beschwörung des „kleinen Mannes“. Die Wählerkoalitionen, die die verschiedenen Gruppen zu schaffen vermögen, sind in hohem Maße heterogen. Auch sie dringen aber nahezu immer tief in die „traditionelle“ Klientel der Arbeiterparteien ein.

II. Autoritärer Populismus - Zehn Thesen

Die hier angesprochenen Phänomene, der radikalisierte Konservatismus à la Thatcher in seiner Mobilisierungsphase¹ und die neueren oder im Stil erneuerten rechtsextremen Bewegungen, haben aus heutiger Sicht einen signifikanten strategischen Schnittpunkt: er liegt in wesentlichen Bereichen ihres Konzepts der politischen Interaktion. Im Kern setzten alle auf ein Agitationsmuster, das ich als autoritären Populismus bezeichne.

Autoritärer Populismus, das meint hier nicht einen exzessiven politischen Opportunismus, wie er in einem grundsatz- und rückgratlosen Aufgreifen kurzfristiger Stimmungslagen vermeintlicher „Mehrheiten“ zum Ausdruck kommt. Autoritärer Populismus beschränkt sich auch nicht darauf, „dem Volk aufs Maul zu schauen“ und „die Sprache des einfachen Mannes von der Straße zu sprechen“, weil dieses für nahezu alle modernen politischen Massenbewegungen als charakteristisch gelten kann.

Autoritärer Populismus steht nur sehr bedingt oder überhaupt nicht in Verbindung mit den zahlreichen historischen Phänomenen, die verschiedene Traditionen der politischen Wissenschaft, der Historiographie und der Soziologie als „populistisch“ in einem weiteren Sinne klassifiziert haben. Als historischen „Populismus“ versteht so etwa die amerikanische Soziologie eine Bewegung unter Modernisierungsdruck geratener US-Farmer des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Auch die sogenannten „Volkstümler“ (narodniki), agrarrevolutionär orientierte Intellektuelle im russischen Zarenreich der Jahrhundertwende, wurden häufig in den Kontext der „Populismus“-Archetypen gebracht. Hinzu kamen zahlreiche Parteien und Bewegungen aus Lateinamerika, Dritt-Welt- und Entwicklungsländern, der Faschismus und der Nationalsozialismus in seiner Bewegungsphase sowie osteuropäische Bauernparteien der Zwischenkriegszeit.² Als „populistisch“ defi-

Autoritärer Populismus

Agitationsmuster der extremen Rechten

von Christian Kraxner*

nieren schließlich konservative Sozialwissenschaftler viele der neuen sozialen Bewegungen, weil sie sich gegen die Rationalität des modernen industriellen Kapitalismus stellten. Angesichts dieser Vielfalt der als „populistisch“ begriffenen Erscheinungen ist der Terminus in seiner herkömmlichen Verwendung mit einer ausgeprägten theoretischen Unschärfe verbunden. Einmal bezeichnet er eine Ideologie, ein andermal eine Technik politischer Interaktion, ein drittes Mal bestimmte historische Bewegungen.

Autoritärer Populismus bezeichnet hingegen keine solche sehr allgemeine Kategorie. Unter autoritärem Populismus wird hier vielmehr ein spezifisches Phänomen politischer Mobilisierung in ökonomisch ausdifferenzierten kapitalistischen Gesellschaften mit kompetitiven Parteiensystemen verstanden.

Zehn Thesen sollen das Wesen dieses Phänomens beschreiben:

Erstens: Autoritärer Populismus bezeichnet eine Strategie im Parteienwettbewerb, die *symbolisch-propagandistisch* über alle traditionellen Formen gesellschaftlicher Spaltungslinien hinweg Anhängerschaft zu mobilisieren trachtet. „Traditionelle Formen gesellschaftlicher Spaltungslinien“ bezeichnet hierbei Klassen, Klassenfraktionen und Interessengruppen.

Zweitens: Im Zentrum der populistischen Inszenierung steht eine Reihe spezifischer Diskurse und Propagandaelemente. Vorwiegend kontrastieren sie ein als homogenes Ganzes und in seinen Interessen sowie in seinem Willen als Einheit dargestelltes „Volk“ mit als „volksfeindlich“ und „entfremdet“ gezeichneten regierenden Parteien/Eliten. Ebenso

Zu den Hauptrezepten der in ihrer Selbstdarstellung häufig modernistischen „Bewegungen“ zählen der fundamentale Anti-System-Protest ebenso wie rassistisch-chauvinistische Propagandaelemente in unterschiedlicher Intensität und die agitatorische Beschwörung des „kleinen Mannes“.

* Christian Kraxner, Politikwissenschaftler und Historiker in Wien, Mitglied des Bundesvorstandes der Sozialistischen Jugend Österreichs.

AKP

Alternative Kommunal Politik

■ Wenn mensch für alle Gebiete der Kommunalpolitik kompetente Einführungen sucht,
 ■ wenn die wichtigsten Konzepte, Programme und Debatten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den zahlreichen Politikfeldern rund ums Rathaus gefragt sind,
 ... tja, dann gibts' nur eins — sich aus der reichhaltigen Angebotspalette der AKP zu bedienen.

Erstens: Unser «Handbuch für alternative Kommunalpolitik» bietet mit 45 Kapitel, die von über 50 Fachleuten aus allen Gebieten der Kommunalpolitik geschrieben wurden, so allerhand Wissenswertes. Das engbedruckte, 415 Seiten dicke Werk verkaufen wir konkurrenzlos preiswert für nur 45 DM (zzgl. 4 DM Porto), weil wir wollen, daß möglichst viele Verantwortliche in den Rathäusern damit arbeiten.

Zweitens: Wer die «Alternative Kommunalpolitik» (AKP) — die seit 17 Jahren erscheinende Fachzeitschrift der Grünen für "Kommunalas/Kommunalos" — noch nicht kennt, sollte Asche auf sein Haupt streuen, Buße tun und ganz, ganz schnell ein kostenloses Probeheft ordern. Die AKP erscheint 6 mal im Jahr mit jeweils 68 Seiten und kostet im Abo 66 DM.

Drittens: Wer noch gezielter informiert werden möchte, z.B. über weitere Fachbücher aus unserem Hause, Sonderhefte oder Themenpakete, sollte einfach den aktuellen Gesamtkatalog anfordern und einen Blick hineinwerfen.

Bestelladresse:
 AKP-Redaktion und Vertrieb
 Luiseustraße 40
 33602 Bielefeld
 Tel.: 0521/177517, Fax: 0521/177568

Fachzeitschrift für
 alternative Kommunalpolitik

beschwören sie die Figur des „kleinen Mannes“, der von „denen da oben“ vermeintlich „verraten“ und „verkauft“ wird.

Drittens: Den autoritären Gehalt der Agitation verkörpert die systematische Inanspruchnahme der „Volksmehrheit“. Populistische Akteure weisen sich die Eigenschaft zu, alleinig das „tatsächliche Interesse des Volkes“ zu vertreten.

Viertens: Die Diskreditierung der jeweils regierenden politischen Eliten geht mit der Verschleierung eigener Machtansprüche einher. Der populistische Anspruch auf die politische Vorherrschaft wird als Notwehrreaktion gegen die „entfremdeten, selbstgefälligen“ politischen Eliten tituliert.

Fünftens: Weil Populismus auf die weitestmögliche politische Mobilisierung zielt und traditionelle Lagerbindungen zu überwinden versucht, wird in seiner Propaganda an hochintegrative menschliche Basisemotionen appelliert: Angst, Verunsicherung, Haß, Neid, Ressentiments, Ausgrenzungsgefühle und Ahnungen vorenthaltenen Glücks. Dazu dienen unter anderem alle jene Diskurse, die Szenarien des moralischen Verfalls, der umfassenden Krise oder der ständigen Bedrohung durch bestimmte „Volksfeinde“ konstruieren.

Sechstens: Nationalismus, Rassismus und Chauvinismus ähneln strukturell der dichotomisch-polarisierenden Konzeption des autoritären Populismus. Sie fließen in dessen Diskurse und dessen Propaganda als Mittel der symbolischen Integration der Massen mit ein. Situationsspezifisch kommen anti-etatistische, antiwohlfahrtsstaatliche und besitzindividualistische Diskurse als Trägerelemente hinzu.³

Siebtens: Die der populistischen Inszenierung immanente Grundtendenz ist eine Logik der Extreme. Zuspitzung, Stigmatisierung, der Aufbau von Feindbildern und vehemente Konfliktorientierung prägen die Diskurse.

Achtens: Autoritärer Populismus tendiert dazu, politische Probleme und Interessenkonflikte zu Fragen moralischer Absoluta zu stilisieren. Für oder gegen eine bestimmte Lösung eines gesellschaftlichen Problems einzutreten, wird zur Frage von „gut“ oder „böse“ gemacht, anstatt als vorwiegend rationale Entscheidung begriffen zu werden.

Neuntens: Autoritärer Populismus ist in demokratischen Systemen mit Parteienwettbewerb eine Oppositi-

onsstrategie, weil die autoritär-populistische Propaganda und Agitation den Gegensatz zu den regierenden Eliten und Einflußgruppen voraussetzt. Hinzu kommt, daß die (eine selbstzuerkannte Legitimität verkörpernde) autoritäre Inanspruchnahme der Volksmehrheit ihre Suggestivfunktion in dem Moment erfüllt hat, in dem die faktische Legitimität durch freie Wahlen bestätigt worden ist.

Zehntens: Autoritärer Populismus ist eine Strategie der Hegemoniegewinnung. Es geht nicht um geringfügige politische Geländegewinne. Zwischen Mitteln und Zielen existiert ein wechselseitiger Zusammenhang: Die Zielsetzung des vollständigen Machtwechsels bedingt die Radikalität der Stilmittel, die Radikalität und die Schärfe der Anti-System-Attacken läßt den Spielraum für Kompromisse mit den regierenden politischen Eliten auf längere Sicht gegen null tendieren.

III. Gesellschaftstheoretische Prämissen

Die hier in zehn Thesen dargebotene Definition des autoritären Populismus geht von spezifischen Annahmen über das Wesen des politischen Prozesses und die Konstitution moderner Gesellschaften aus. Drei dieser Prämissen will ich an dieser Stelle offenlegen, weil es mir zum umfassenden Verständnis des Phänomens des autoritären Populismus sinnvoll erscheint.

Die *erste Prämisse* bezieht sich auf die Funktionslogik der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die noch immer Klassen schafft und einen grundsätzlichen ökonomischen Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital bedingt: „Durch die Institution des Kapitals wird der kapitalbedingte Konflikt um die Verteilung des Sozialproduktes begründet. Dieser Konflikt ist seinem Charakter nach ein Nullsummenspiel mit Randbedingungen. Was die eine Seite gewinnt, verliert die andere und umgekehrt.“⁴ Der dichotomische Klassenwiderspruch verkörpert eine der wesentlichen Spaltungslinien in den modernen Industriegesellschaften, wenngleich seine identitätsstiftende Bedeutung in den politischen Diskursen unter anderem durch die partielle Mutation der einstigen Klassenparteien zu „catch-all“-Bewegungen nachhaltig reduziert wurde.

Die *zweite Prämisse* ergibt sich aus der Tatsache, daß über den grundlegenden ökonomischen Interessengegensatz zwischen Arbeit

und Kapital hinaus zahlreiche andere Gesellschaftsspaltungen unterschiedlicher Schärfe existieren. Die jüngste, die auch zur Ausbildung neuer politischer Repräsentationen führte, ist jene zwischen traditioneller Wachstumsorientierung und postmaterialistisch-ökologischem Bewußtsein. Im politischen Prozeß treffen die aus den Spaltungen und den Rationalitäten der gesellschaftlichen Subsysteme resultierenden Interessen- und Bedürfnislagen aufeinander. Das Wechselspiel der verschiedenen Interessengruppen mündet in die Willensbildung, die zumindest auf parlamentarischer Ebene eine Willensbildung nach dem Mehrheitsprinzip ist. Einen *a priori* feststehenden einheitlichen und unwiderruflichen Volkswillen gibt es in keinem Falle, sondern dieser das Ergebnis einer materiellen wie symbolischen Auseinandersetzung der Einflußgruppen und politischen Repräsentationen.

Die *dritte Prämisse* schließlich verweist auf die folgende Beobachtung: Die wesentlichen Elemente jenes Prozesses, der in der „Arena“ des Politischen dem Publikum, dem „Elektorat“, vorgeführt wird, sind konstruierte Wirklichkeiten. *„Probleme, politische Führer und Gegner sind gesellschaftliche Konstruktionen, keine Tatsachen. Sie werden fortwährend auf verschiedenste Weise hervorgebracht und interpretiert.“*⁵ Politisches Handeln läßt also nicht nur genau eine Interpretation zu, sondern kann vielfältig wahrgenommen werden. Ein gegebenes Machtgefüge entspricht, weil politisch-soziale Wirklichkeit weitgehend konstruierte Wirklichkeit ist, einer bestimmten ideellen Konstruktion von Deutungs- und Definitionsmustern des gesellschaftlichen Status Quo. Die Veränderung bestehender Machtverhältnisse führt über die Dekonstruktion dominanter Definitions- und Deutungsmuster.

IV. Autoritär-populistischer Diskurs, Klasse und moderne Gesellschaft

Die für die politisch bewußten BeobachterInnen selbstverständlich erscheinenden Prämissen schärfen den Blick für die antippluralistischen und antimodernistischen Dimensionen der autoritär-populistischen Agitation. Ebenso erlauben sie die Illustration eines zentralen Gegensatzes zwischen der traditionellen Linken und jedem autoritärem Populismus.

Autoritär-populistische Akteure setzen in den Mittelpunkt ihrer Diskur-

se einen klassenunspezifischen Appell an „das Volk“ als vermeintliche Einheit der Interessen. „Das Volk“ ist - explizit oder implizit - als homogener Block mit einheitlichem Willen gezeichnet. Nicht beim „Volk“ sind nur die „entfremdeten, unehrlichen, selbstgefälligen“ Gegner der Populisten. Mit solchen Einheitsbildern leugnet der autoritär-populistische Diskurs jenen noch immer bestehenden grundlegenden ökonomischen Interessengegensatz, der die Klassen hervorbringt. Populismus in der hier verstandenen Form richtet sich gegen die Mobilisierung eines spezifischen Klassenbewußtseins und Klasseninteresses - jedenfalls in seiner Propaganda.⁶ Mit den Bildern vom homogenen „Volksganzen“ und vom homogenen „Volkswillen“ leugnet er aber auch die Komplexität der modernen Gesellschaft, deren zunehmende Ausdifferenzierung in Subsysteme die Interessen- und Bedürfnislagen vervielfältigt.

Folgt man der autoritär-populistischen Homogenitätspropaganda, so erschiene politischer Pluralismus für die heutige Gesellschaft überflüssig: die Existenz von Parteien, die verschiedene ökonomische und soziale Interessen vertreten, wäre dann nicht notwendig. Der einheitliche „Volkswille“ des homogenen „Volksganzen“ könnte ja von einer Bewegung oder einem „Führer“ wahrgenommen und vollstreckt werden.

Begreift man die beschriebenen Volksdiskurse als den Kern populistischer Strategien, so zeigt sich die Unsinnigkeit des Rufes nach „Linkspopulismus“. Die Arbeiterbewegung ist aus dem Klassenwiderspruch heraus entstanden und bezieht ihre gewachsene Identität überwiegend aus dem Kampf um politische, soziale und ökonomische Emanzipation. Überwiegend klassenunspezifische Appelle in den Mittelpunkt der politischen Interaktion zu stellen, hieße die Grundlagen eigenen Bewußtseins zu unterminieren. „Linke“ Politiker, die in Bezug auf die vorherrschende sozio-ökonomische Funktionslogik der Gesellschaft mit Homogenitätsbildern arbeiten, haben sich vom Angelpunkt ihrer politischen Identität bereits entfernt, weil sie das analytische Grundkonzept der Arbeiterbewegung leugnen.⁷

V. Autoritärer Populismus und kulturelle Hegemonie

Die dritte von uns formulierte Prämisse beschrieb politische Wirklich-

keit als eine weitgehend konstruierte Wirklichkeit. Ein bestehendes Machtgefüge aus Parteien und Einflußgruppen basiert in der Regel auf der ideellen Dominanz - also in der Konstruktion politischer Wirklichkeit. Autoritärer Populismus als Strategie der Hegemoniegewinnung versucht eine fundamentale Dekonstruktion eines bestehenden ideellen Gefüges aus Deutungs- und Definitionsmustern - somit die Neuformung politischer Subjektivität der Individuen. Hauptmittel der Intervention in den Alltagsverstand der Massen ist die Verbreitung eines Bewußtseins, das die Regierenden als „volksfeindlich“, „entfremdet“ und gegen das „Volksinteresse“ handelnd sieht. Das tatsächliche Handeln der Konkurrenten der autoritär-populistischen Kräfte ist dabei nachrangig.

Die Dekonstruktion dominanter Deutungsmuster kommt dem gleich, was Antonio Gramsci als Erringung der kulturellen Hegemonie - die Voraussetzung politischer Hegemonie - bezeichnete. Die extreme Rechte und der radikalisierte Konservatismus haben gerade dort, wo sie tief in die Arbeiterklasse eindringen, die Erkenntnis von der Formbarkeit der politischen Subjektivität des Individuums berücksichtigt. Die Rechte intervenierte aktiv in den „common sense“ der Arbeiterschaft. Dort, wo es gegen regierende sozialdemokratische Parteien und deren wohlfahrtsstaatliche Konzeptionen ging, wurde der sozialdemokratisch geführte Staat zur Bedrohung der Freiheit des „kleinen Bürgers“ und des „Mannes von der Straße“ stilisiert. Die Sicherungsmechanismen, die den einzelnen vor den Folgen der in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung systemimmanenten Krisen schützen, wurden zum Hemmschuh für die vermeintlich so wünschenswerte besitzindividualistische Entfaltung umgedeutet. Hinter der Beschwörung des „Fleißigen“ und des „Tüchtigen“ steckte die Propagierung radikal konkurrenzorientierter Gesellschaftskonzeptionen.⁸ Die Sozialdemokratie diskreditierte man als allmächtigen kollektivistischen „Block“, der sich gegen die besitzindividualistische Entfaltung des Individuums richtete.

Besonders wo die Sozialdemokratie eine enge Verflechtung mit dem Staat und seinen Institutionen aufweist, konnte die autoritär-populistische Agitation nachhaltig wirken. Stuart Hall: *„Das Monopol auf den Staat und seine politischen Maßnah-*

Autoritärer Populismus als Strategie der Hegemoniegewinnung versucht eine fundamentale Dekonstruktion eines bestehenden ideellen Gefüges aus Deutungs- und Definitionsmustern - somit die Neuformung politischer Subjektivität der Individuen.

men durch die Sozialdemokratie, vor allem in Zusammenarbeit mit den staatsorientierten Fraktionen des Großkapitals, hat der radikalen Rech-

ten ein wirkungsvolles, alternatives Operationsgebiet eröffnet (...) sie hat einen alternativen 'Block' konstruiert, der um die mächtigen Themen 'Anti-Etatismus', 'Anti-Kollektivismus', 'gegen schleichenden Sozialismus' und 'gegen den Machtblock' (d. h. die Sozialdemokratie an der Macht) konstruiert ist. Dies hat sich als wirksame, dauerhafte und in der Tat gewaltige Kraft und Philosophie erwiesen, (...) mit (...) großer populärer Anziehungskraft.⁹

Die Integration in den bürgerlichen Staat, seine Vertretungskörperschaften und seine Institutionen hat der Arbeiterbewegung nicht nur die Achillesferse geschaffen, von einer konkurrenzverherrlichenden, radikal besitzindividualistischen Rechten als vermeintlich bedrohlicher, „bürokratischer Machtblock“ diskreditiert werden zu können. Bedeutender ist, daß mit der Durchsetzung der „reformistischen“, integrationszentrierten Perspektive in den meisten der europäischen Arbeiterparteien und der Übernahme der Regierungsmacht die Verwaltung des kapitalistischen Systems und seiner Logik einherging. Diese Verwaltung ist damit auch immer eine Verwaltung von ökonomischen Krisen und sozio-ökonomischer Ausgrenzung maßgeblicher Bevölkerungsteile. Die radikale Rechte thematisiert - obwohl sie selbst materiell am stärksten das Ungleichheit und Ausschluß *immanent produzierende* Gesellschaftsmodell vertritt - die politische und soziale Ausgrenzung breiter Massen und attackiert damit die Linke an der Regierungsmacht.

Solange die herrschende Systemlogik bestehen bleibt, wird jede etatistisch orientierte Linke, die auch Regierungsmacht übernimmt, die zuletzt beschriebene Flanke geöffnet haben. Sie kann durch „effizientes Krisenmanagement“, Ansätze zu einer gerechteren Umverteilung und Demokratisierungsbestrebungen zwar reduziert, aber nie völlig beseitigt werden - solange die herrschende ökonomische Logik ist, wie sie ist.

Dennoch steht die autoritäre Rechte nicht a priori als Krisengewinnler und Profiteur der Ausgrenzungsverhältnisse fest. Der „common sense“ und die politische Subjektivität sind formbar, zielgerichtete Interventionen in den Alltagsverstand bestimmen ideologische Kräfteverhältnisse in einer Gesellschaft. Die Umarbeitung bestehender Konstellationen ist auch in eine andere Richtung möglich als hin zu Ungleichheit,

Autoritarismus und besitzindividualistischer Konkurrenzverherrlichung. Der Weg zu einer gerechteren und freieren Gesellschaft führt für die Linke aber nur über den aktiven Kampf um die kulturelle Hegemonie!

- 1 „Mobilisierungsphase“ bezeichnet die Zeit bis vor den nationalen Wahlen 1979, in der sich die Konservativen in Opposition befanden. Nach der Erringung der parlamentarischen Mehrheit veränderte sich ihre Diskursstrategie in Teilbereichen, ebenso wie viele der „rigiden ideologischen Prinzipien dem nüchternen Ziel des Machterhalts untergeordnet wurden.“ Siehe André Kaiser: „Freie Wirtschaft“ und „starker Staat“. Das politische Projekt des Thatcherismus. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 1991/1, S. 91-100.
- 2 Siehe Helmut Dubiel: Populismus und Aufklärung. Frankfurt am Main 1986. Auch Margaret Canovan, Populism. New Brunswick 1981.
- 3 Besitzindividualismus bezeichnet in diesem Zusammenhang das Prinzip der uneingeschränkten Vermehrung individuellen Besitzes. Anti-wohlfahrtsstaatliche Diskurse zeichnen den modernen Wohlfahrtsstaat als ein allmächtiges „System“ oder einen quasi „Orwell'schen“ Block, der den sogenannten „kleinen Mann“ in seiner Freiheit und gerade seinem besitzindividualistischen Streben einschränke.
- 4 Egon Matzner: Funktionen der Sozialpartnerschaft. In: Heinz Fischer, Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien 1982, S. 429-460, Zitat S. 430. Unter „Randbedingung“ wird hier ausreichende Kapitalrentabilität verstanden.
- 5 Murray Edelman: Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns. Frankfurt am Main/New York 1990, S. X der neuverfaßten Einleitung.
- 6 Das schließt keinesfalls aus, daß autoritärer Populismus zum Instrument der besitzenden Klasse wird, um - wie in Großbritannien - Teile der Arbeiterschaft symbolisch zu integrieren und gegen ihre objektiven Interessen zu mobilisieren.
- 7 Das heißt nicht, daß die Linke auf eine klassenübergreifende Mobilisierung zur Errichtung einer anderen sozio-ökonomischen Struktur und eines alternativen Gesellschaftsmodelles zu verzichten hat. Es heißt auch nicht, daß Bilder einer homogenen Gesellschaft mit einheitlichen Interessenlagen als Zukunftsprojekt in keinem Falle entworfen werden sollen. Solange aber die Gesellschaftsordnung eine kapitalistische ist, muß das Bewußtsein über ihre Widersprüche und Spaltungen erhalten werden. Wo noch kein Allgemeininteresse existiert, weil der grundlegende Antagonismus nicht überwunden ist, muß eben dieser Antagonismus den Massen der Lohnabhängigen immer wieder vor Augen geführt sein.
- 8 Siehe Stuart Hall: Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus. In: Dubiel: Populismus und Aufklärung, a.a.O.
- 9 Ebd., S. 91.



1996 - 374 S. - DM 68,00
 ÖS 503 - SFR 68,00
 ISBN 3-929586-74-6

Jürgen Hoffmann
Politisches Handeln und gesellschaftliche Struktur
 – Grundzüge deutscher Gesellschaftsgeschichte
 Vom Feudalsystem bis zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990
 1996 - 593 S. - DM 68,00
 ÖS 503 - SFR 68,00
 ISBN 3-929586-72-X



1996 - 309 S. - DM 39,80
 ÖS 295 - SFR 39,80
 ISBN 3-929586-53-3

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT
 Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster
 Tel. 02 51 / 6 08 60 80

Wer sich zur Geschichtspolitik um Buchenwald äußert, muß - und in dem Punkt ist Peter Reif-Spirek zuzustimmen - differenzierte historische Kenntnisse haben, um nicht falschen Positionen oder „einfachen“ Antworten aufzusitzen. Wie kompliziert das ist, hat Reif-Spirek anschaulich unter Beweis gestellt.

Die Funktion des KZ Buchenwald

Erstens: R.-S. hält Peter/Sprafke entgegen, daß sie bei ihrer Kritik an der Vernachlässigung der innenpolitischen Unterdrückungsfunktion der Konzentrationslager deren Funktionswandel nicht berücksichtigt hätten. Doch gerade das Lager Buchenwald ist 1937 „im Herzen Deutschlands“ begründet worden, um politisch oppositionelle und unsichere Kräfte im Vorgriff auf die Kriegsvorbereitung internieren zu können. Daß zusätzlich alle „Volksschädlinge“ ausgegrenzt werden sollten, ist in der Logik der faschistischen Volksgemeinschaftsideologie nachvollziehbar. Bezeichnend ist, daß R.-S. eine wichtige Funktion des KZ-Systems nach 1941 „vergißt“, die Zurverfügungstellung von Arbeitskräften für die deutsche Rüstungsindustrie. Gerade Buchenwald spielte im Rahmen der Politik der „Vernichtung durch Arbeit“ mit seinen über 100 Außenkommandos in SS- und Konzernbetrieben eine wichtige Rolle. Eine solche Akzentuierung bedeutet selbstverständlich keine Marginalisierung der rassistischen Vernichtungspolitik, sondern eine notwendige historische Differenzierung. Dies verweist auf die enge Verbindung von KZ und Kapital, ein Thema, das vor dem Hintergrund der rassistisch bestimmten Neuorientierung gerne „vergessen“ wird.

Zweitens: Wenn Peter/Sprafke als ideologischen Kern der Kampagne um die „roten Kapos“ allgemein darauf verweisen, daß hier „Opfer zu Mitschuldigen erklärt werden“, hat R.-S. dies in seiner Replik praktisch unter Beweis gestellt. Mit absurden Zahlen, die suggerieren, daß „nur“ 72 Kommunisten in Buchenwald umgekommen seien, und theoretischen Aussagen zur Funktion von Häftlingen in der Organisation des KZs (basierend auf einer allgemeinen soziologischen Studie von W. Sofsky), versucht er das Handeln der kommunistischen Häftlinge als allein gruppenegoistisch motiviert darzustellen. Er geht sogar so weit, die „roten Kapos“ zu Beteiligten an der Ermordung von

Mitgefangenen zu machen. Doch die historische Wahrheit um Buchenwald ist komplizierter.

Die Rolle der Kapos

Das System der Funktionshäftlinge basierte auf einer entscheidenden Voraussetzung: der absoluten Macht der SS im Lager. Die SS war Herr über Leben und Tod, sie gab die Befehle, die umgesetzt werden mußten. Weigerte sich ein Häftling, hatte er im nächsten Schritt Repressalien gegen sich selbst zu erwarten. Bekannt ist die Weigerung der 1. und 2. Lagerältesten von Dora, Georg Thomas und Ludwig Czimczak, eine Exekution vorzunehmen. Sie wurden selbst in den Bunker verbracht und ermordet. Funktionshäftlinge, die mutig genug waren, sich einem SS-Befehl zu widersetzen, eine Prügelstrafe auszuführen, fanden sich gleichfalls auf dem Bock wieder. Die SS konnte jederzeit Funktionshäftlinge austauschen, was auch 1942 in Buchenwald versucht wurde, als viele „rote Kapos“ abgesetzt wurden und in besonders gefährliche Kommandos kamen. Dabei war es für die „einfachen Häftlinge“ absolut nicht gleichgültig, ob ein Kapo für seinen eigenen Vorteil mit der SS kungelte, wie von vielen „Grünen“ (BV-Häftlinge) aus Mauthausen, Sachsenhausen und in der ersten Zeit in Buchenwald berichtet wird, oder ob ein „roter Kapo“ versuchte, den Mithäftlingen in den Arbeitskommandos oder auf den Blöcken gegen die SS das Leben zu erleichtern.

Wie ist die Behauptung des „Gruppenegoismus“ der deutschen Kommunisten mit der Rettung von über 900 Kindern verschiedener Nationalitäten durch „rote Kapos“ zu vereinbaren? Hat beispielsweise Emil Carlebach als Blockältester im Judenblock 22 nur die Interessen seiner Parteifreunde wahrgenommen? Haben deutsche „rote Kapos“ ausländische Häftlinge aus Gruppenegoismus geopfert? Die Aussagen der ausländischen Häftlingsgruppen von 1945 sprechen in dem Zusammenhang eine ganz andere Sprache.

Die Selbstbefreiung Buchenwalds

Drittens: Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die Selbstbefreiung Buchenwalds relativiert wird, dann hat ihn R.-S. geliefert. Nicht so unverfroren wie Thüringens Ministerpräsident Vogel, der auf der Kundgebung am 9. April 1995 mit keinem Wort auf das Handeln der

Buchenwald - ein Objekt der Geschichtspolitik

Bemerkungen zu Peter Reif-Spireks Replik in spw 87

von Dr. Ulrich Schneider*

Häftlinge einging, denunziert R.-S. den faktischen historischen Ablauf als „zentrale Legendenbildung der DDR-Geschichtspolitik“.

Selbst wenn man die Ausnutzung dieses Faktums für den antifaschistischen Selbsterweis der DDR kritisiert, bleibt die „Selbstbefreiung“ eine historische Tatsache. Wie anders ist es denn sonst zu bezeichnen, wenn die politischen Häftlinge sich seit 1944 systematisch Waffen beschafften, eine internationale Militärorganisation aufbauten (was wohl ein weiterer Beweis gegen die Durchsetzung deutscher Gruppeninteressen ist), die geplanten Evakuierungstransporte mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln behinderten, zur Vernichtung vorgesehene politische Häftlinge im ganzen Lager versteckten, und zum Schluß sogar die verbliebenen Wachmannschaften überwältigen konnten und 125 SS- und Wehrmachtangehörige verhafteten? Historisch unstrittige Tatsache ist, daß die Häftlinge den amerikanischen Truppen ein befreites Lager übergeben konnten. Daß diese Entwicklung der letzten Tage unmittelbar mit dem militärischen Vormarsch der alliierten Kräfte verknüpft war, der den größten Teil der in Buchenwald stationierten SS-Truppen zum Abzug zwang, ist ebenfalls unstrittig.

Darf man - in der Logik von R.-S. - nur von „Selbstbefreiung“ sprechen, wenn die Häftlinge früher einen Aufstand gewagt hätten? Es dürfte jedem einsichtig sein, daß ein vorzeitiges Losschlagen aufgrund der militä-

Das System der Funktionshäftlinge basierte auf einer entscheidenden Voraussetzung: der absoluten Macht der SS im Lager.

* Dr. Ulrich Schneider, Historiker, Kassel

rischen Gesamtlage verhängnisvoll gewesen wäre. Wahrscheinlich hätten dann keine 21.000 Häftlinge das Lager überlebt. Perfide wird es, wenn R.-S. - Niethammer zitierend - den deutschen Kommunisten unterstellt, sie hätten die Evakuierungen nur „entsprechend der Rassenhierarchie der SS“ rationiert. R.-S. müßte erklären, worin sich diese Position von der BILD-Überschrift: „Kommunisten und SS: So halfen Kommunisten den Nazis beim Morden“ unterscheidet.

Überformungen zu DDR-Zeiten

Viertens: Es ist unstrittig, daß historische Überformungen, die zu DDR-Zeiten vorhanden waren, überprüft und korrigiert werden müssen. Doch die gegenwärtige Überformung Buchenwalds durch das Thema „Internierungslager“ ist für eine Neuorientierung kontraproduktiv. Daß in der publizistischen Kampagne um die Gedenkstätte, z.B. von Konrad Adam in der FAZ, Analogien beider Lager behauptet werden, ist politisch verständlich, vom wissenschaftlichen

Aspekt jedoch grundsätzlich abzulehnen. Auch der Versuch, den R.-S. anstellt, am Thema Buchenwald den Stalinismus aufarbeiten zu wollen, ist eine Überformung und öffnet der Totalitarismusthese Tor und Tür.

Auf Druck der internationalen Lagerverbände hat sich die Historikerkommission 1993 dafür ausgesprochen, die Behandlung des KZ und des Internierungslagers zu trennen, wobei anerkannt wurde, daß die alliierten Internierungslager die Folge der faschistischen Politik gewesen seien. Hinterrücks finden sich jedoch wieder Versuche der Gleichsetzung. Der jetzige Direktor, Volkhard Knigge, plante bis vor kurzem die Errichtung eine Brücke zwischen KZ-Gelände und Gräberfeld des Internierungslagers, um so eine symbolische Verbindung herzustellen. Für ihn sei das Internierungslager ein „stalinistisches Lager“, das in „menschrechtlicher und rechtsstaatlicher Perspektive weder akzeptierbar noch legitimierbar“ sei. Heute wissen wir, daß mindestens 80% der Internierten faschistische Funktionsträger, vom Blockwart bis Ortsbauernführer, vom NS-Bürgermeister bis zum Mitglied der thüringischen Gauleitung, waren. Daß auch Jugendliche, im juristischen Sinne Nichtschuldige und sogar ehemalige KZ-Häftlinge z.T. durch Verkettung widriger Umstände erneut in diesem Lager landeten, wie Robert Zeiler, ist unbestritten. Dies ändert jedoch nichts an der historisch notwendigen Einordnung des „Speziallagers“ als Teil der alliierten Entnazifizierungspolitik. Sollte man 50 Jahre nach der Befreiung tatsächlich über die Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit der Entnazifizierungsmaßnahmen diskutieren müssen?

Aspekte einer linken „Erbe-Diskussion“

Für eine linke rationale „Erbe-Diskussion“ wird es m.E. darauf ankommen, historische Abwicklungsbestrebungen und neue Verfälschungen der staatlich forcierten Geschichtspolitik qualifiziert zu kritisieren und dafür zu sorgen, daß die DDR-/Stasi-Debatte, in deren Schatten grundlegende Veränderungen des Geschichtsbildes der Nazizeit versucht werden, die geschichtspolitische Debatte der nächsten Jahre nicht allein bestimmt. Der deutsche Faschismus und die Aufarbeitung seiner gesellschaftlichen Wurzeln und Strukturen muß Thema bleiben. Dabei sollte man

die - sinngemäß formulierte - Erkenntnis „Wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll vom Faschismus schweigen“ nicht vergessen.

Ein weiteres Thema linker Erbediskussion müßten die Überlegungen für einen gesellschaftlichen Neuanfang 1945 bilden. In welchem Maße und in welchem Rahmen können sie Orientierungspunkte für heute sein? Wer denkt heute noch daran, daß in Sachsen im Sommer 1946 und in Hessen am 1. Dezember 1946 die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sich für Sozialisierungen der Schlüsselindustrie, der Konzerne und Energieressourcen, sowie der Banken ausgesprochen hatten? Wer denkt heute, angesichts von Rüstungsexporten und den Plänen für eine neue Rolle der Bundeswehr in der Welt, noch an den Artikel 69 der hessischen Verfassung „Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“?

Dabei haben manche dieser Festlegungen ihre Wurzeln auch im KZ Buchenwald. Am 19. April 1945 formulierten die 21.000 überlebenden Häftlinge in einem „Schwur von Buchenwald“: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Und in Hessen waren es auch Buchenwalder, die als Abgeordnete und Minister der ersten Stunde für einen antifaschistisch-demokratischen Neuanfang gewirkt haben.

1 BV-Häftlinge waren im Amtsdeutsch „befristete Vorbeuge-Häftlinge“. Da es zumeist Personen waren, die als Kriminelle inhaftiert wurden, gab es im Lagerjargon dafür auch die Bezeichnung „Berufsverbrecher“.

Auch der Versuch, den R.-S. anstellt, am Thema Buchenwald den Stalinismus aufarbeiten zu wollen, ist eine Überformung und öffnet der Totalitarismusthese Tor und Tür.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Die politische Monatszeitschrift

Kopf bewahren

Bündnis für - wie bitte? ▲ Blockierte Drogenpolitik ▲ Ein anderes Frankreich ▲ Die Kehrseite der CDU-Erfolgsgeschichte ▲ Ausstieg aus der Kernenergie ▲ Zukunftsfähiges Deutschland? ▲ Hochschulen zwischen Standort und Standesdünkel ▲ Danke Amerika! Dayton und die Deutschen ▲ Einwanderung ▲ Deutscher Sonderweg ▲ Reichtum in Deutschland ▲ Die Euro-Währung ▲ Die Afro-American Community ▲ Über Japan, Amerika und die Halbwertszeit des nuklearen Triumphs ▲ Gleichstellung ohne Quote ▲ Political Correctness ▲ Die vergessenen Völker ▲ Grüne Grundwerte im Härtesten ▲ Unvereinte Nationen ▲ Pfadfinder der Neuen Rechten ▲ Frauen und die Zukunft der Arbeit ▲ Rußland: Die richtungslose Transformation ▲ Ökosteuer ▲ Palästina: Staat oder Enklavensammlung? ▲ Labor Italien ▲ Tschechischer Nationalismus? ▲ Postreform: ab 12 Pfennig ▲ ▲ ▲

Die Blätter kennenlernen

Ich bestelle:

das aktuelle Heft für 10 DM

2 aktuelle Hefte für zusammen 15 DM

ein kostenloses älteres Heft

Name: _____

Vorname: _____

Str: _____

Ort: _____

Land: _____

Blätter Verlag, Postfach 2831, 53018 Bonn
Tel: 0228/650133, Fax: 0228/650251

Erstens:
In meinem Beitrag (in spw 87) hatte ich geschrieben, daß das KZ-System in der letzten Phase „primär Instrument der rassistischen Neuordnung und der Vernichtung des europäischen Judentums“ gewesen sei. Eine solche Formulierung schließt andere Funktionsbestimmungen - wie z.B. die Zwangsarbeit - nicht aus, gewichtet diese jedoch. Wer vom deutschen Faschismus reden will, darf vom Kapitalismus nicht schweigen. Aber wer über den Holocaust - als dem Kern des Nazismus - reden und ihn nicht in seiner Bedeutung strukturell relativieren will, kommt mit formationstheoretischen Erwägungen nicht weiter. Der Holocaust läßt sich aus keiner Kapitallogik „ableiten“, sondern verweist auf die Autonomie politischer Entscheidungen im Nazismus.

Zweitens:

Niemand bestreitet den auch selbstlosen Einsatz deutscher Kommunisten für ihre Mithäftlinge. Zu erinnern wäre hier beispielsweise an Wilhelm Hammann, der in Yad Vashem für die Rettung jüdischer Kinder im KZ Buchenwald geehrt wird. Aber diese Beispiele von Solidarität ändern nichts an der objektiv entsolidarisierenden Struktur der KZ-Gesellschaft, deren schonungslose Analyse das Verdienst von Sofkys „Ordnung des Terrors“ ist. Die Entscheidung, einen Genossen vor einem gefährlichen Arbeitskommando zu bewahren, war zugleich eine Entscheidung gegen einen anderen Mithäftling, der für diese Aufgabe dann eingeteilt wurde. „Wenn die SS-Ärzte „Menschenmaterial“ für ihre meist tödlichen Versuchsreihen und Vivisektionen anforderten, so hatten die Kapos meist die Macht, Genossen oder andere ihnen wichtige Personen von den Listen zu streichen, aber die Quantität der zugeführten „Lieferung“ mußte stimmen. Statt der Genossen mußten andere Häftlinge auf die Listen geschrieben werden“¹. Es war eine Entscheidung für den Opfertausch. Die Solidarität konnte in dieser Konstellation nur partikular sein.

Die - wie Schneider schreibt - „absurde Zahl“ von „nur“ 72 in Buchenwald umgekommener Kommunisten stammt nicht von mir, sondern ist das Ergebnis parteiinterner Statistik der SED. Bei Schneider bleiben die moralischen Verwerfungen und Handlungsdilemmata, die mit der Übernahme von Funktionen im Kapo-

System verbunden und Gegenstand mehrerer Untersuchungen (sowohl der SED als auch der amerikanischen und sowjetischen Besatzungsmacht) waren, außen vor. Ebenso schweigt er sich über die Fortsetzung des KP-Stalinismus unter KZ-Bedingungen, die „rote Feme“ gegen „abweichende“ Genossen aus. Gerade hier wäre eine Klarstellung notwendig.

Berichte von Überlebenden des KZ-Systems zeugen von selbstloser Solidarität der „Politischen“ mit ihren Mithäftlingen, aber auch von antisemitischen und sozialrassistischen Vorurteilen, vom brutalen Ausnutzen ihrer abgeleiteten Machtstellung.² Beide Facetten haben wir in unserer Erinnerungsarbeit zu berücksichtigen, anstatt an heroischen Wunschbildern festzuhalten.

Drittens:

„Am 11. April 1946 jährt sich der Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald durch Truppen der Alliierten Armeen“, heißt es in der kommunistischen „Thüringer Volkszeitung“ vom 6.4.1946³. Schneider bleibt die Antwort darauf schuldig, wieso in solchen zeitgenössischen Dokumenten von „Selbstbefreiung“ keine Rede war. Er verweist statt dessen auf Aktionen bewaffneter Buchenwald-Häftlinge, in deren Verlauf 125 SS-Leute (also etwa 2,5% der ursprünglichen Wachmannschaft) gefangengesetzt wurden. Diese von niemand bestrittenen Aktionen hatten jedoch für den militärischen Verlauf keine oder allenfalls symbolische Bedeutung. Sie rechtfertigen auf keinen Fall eine Übersteigerung zum Begriff der „Selbstbefreiung“.

Die „Selbstbefreiung“-These ist das Ergebnis einer politisch-semantischen Operation, die mehrere Funktionen zugleich erfüllte. Zum einen konnten die Interessensdivergenzen mit ausländischen Häftlingsgruppen in den Hintergrund gedrängt werden. Die Buchenwalder Kommunisten, die bald von der Moskauer Emigrationsgruppe um Walter Ulbricht aus der ersten Reihe verdrängt wurden, sahen darin eine Möglichkeit zur Selbstaufwertung. Zum anderen konnte im „kalten Krieg“ der 50er Jahre der entscheidende Anteil US-amerikanischer Truppen an der Befreiung Buchenwalds geleugnet werden.

Ein früheres Losschlagen, wie es von den Häftlingen, die durch die Evakuierungen und Todesmärsche zuallererst bedroht waren, gefordert

Vier Einwände zu Ulrich Schneider

von Peter Reif-Spirek*

wurde, wäre in der Tat aufgrund der militärischen Lage verhängnisvoll gewesen. Die Strategie der deutschen Kommunisten, den amerikanischen Vormarsch abzuwarten und erst im letzten Moment selbst zu agieren, war alternativlos, aber sie hatte ihren Preis. Solche kontroversen Strategien verweisen gerade auf die von Sofsky untersuchten Interessensdivergenzen innerhalb der Häftlingengesellschaft. Die Evakuierungen, die nicht verhindert, sondern nur verzögert werden konnten, erfolgten nach der rassenpolitischen Logik der SS.

Die Analyse solcher objektiven Handlungszwänge hat mit der BILD-Zeitung nichts gemein. Wer andere Positionen, die dem eigenen heilen Weltbild widersprechen, sofort in die rechte Ecke zu rücken versucht, setzt eine denunziatorische Form der Auseinandersetzung fort, die offensichtlich auch zum „Erbe“ eines Teils der deutschen Linken gehört.

Viertens:

Über die Notwendigkeit von Entnazifizierungsmaßnahmen braucht nicht gestritten zu werden. Gleichwohl zeigt ein Vergleich der Internierungslager in den unterschiedlichen Besatzungszonen erhebliche Unterschiede. In den westlichen Besatzungszonen erfolgte die Einlieferung von Nazi-Funktionären ab einer höheren Funktionsebene, die Sterblichkeit war geringer, es gab keine Totalisolierung von der Öffentlichkeit, und es wurde frühzeitig mit Überprüfungen und Entlassungen begonnen⁴. Solche Unterschiede werden von Schneider, aber auch von dogmatischen Teilen der PDS⁵ systematisch negiert, wissenschaftliche Forschungen aus durchsichtigen politischen Gründen nicht zur Kenntnis genommen.

Wer andere Positionen, die dem eigenen heilen Weltbild widersprechen, sofort in die rechte Ecke zu rücken versucht, setzt eine denunziatorische Form der Auseinandersetzung fort, die offensichtlich auch zum „Erbe“ eines Teils der deutschen Linken gehört.

* Peter Reif-Spirek, Politologe, Erfurt

Forum Recht

**Rechtspolitisches
Magazin für Uni und
soziale Bewegungen!**

Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
4,00 + 1,50 Mark Porto
Jahres-Abo: 16,00 Mark

Lieferbare Schwerpunkthefte:

- 2/90: „EG, BRD, Ex-DDR“
- 1/91: Zensur
- 2/91: Kriegsrecht
- 4/91: Verfassungsdebatte
- 1/92: Kriminal(isierungs)politik
- 3/92: Rechtstheorie
- 1/93: Kommunalpolitik
- 2/93: 10 Jahre *Forum Recht*
- 3/93: Schönes neues Weltrecht
- 4/93: Kriminal(isierungs)politik
- 1/94: Demokratie und Recht
- 2/94: Hochschulrecht: Uni '94
- 3/94: Kirche, Staat und Recht
- 4/94: Wirtschaft und Recht
- 1/95: Rüstungskontrolle
- 4/95: Wohnungspolitik
- 1/96: AusländerInnenrecht
- 2/96: Sozialrecht

kommende Schwerpunkte:

- 3/96: Nationalsozialismus & Recht
- 4/96: Informationsgesellschaft

Probe-Abo

(ohne Verlängerung)

3 Hefte für 10 DM

Schein oder Scheck an:

**Forum Recht Vertrieb,
Oliver Schilling,
Lennéstr. 65, 53113 Bonn**

Schneiders Beitrag zeugt nicht gerade von einer großen und differenzierten Kenntnis der Häftlingsstruktur des Spezlagers. Die Mehrheit der im Spezlager Buchenwald Internierten bestand zweifellos aus „faschistischen Funktionsträgern“, wie Schneider schreibt. Aber was ist mit der Minderheit, die aus ganz anderen Gründen inhaftiert wurde? Hermann Brill, Buchenwalder und erster sozialdemokratischer Regierungschef in Thüringen, drohte die sowjetische Besatzungsmacht mit einer „Rückkehr nach Buchenwald“, weil er sich deren Politik widersetze. Brill entzog sich durch Flucht, bei anderen blieb es nicht bei der Drohung. Die Internierung des (späteren) Sozialdemokraten Robert Zeiler oder des CDU-Funktionärs Erich Hindermann, beides anerkannte Opfer des Faschismus, kann wohl kaum als „notwendige und rechtmäßige Entnazifizierungsmaßnahme“ gewertet werden. Und wie differenziert ist die Begrifflichkeit vom „faschistischen Funktionsträger“, die sehr unterschiedliche Verantwortungsebenen - vom Blockwart und HJ-Funktionär bis zum Gauleitungsmitglied - zusammenzieht? Hauptschuldige im Sinne der alliierten Kontrollratsdirektive 38 waren nur in kleiner Zahl im Spezlager interniert. Die Hauptgruppe bestand aus kleinen und mittleren NS-Funktionären⁶. Kriterien für eine Verhaftung sind nicht erkennbar, denn nur eine Minderheit dieser NS-Funktionäre wurde interniert. Lange vor Auflösung des Spezlagers Buchenwald wurde in der sowjetischen Besatzungszone die Entnazifizierung für beendet erklärt und auch hier der Weg der Integration beschritten. Bereits 1946/47 umwarb die SED die „faschistischen Funktionsträger“⁷. 1953 zählte eine parteiinterne Statistik der SED 8,7% ehemalige NSDAP-Mitglieder - ein höherer Prozentsatz als frühere Sozialdemokraten (ca. 6,5%)!⁸

Es kann keine Rede davon sein, daß die Gedenkstätte „Versuche der Gleichsetzung“ von KZ und Spezlager unternimmt. Ohne den nazistischen Vernichtungskrieg hätte es das Spezlager nicht gegeben - auf die Benennung dieses Kausalzusammenhangs wird nicht zu verzichten sein. Die geplante Ausstellung über das Spezlager hat eine differenzierte Analyse der Häftlingsgesellschaft zu leisten, die Fragen der moralischen Verantwortung auch „kleiner“ NS-Funktionsträger unter den Häftlingen nicht ausblendet. Eine solche Doku-

mentation wird aber auch die Lagerverhältnisse (die oft willkürlichen Verhaftungsgründe, die Vernachlässigung der Häftlinge mit der Folge hoher Sterbezahlen etc.) vor dem normativen Horizont der Menschenrechte kritisieren müssen. In der Politik der sowjetischen Besatzungsmacht kam eine Verschränkung von Antinazismus und Stalinismus zum Ausdruck, die in ihrem Zusammenhang zu thematisieren ist.

Der Beitrag von Ulrich Schneider zeigt, daß eine fortschrittliche Neuorientierung der ostdeutschen KZ-Gedenkstätten nicht nur gegen den rechten Geschichtsrevisionsmus durchgesetzt werden muß, sondern auch gegen jene Teile der Linken, die nach wie vor die Tabuisierungen der DDR-Geschichtspolitik fortsetzen wollen.

- 1 L. Niethammer (Hg.): Der 'gesäuberte' Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Berlin 1994, S. 53.
- 2 Vgl. z.B. jüngst R. Klüger: Weiter leben. Eine Jugend. 4. Aufl. München 1992, S. 137.
- 3 Zit. nach M. Overesch: Buchenwald und die DDR oder die Suche nach Selbstlegitimation. Göttingen 1995, S. 39.
- 4 Vgl. B. Ritscher: Spezlager Nr. 2 Buchenwald. 2. überarb. Aufl. Weimar-Buchenwald 1995, S. 35. R. Knigge-Tesche/P. Reif-Spirek/B. Ritscher: Internierungspraxis in Ost- und Westdeutschland nach 1945. Erfurt 1993.
- 5 K. Höpcke: Wie zivilisiert sind Nazis in Zivil? In: Konkret 2/96.
- 6 Vgl. zur Differenzierung B. Ritscher, a.a.O., S. 52ff.
- 7 W. Benz: Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland. München 2. Aufl. 1992, S. 176f.
- 8 Die Zahlenangaben stammen aus C. Vollnhals: Entnazifizierung in West- und Ostdeutschland. Konzeptionen und Praxis. In: Knigge-Tesche/Reif-Spirek/Ritscher: a.a.O., S. 24.

„Eine neue Gefahr droht der Herrschaft der Bourgeoisie: die proletarischen Frauen schlagen den festen Weg der internationalen Klassenorganisation ein.“ (Artikel über die erste Sozialistische Frauenkonferenz 1907 in Stuttgart, geschrieben für die Zeitschrift „Obrazo vanie“. Zitiert nach: C. Bauermeister u.a. 1979, S. 21).

Aus heutiger Sicht war sie eine der Begründerinnen eines feministischen Sozialismus. Sie war zudem aller Wahrscheinlichkeit nach die weltweit erste weibliche Ministerin einer Regierung, und zwar der sowjetischen Revolutionsregierung unter Lenin.

Alexandra Kollontai führte ein äußerst bewegtes Leben, voller Auseinandersetzung und Energie. Sie sah die Mobilisierung und sozialistische Bildung der Arbeiterinnen als eine ihrer Hauptaufgaben, aber auch die theoretische Weiterentwicklung sozialistischer Ideen - vorwiegend in feministischer Richtung - auch wenn sie mit dem Begriff Feminismus ihre Schwierigkeiten hatte.

Im Zentrum ihrer Überlegungen stand das Verhältnis der Frau zu Liebe und Arbeit. Das heißt zum einen die Stellung der Frau, auch in historischer Betrachtung, in und durch die Arbeit, und zum anderen ihre Positionen zu Sexualität, oder besser: ihre damals hoch umstrittenen, äußerst modernen Vorstellungen vom Zusammenleben, einschließlich ihrer Kritik an der bürgerlichen Ehe. Damit setzte sie sich auch in ihren Erzählungen auseinander; sie galt jedoch nur als mäßige Schriftstellerin. Alexandra Kollontai war Mitbegründerin der Sozialistischen Fraueninternationale, die 1907 in Stuttgart ihre erste Konferenz abhielt. Vor und insbesondere während ihrer Beteiligung an der ersten Sowjetregierung setzte sie sich für einen umfassenden Mutterschutz ein.

Wie aktuell oder überholt sind ihre inhaltlichen Überlegungen für uns heute? Was von dem, was Alexandra Kollontai an Zukunftsvorstellungen entwickelte und in ihrem eigenen Leben und ihrer politischen Praxis antizipieren wollte, bleibt für uns aufzugreifen und erstrebenswert?

Exil - Erfahrungen mit Regierungsfeminismus - Enttäuschungen

Alexandra Kollontai, die 1872 in eine adelige Gutsbesitzerfamilie ge-

boren wurde, wird politisch nachhaltig geprägt durch den im Jahr 1896 ausbrechenden Streik der Textilarbeiterinnen. Daneben pflanzte folgende Stationen für ihre politische Einstellung und Arbeit entscheidend gewesen sein.

- Unzählige Auslandsaufenthalte: Beginnend mit einem Studienaufenthalt in der Schweiz, ist sie anschließend als Agitatorin im Auftrag ihrer Partei in Westeuropa tätig, flieht sie 1908 wieder aus Rußland, um im Exil als Agitatorin zu arbeiten: in Deutschland, Frankreich, England, der Schweiz, Belgien, Italien, Schweden, Dänemark, Norwegen und in 80 Städten der USA. In ihrer letzten politischen Lebensphase arbeitet sie als Botschafterin in Norwegen, Mexiko und Schweden.

- Seit 1905 beschäftigt sich Alexandra Kollontai intensiv mit der Frauenfrage und tritt für die Gründung autonomer Frauenabteilungen ein, was zu Konflikten mit der Parteiführung führt. Auf der ersten Internationalen Konferenz der Sozialistinnen 1907 in Stuttgart tritt sie als einzige russische Delegierte auf der Seite der deutschen Sozialdemokratinnen um Clara Zetkin entschieden für eine eigenständige Frauenstruktur der Sozialdemokratie sowie für das Frauenwahlrecht ein, das auch innerhalb des weiblichen Teils der sozialdemokratischen Bewegung umstritten war. Kollontai ist maßgeblich an der Gründung von Arbeiterinnenklubs beteiligt, zu denen je 200-300 Arbeiterinnen kommen.

- Ihre Partei- und Regierungserfahrung: Sie wird Mitglied im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und im Petrograder Sowjet und übernimmt nach der Oktoberrevolution das Volkskommissariat für soziale Fürsorge. Sie setzt die Gründung einer gesetzlichen Mutterschafts- und Säuglingsfürsorge durch. Als Konsequenz ihrer Kritik am Frieden von Brest-Litowsk legt sie ihr Amt als Volkskommissarin schon im März 1918 nieder und betätigt sich wieder als „Agitatorin“. 1919 übernimmt sie den Vorsitz der Frauenabteilung beim Zentralkomitee der Partei. 1921 kritisiert sie scharf Lenins Wirtschaftskurs und den Bürokratismus der Sowjetinstitutionen - nun als Mitglied der Arbeiteropposition, die sich insbesondere gegen die NÖP (Neue ökonomische Politik) wendet. Mit ihrem Konzept der „Arbeiteropposition“ kann sie sich innerparteilich nicht durchsetzen; die Folge ist

Alexandra Kollontai – Von Liebe und Arbeit

von Antje Trosien und Claudia Walther*

weitgehende Isolierung und Enthebung aus diversen Funktionen, u.a. verliert sie 1922 ihr Amt als Leiterin der Frauenabteilung „Shetnodel“, das sie zwei Jahre zuvor von Inessa Armand übernommen hatte. (Die Abteilung wird 1929 wegen innerparteilicher Differenzen aufgelöst.)

Als Konsequenz ihrer Kritik an der NÖP, aus die ihrer Meinung nach u.a. die Zurückdrängung der bezahlten Frauenarbeit bewirkt, hält Kollontai an der Sverdlov-Universität eine Vorlesungsreihe vor Arbeiterinnen und Bäuerinnen über die historisch-gesellschaftliche Situation der Frau. Ein halbes Jahr später bittet sie Stalin um einen Posten im Ausland und wird Botschaftssekretärin in Norwegen (anschließend als Diplomatin in Mexiko und schließlich Botschafterin in Schweden - 1930-46) - offensichtlich als eine Konsequenz ständiger Vorwürfe gegen sie; denn sie übt diese Tätigkeit mit der Auflage aus, sich nie wieder politisch zu betätigen.

Unklar und Anlaß vieler Spekulationen ist, warum sie als ehemaliges Mitglied der Arbeiteropposition von Stalins Säuberungen verschont blieb. Unverständlich ist auch, warum sie sich nie gegen Stalins Frauen- und Familienpolitik öffentlich geäußert hat, die schließlich ihren eigenen Auffassungen diametral entgegenstand, so z.B. die Ehegesetze der Sowjetunion von 1936. Ihr Freund aus der Arbeiteropposition, Schlapjanikow, und ihr Ehemann Dybenko dagegen fielen den Säuberungen zum Opfer. Die Vermutungen gehen in verschiedene Richtungen: a) Sie war eine Opportunistin und hatte ihren früheren Überzeugungen

„Das Privateigentum trug zwar zur Entmündigung der Frau bei, aber eben nur dann, wenn sie bereits auf Grund der Arbeitsteilung ihre Bedeutung in der Produktion eingebüßt hatte.“

* Antje Trosien, Bayreuth, Studentin, stellvertr. Landesvorsitzende der Jusos Bayern; Claudia Walther, Aachen, Politikwissenschaftlerin, Mitglied der spw-Redaktion.

abgeschworen oder zumindest resigniert.

b) Stalin habe davor zurückgeschreckt, sich an Frauen zu vergreifen (das ist unseres Erachtens äußerst unwahrscheinlich).

c) Ihre Abneigung gegenüber Trotzki - an sie adressierte Briefe Lenins mit Trotzki-feindlichen Äußerungen übergibt sie 1952 dem Parteiarchiv - läßt sie sozusagen aus Stalins Sicht zu seiner Bündnispartnerin werden.

Über wildwachsende Früchte - Feministischer Histomat

In ihrer Vorlesungsreihe an der Sverdlov-Universität entwickelt Kollontai ihre Darstellung der historischen Entwicklung der Situation der Frau - parallel bzw. eingearbeitet in den marxistischen Historischen Materialismus. Zur Entstehung der Frauenunterdrückung knüpft sie an Engels an, geht aber wesentlich weiter: „Die Frauenherrschaft, das Mutterrecht, dominierte, solange das Kollektiv durch gemeinsame Interessen verbunden war, und die Frau in diesem Kollektiv mit seiner primitiven Ökonomie als Hauptproduzent fungierte. Das Vaterrecht setzte sich im Zusammenhang mit der Entstehung des Privateigentums und den damit verbundenen Interessenkonflikten zwischen den verschiedenen Stammesmitgliedern durch“ (A. Kollontai 1975. S.31). Soweit, so ähnlich wie in Engels' „Ursprung der Familie ...“. Aber: „Viele sind der Überzeugung, daß Leibeigenschaft und unmündige Stellung der Frau parallel zur Einführung des Privateigentums entstanden. Das ist nicht richtig. Das Privateigentum trug zwar zur Entmündigung der Frau bei, aber eben nur dann, wenn sie bereits auf Grund der Arbeitsteilung ihre Bedeutung in der Produktion eingebüßt hatte“ (A. Kollontai 1975. S. 31). Und was die Arbeitsteilung und die damit zusammenhängende Stellung der Frau betrifft, differenziert sie sehr deutlich zwischen den historisch verschiedenen Voraussetzungen der Ackerbaugesellschaft einerseits, der Viehzucht-dominierten Gesellschaft andererseits und entsprechenden Mischformen der Sklavenhaltergesellschaft. Für uns klingt diese Darstellung sehr vertraut mit aktuellen historischen Darstellungen aus feministischer Sicht. Allerdings ist heute auch klarer denn je, wie wissenschaftlich ungesichert viele solcher Annahmen sind.

Nie mehr putzen! - Frau, Arbeit, Mutterschutz

„Die Stellung der Frau ist immer ein Resultat derjenigen Arbeitsaufgaben, die ihr in dem jeweiligen Entwicklungsstadium eines ökonomischen Systems zugeteilt werden.“ (A. Kollontai 1975. S. 14f.). Dementsprechend wird Arbeit zum zentralen Begriff Kollontais. „Solange die Frau nicht unmittelbar an der Produktion von Waren teilgenommen hatte, solange sich ihre Aktivität hauptsächlich auf die Herstellung von Produkten des häuslichen Bedarfs beschränkte, konnte von einer Frauenfrage in ihrem modernen Sinne auch nicht die Rede sein. Aber seitdem die Frau den Weg der Arbeit eingeschlagen hat, seitdem ihre Arbeit Anerkennung auf dem Weltmarkt erhalten hat, seitdem die Frau als eigene wertvolle Arbeitseinheit Bedeutung für die Gesellschaft gewonnen hat, wurde für sie die frühere Jahrhunderte alte Rechtlosigkeit in der Gesellschaft, die frühere Unterdrückung in der Familie und die früheren Fesseln, die ihre Bewegungsfreiheit einschränkten, doppelt bitter und doppelt unerträglich.“ (A. Kollontai: Die Frau als Arbeiterin in der gegenwärtigen Gesellschaft. 1908. In: C. Bauermeister u.a. 1979. S. 40f.). Soweit Kollontais klarer und marxistisch orientierter Standpunkt.

Dementsprechend tritt sie vor allem für die ökonomische Unabhängigkeit der Frau vom Mann und für die gesellschaftliche Absicherung des Mutterschutzes ein. Beim Mutterschutz unterscheidet sie drei Grundprinzipien:

1. das Modell Bismarck-Deutschlands, welches Mutterschaft als eine Art Krankheit definiert und folglich im Krankenversicherungsgesetz von 1883 berücksichtigt;
2. das vorwiegend in romanischen Ländern eingeführte Modell, das die Mutterschaft durch eine Art Prämie belohnt;
3. die noch zu entwickelnde und von ihr bevorzugte Position des Mutterschutzes als gesellschaftliche Aufgabe: „die den Mutterschutz ansieht als eines der Mittel, den Arbeiterfrauen als Angehörigen ihrer Klasse die Last der Mutterschaft zu erleichtern, und als Übergangsstadium zu einer Situation in der die Sorge um die heranwachsende Generation nicht mehr auf Privatpersonen lastet, sondern dem gesellschaftlichen Kollektiv übertragen sein wird.“ (A. Kol-

lontai: Mutterschutz. 1914. In: C. Bauermeister u.a. 1979. S. 56).

Die Aktualität der Unterscheidung zwischen drei verschiedenen Konzepten und Kollontais Positionsbestimmung ist unschwer zu erkennen.

Aber ihr Arbeitsbegriff hat auch seine Widersprüche. So tritt sie nicht nur für Zwangsarbeit von Frauen ein, sondern rechtfertigt die Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern selbst im Sozialismus mit dem Argument, daß Arbeiterinnen eben noch nicht so qualifiziert seien. Die für uns zum sozialdemokratischen Frauen-Einmaleins gehörende Forderung „gleicher Lohn für gleiche (oder gleichwertige) Arbeit“ dagegen fehlt (laut geläufiger Literatur) bei Kollontai. Trotz ihrer Betonung der Mutterschaft und der Hausarbeit als gesellschaftlich notwendige Aufgaben, die auch von der Gesellschaft übernommen werden müssen, zählt sie Hausfrauenarbeit nicht als „gesellschaftlich nützliche Arbeit“ oder als produktive Arbeit: „Die proletarische Moral erkennt nur 'gesellschaftlich nützliche Arbeit' an. Nehmen Sie ein Beispiel: zählt denn das Proletariat die fleißige aber gesellschaftlich nutzlose Arbeit - die 'Arbeitsliebe' der Hausfrauen zu den weiblichen Tugenden, die die Bourgeoisie so geschätzt hat? Natürlich nicht“. (A. Kollontai: Moral als Instrument von Klassenherrschaft und Klassenkampf. 1922/23. In: C. Bauermeister u.a. 1979. S. 86). Ihre Vision: „Die Hauswirtschaft stirbt aus. Sie tritt ihren Platz der gesellschaftlichen Wirtschaft ab. Statt daß die Arbeiterfrau die Wohnung saubermacht, können und werden dies in der kommunistischen Gesellschaft Arbeiter- und Arbeiterinnenspezialisten tun, die morgens durch die Zimmer gehen und sie aufräumen“ (A. Kollontai. Zitiert nach: K. Mänicke-Gyöngyösi. In: C. Bauermeister u.a. 1979. S. 245). Sie bleibt auch heute eine Vision, die so auch nicht mehr angestrebt wird. (Wenn's auch noch so schön wäre.)

Was fehlt, ist eine Definition und eine klare Unterscheidung: Wann wird Arbeit zur gesellschaftlich nützlichen Arbeit? Der Begriff der Produktion trifft ja hier nicht. Und die Arbeit, die die „Arbeiterinnen-Spezialisten“ erledigen sollen, ist dieselbe, sie wäre nur anders organisiert. Die Antwort finden wir bei Kollontai leider nicht. Heute zählen wir Hausarbeit zur Arbeit, auch zur gesellschaftlich notwendigen Arbeit - unsichtbar und

Was fehlt, ist eine Definition und eine klare Unterscheidung: Wann wird Arbeit zur gesellschaftlich nützlichen Arbeit?

unbezahlt. Auch wir sind für eine andere Organisation dieses versteckten Teils der Ökonomie und lehnen deshalb einen Lohn für Hausarbeit ab. Fairerweise muß gesagt werden, daß auch heute die Vorstellungen noch nicht viel weiterentwickelt sind, bis auf die Einschätzung der oben beschriebenen Dimension von Vergesellschaftung des Reproduktionsbereichs als unrealistisch. Paradoerweise tritt Kollontai dagegen für ein Hausfrauengehalt (für Nur-Hausfrauen der Stadt) seitens des Ehemannes ein. Dies wird jedoch allgemein als Zugeständnis an die für Frauen schwieriger gewordenen Bedingungen unter der NÖP gewertet (vgl. K. Mänicke-Gyöngyösi. Ebenda. S. 245).

Glas Wasser gefällig? - Liebe und Sexualität

„Welche Arbeit ich auch weiter führen werde, so ist es mir vollkommen klar, daß das Ziel der vollkommenen Befreiung der arbeitenden Frau und die Schaffung der Grundlage zu einer neuen sexuellen Moral immer das höchste Ziel meines Wirkens, meines Lebens bleiben wird.“ (A. Kollontai: Ich habe viele Leben gelebt ... 1986. S. 67).

Als Kollontai diese Zeilen 1926 als Schlußbemerkung an ihre autobiographischen Aufzeichnungen anfügte, war zumindest schon klar, daß sie in der Tat vor einer Umorientierung stand. Während ihrer Auslandsaufenthalte verfaßte sie auch mehrere Kurzgeschichten, die weniger wegen ihrer literarischen Qualität als wegen ihrer programmatischen Aussagen zur sexuellen Freiheit der Frau viel beachtet wurden.

In „Die Liebe der drei Generationen“ (veröffentlicht in: A. Kollontai 1988) zeichnet Kollontai durch Darstellung der Biographien von Großmutter, Mutter und Tochter die Entwicklung hin zu einem rationalen, entromantisierten, aber selbstbestimmten Sexualleben für die Frau nach. Konflikte bleiben dabei natürlich nicht aus; Genia, die Tochter und Enkelin, sieht das ganz deutlich: „Es empört Mutter, daß ich keinen von ihnen liebe. Sie sagt, es ist unnormal und unsittlich, sich in meinem Alter ohne Liebe hinzugeben.“ Und: „Ich weiß nicht, was Sie Liebe nennen. Aber was ich für ihn fühle, ist meiner Meinung nach bestimmt nicht Liebe.“ Dennoch existiert das Phänomen Liebe weiterhin und ist auch genauestens definiert: „Wenn

man liebt, will man immer beisammen sein, man will dem, den man liebt, alles geben, man denkt an ihn, man sorgt sich um ihn ...“ Nur sind Liebe und Triebe nicht immer miteinander zu vereinbaren: „Wenn man mir aber den Vorschlag machte, immer mit Andrei zusammenzusein, würde ich bestens danken.“ (Ebenda. S. 36).

Kollontai hatte bereits früher die „Glas-Wasser-Theorie“ formuliert, mit der sie Frauen aufforderte, Sexualität „wie ein Glas Wasser zu konsumieren“, ebenso umstandslos und unverbindlich wie unromantisch. Diese rationale Herangehensweise wurde ihr vielfach vorgeworfen, auch von Lenin, der, so berichtet Clara Zetkin, dereinst entnervt aufstöhnte und äußerte: „Die Glas-Wasser-Theorie hat einen Teil unserer Ju-

gend toll gemacht, ganz toll. Sie ist vielen jungen Burschen und Mädchen zum Verhängnis geworden ... Nun gewiß! Durst will befriedigt sein. Aber wird sich der normale Mensch unter normalen Bedingungen in den Straßenkot legen und aus einer Pfütze trinken? Oder auch nur aus einem Glas, dessen Rand fettig von vielen Lippen ist?“ (S. das Nachwort zu: A. Kollontai: Die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung. 1875. S. 262).

Ungeachtet dieser patriarchalischen Kritik von höchster Stelle wurden die Vorstellungen von Kollontai aufgegriffen und heftigst diskutiert. Es kam, so wurde dies von Louise E. Luke beobachtet, bis Mitte der dreißiger Jahre zu einem regelrechten Boom, die Rolle der „neuen Frau im Sozialismus“ zu definieren.

Kollontai hatte bereits früher die „Glas-Wasser-Theorie“ formuliert, mit der sie Frauen aufforderte, Sexualität „wie ein Glas Wasser zu konsumieren“, ebenso umstandslos und unverbindlich wie unromantisch.



Alexandra Kollontai in Kopenhagen, 1910

Für uns heute bleibt, daß sie eine der wenigen Pionierinnen war, die versuchte, „die Frauenfrage“ mit Sozialismus zu verknüpfen, und zwar in Theorie und Praxis.

Die ist nun nach Kollontais Vorstellungen ledig, denn als eigenständig Erwerbstätige ist sie nicht auf die Versorgung durch einen Ehegatten angewiesen; ihre Erwerbstätigkeit wird möglich, da es ein flächendeckendes Netz der Kinderbetreuung gibt; die Männer kommen ihren väterlichen Pflichten dadurch nach, daß sie einen Beitrag in eine staatlich kontrollierte Vaterschaftskasse einbezahlen, der an Frauen mit Kindern weitergegeben wird. Die „neue Frau“ hat ausreichend Zeit zur politischen Aktivität, wenn sie diese nicht gar hauptberuflich betreibt.

Damit brach Alexandra Kollontai zwar nicht mit dem traditionellen Rollenverständnis, daß die Frau als Mutter für die Kindererziehung zuständig ist, erschütterte ihre Genossen und Genossinnen aber dennoch zutiefst, weil sie die Institution der Ehe mehr als deutlich in Frage stellte und auch die Notwendigkeit romantischer Gefühle als Voraussetzung für sexuelle Beziehungen leugnete. Zum einen hatte sie beobachtet, daß die Frau „aus Liebe“ bereit sei, sich versklaven zu lassen, zum anderen war sie, nicht zu Unrecht, der Auffassung, daß sexuelle Bedürfnisse auch völlig unabhängig jeglicher Gefühlsduselei ausgelebt werden sollten. Dies gelte, entgegen patriarchalen Vorstellungen, auch für Frauen.

Nun stand die monogame Ehe durchaus im Kreuzfeuer sozialistischer Kritik: von Engels über Bebel und Zetkin bis hin zu Lenin wurde sie als Ort der Ausbeutung der Frau erkannt. Doch Ziel sollte nicht sein, darum die Ehe vollkommen abzuschaffen, sondern die Rahmenbedingungen, sprich: die Produktionsverhältnisse, zu verändern, die diese patriarchale Unterdrückung begünstigten.

Daß diese Veränderung zum Positiven in der Beziehungsform „Ehe“ überhaupt möglich sei, bezweifelte Kollontai ganz offen; sie sah zunächst nicht die Möglichkeit einer gleichberechtigten Partnerschaft zwischen Mann und Frau, auch wenn sie diese schließlich als Ziel einforderte.

Individuum und Kollektiv - ein Spannungsgeladenes Verhältnis

Es gibt noch einige weitere inhaltliche Vorstellungen, mit denen sich eine Auseinandersetzung lohnt. Dazu gehört beispielsweise die Frage der Moral. Alexandra Kollontai, die herleitet, daß jede Gesellschafts-

formation ihre eigenen Moralvorstellungen entwickelt hat, fordert die Erarbeitung einer „proletarischen Moral“. Diese fordert, wenn auch nicht im Kapitalismus, so aber doch unter sozialistischen Bedingungen, die Arbeitsverantwortlichkeit. Das zweite Moment einer „Moral der Arbeiterklasse“ ist das Verhältnis des Individuums zum Kollektiv. Frei nach dem Slogan (oder besser gesagt, vor dem Slogan) der neuen Frauenbewegung „das Private ist politisch“, formuliert Kollontai „man darf das ‚Privatleben‘ nicht vom Leben, von der Arbeit, von den Bemühungen des Kollektivs, vom Arbeiterkollektiv trennen“ (A. Kollontai: Wie soll ein Kommunist sein? 1922/23. In: C. Bauermeister u.a. 1979. S. 75).

Gemeint ist hier - im Gegensatz zur neuen Frauenbewegung, welche die (negativen) Konsequenzen der Gesellschaft auf den/die Einzelne(n) betont - die für Kollontai notwendige Unterordnung des Einzelnen unter das (sozialistische) Kollektiv. Sie selbst jedoch wollte gerade das nicht, sondern war stolz auf ihre - auch theoretische - Unabhängigkeit. Daß sie offensichtlich nachher doch ihren Standpunkt zumindest nicht mehr offensiv verfolgt hat, liegt möglicherweise gerade in dieser Widersprüchlichkeit (zwischen individueller Unabhängigkeit und Unterordnung unter das Kollektiv) begründet.

Alexandra Kollontai wagte jedoch relativ lange die offensive Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie, mit der Arbeiterbewegung, und auch mit Lenin: Sie wehrte sich gegen den proletarischen Antifeminismus, gegen die Vernachlässigung der „Frauenfrage“ und die NÖP. Entsprechend wurde sie denn auch angefeindet und als unmoralische Feministin abqualifiziert.

Von den „Feministinnen“, insbesondere der bürgerlichen Frauenbewegung, grenzte sie sich in aller Schärfe ab, mit zum Teil ungerechtfertigten, harten Vorwürfen. Für uns heute bleibt, daß sie eine der wenigen Pionierinnen war, die versuchte, „die Frauenfrage“ mit Sozialismus zu verknüpfen, und zwar in Theorie und Praxis.

Während ihrer Zeit als erste (Sozial-)Ministerin der Welt hatte Alexandra Kollontai zahlreiche sozialpolitische Maßnahmen durchsetzen können, die vor allem Frauen zugute kamen; hier sei nur die Mutterschutzgesetzgebung von 1917 erwähnt, die Schwangerschaftsurlaub

bei voller Bezahlung und Arbeitsplatzgarantie regelte. Das russische Modell, teils Horrorvision, teils Zukunftshoffnung für europäische Beobachterinnen, überdauerte nicht lange. Als Alexandra Kollontai 1952 starb, waren viele der von ihr eingeführten Maßnahmen längst wieder abgeschafft.

„Jede gut eingerichtete Kinderkrippe bedeutet mehr als zwanzig Agitationsreden“, hatte sie einst gesagt (A. Geiges/T. Suworowa 1989. S. 117). Heute steht in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion für 55% der Kinder kein Krippen- oder Kindergartenplatz mehr zur Verfügung, obwohl beide Eltern arbeiten. Diese Lücke füllen meist Frauen - die Großmütter. Und die Aussage, der Haushalt sei zum Sterben verurteilt, weil „die Arbeiterin nur noch selten Gurken für den Winter einmachen oder andere Besorgungen erledigen wird“, (ebenda) hat sich auch nicht erfüllt. Wie bei uns. Leider. Es bleiben jedoch viele ihrer Anregungen und Grundanstöße und eine für die damalige Zeit erstaunlich offene Sexualmoral. Und nicht zuletzt war sie eine faszinierende, politisch kämpfende Frau und Persönlichkeit, die zu Unrecht relativ unbekannt geblieben ist.

Literatur

- Alexandra Kollontai: Ich habe viele Leben gelebt... Autobiographische Aufzeichnungen. Köln 1986.
- Alexandra Kollontai: Autobiographie einer sexuell emanzipierten Kommunistin. Hrsg. und mit einem Nachwort von Iring Fetscher. Berlin 1988
- Alexandra Kollontai: Wege der Liebe (Die Liebe der drei Generationen). Drei Erzählungen. Frankfurt a.M. 1988.
- Alexandra Kollontai: Die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung. Vierzehn Vorlesungen vor Arbeiterinnen und Bäuerinnen an der Sverdlov-Universität 1921. Fulda 1975. Hrsg. von Tilman Fichter, Übersetzung von Claudia Sternberg.
- Alexandra Kollontai: The Worker's opposition in Russia. Describing the Conflict between the Communist Workers and the Russian Soviet Government. London 1917.
- Christiane Bauermeister/Helene Imendörfer/Krisztina Mánicke-Gyöngyösi (Hrsg.): Alexandra Kollontai. Der weite Weg. Erzählungen, Aufsätze, Kommentare. Frankfurt 1979.
- Friedrich Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. In: MEW 21. S. 30-173.
- Gabriele Raether: Kollontai. (SOAK-Einführungen 22). Hamburg 1986.
- Adrian Geiges/Tatjana Suworowa: Liebe steht nicht auf dem Plan - Sexualität in der SU heute. Frankfurt a. M. 1989.

Nachdem uns das Jahr 1994 ein höchst richterliches Urteil beschert hatte, wonach die Bundesrepublik gegen Buchstabe und Geist des Grundgesetzes ab sofort auch Militäreinsätze außer zur eigenen Landesverteidigung und außerhalb des NATO-Gebiets („out of area“) durchführen dürfe, geizte auch das Jahr 1995 nicht mit unliebsamen außenpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung und überraschenden sicherheitspolitischen Kehrtwendungen der Bonner Oppositionsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Die Rede ist von der Abstimmung im Bundestag am 6. Dezember 1995, als sich eine überwältigende Mehrheit für einen weitreichenden Bundeswehreinsatz im ehemaligen Jugoslawien ausgesprochen hat. Ein Bundeswehreinsatz, der vom Verteidigungsminister immer noch schamhaft als humanitäre und friedenserhaltende Aktion - mit gewissen „Risiken“ -, vom Generalinspekteur der Bundeswehr dagegen klipp und klar als „Kampfeinsatz“ deklariert wurde. 4.000 bis 5.000 Bundeswehrsoldaten sollten eine internationale Streitmacht komplettieren, die bislang weder einen klaren Auftrag hatte, noch ein einheitliches politisches Ziel verfolgte. Dabei hat sich die Bundeswehr das Recht herausgenommen, ihre Truppenteile im befreundeten Kroatien zu stationieren, um ausschließlich von dort aus nach Bosnien hinein zu operieren. Diese Maßgabe läßt zumindest zwei Rückschlüsse zu: Einmal könnte die Bundesregierung einen schwachen Rest von politischer Rücksichtnahme gegenüber einem Territorium signalisieren, das im Zweiten Weltkrieg Opfer des deutschen faschistischen Aggressions- und Vernichtungskriegs gewesen war; und zum anderen soll wohl mit der Errichtung des deutschen Hauptquartiers „weit ab vom Schuß“ das Risiko, ungewollt in militärische Scharmützel hineingezogen zu werden, vermindert werden.

Niederlage der Friedensbewegung an der Bosnienfrage

Die Kritik aus der Bonner Parteienlandschaft war indessen schon vor solchen Überlegungen weitgehend verstummt und ganz der PDS sowie den linken Flügeln von SPD und Grünen überlassen. Dabei verstieß die Mehrheit der Grünen-Abgeordneten explizit gegen einen kurz

vorher gefaßten Parteitagbeschuß, die Mehrheit der SPD setzte sich implizit über Inhalt und Stoßrichtung ihrer Parteitagsentschließung von Mannheim hinweg. Hatte es dort doch geheißen: Grundlage einer international zusammengesetzten Friedenstruppe müsse „ein klares, zeitlich befristetes UN-Mandat sein, das die politische Verantwortung für die Operation bei der UN beläßt“; außerdem war ausdrücklich verlangt worden: „Die zur Verfügung gestellten deutschen Einheiten erhalten keinen Kampfauftrag; das schließt den Einsatz von Kampfflugzeugen (ECR-Tornados) aus.“ (Beschuß des SPD-Bundestags 1995) Mittlerweile wurde im Bundestag das Einsatzgebiet für die Tornados auch auf das von der UNO kontrollierte Ostslawonien ausgedehnt - und wieder gab es ausreichend Zustimmung aus den Oppositionsparteien.

Der außenpolitische Sündenfall der parlamentarischen Opposition markiert das Ende einer Phase in der jüngsten Geschichte der Bundesrepublik, die Anfang der 80er Jahre mit dem Umschwenken von SPD und Gewerkschaften in Sachen „Nachrüstung“ eingeleitet worden war. Ein Vierteljahrhundert grundsätzlicher sicherheitspolitischer Zusammenarbeit der „demokratischen Parteien“ - wozu die Grünen in ihrer Gründerzeit nicht gezählt wurden - war damals zu Ende gegangen. Die SPD entwickelte sich im Sog einer unwiderstehlich anwachsenden Friedensbewegung und der fundamental-pazifistischen Grünen zu einem vielleicht nicht immer geliebten, aber doch verlässlichen Partner der außerparlamentarischen Friedensbewegung. Dies blieb im wesentlichen so bis zu Beginn der 90er Jahre, wobei der Protest gegen die US-Intervention im Golfkrieg im Januar 1991 zugleich Höhe- und Wendepunkt dieser Entwicklung war. Seither erleben wir eine zunehmende Wiederannäherung der großen „Volksparteien“ in grundlegenden außen- und sicherheitspolitischen Fragen.

Es ist viel gerätselt worden über diesen Konvergenzprozeß, der - wie wir gesehen haben - sogar Teile der Bündnis-Grünen erfaßt hat. Und in Kreisen der Friedensbewegung werden solche Entwicklungen nicht selten mit starker emotionaler Ablehnung und Abgrenzung quittiert, was beinahe an das Wiederaufleben der

Zum Verhältnis von Pazifismus und Politik

Die Lage der Friedensbewegung in Deutschland

von Peter Strutynski*

„Verratstheorie“ (die ja aus einem anderen historischen Zusammenhang kommt) erinnert. Wenn ich im folgenden versuche, den außenpolitischen Salto rückwärts in der SPD und bei den Grünen auf objektive deutschland- und weltpolitische Veränderungen zurückzuführen, dann soll damit aber den Wortführern und Architekten dieses Wandels keinesfalls die Verantwortung dafür abgenommen werden.

Paradigmenwechsel im friedenspolitischen Diskurs

Ereignisse wie der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien sind in meinen Augen zwar eindringliche Anlässe für einen außenpolitischen Kurswechsel gewesen, sie waren aber nicht dessen wahre Ursache und auch nicht dessen Anfang. Der „Paradigmenwechsel“, der sich im herrschenden friedenspolitischen Diskurs der 90er Jahre durchgesetzt hat, hat seine Ursache vielmehr in der Auflösung der weltpolitischen Bipolarität, die mehr als 40 Jahre lang das sicherheitspolitische Denken bestimmt hatte. Mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems und seiner militärischen Komponente, der Warschauer Vertragsorganisation, waren sowohl reale Anpassungsmaßnahmen an die neue Situation als auch ideologische Umorientierungen angesagt gewesen. Anpassung an die neue Realität hätte z.B. heißen können, einen effektiven und dauerhaften Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen, noch bestehende, auf die Blockkonfrontation abgestimmte Militärbündnisse radikal in Frage zu stellen und an ihre Stelle echte Systeme kollektiver Si-

Der „Paradigmenwechsel“, der sich im herrschenden friedenspolitischen Diskurs der 90er Jahre durchgesetzt hat, hat seine Ursache in der Auflösung der weltpolitischen Bipolarität, die mehr als 40 Jahre lang das sicherheitspolitische Denken bestimmt hatte.

* Dr. Peter Strutynski, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Gesamthochschule Kassel.

cherheit zu setzen und insgesamt zivile Komponenten der internationalen Konfliktbewältigung zu stärken. Nichts davon ist in den sechs Jahren der Nach-Wende-Zeit umgesetzt worden.

Was die ideologische Umorientierung betrifft, so ist sehr viel mehr geschehen. Vor allem ist es den Vertretern der „alten Ordnung“, die den Krieg als Mittel zur Durchsetzung politischer Interessen nie aus den Augen verloren hatten, gelungen, die friedenspolitische Diskussion mit ihren Begriffen und ihren Wertvorstellungen neu zu besetzen. Was mit der „Normalisierung“ und der „neuen Verantwortung“ Deutschlands in der Welt begann und mit der Wiederbelebung der Max Weber'schen Unterscheidung zwischen „Verantwortungsethik“ und „Gesinnungsethik“ fortgesetzt wurde, fand sein vorläufiges Ende in der Umwertung bzw. Neudefinition zentraler Werte und Positionen aus dem friedenspolitischen Diskurs der 80er Jahre. So wurde beispielsweise die UNO-Terminologie um differenzierende Begriffe aus dem Bereich militärisch gestützter internationaler Konfliktbearbeitung bereichert (man denke nur an die abgestuften Maßnahmen auf der Skala zwischen peace keeping und peace enforcement), die bislang allerdings wenig zur Klärung der definitorischen Probleme beigetragen haben, sondern eher auf ihre fließenden Übergänge verweisen. In der innenpolitischen Auseinandersetzung gerieten Prinzipien wie Pazifismus und Gewaltlosigkeit in den Verdacht, sich zunehmend von den staatlichen und gesellschaftlichen Realitäten zu entfernen und somit keinerlei praktisch-politische Relevanz zur Lösung der anstehenden Probleme zu besitzen. Nicht wenigen linken Intellektuellen wurde im Trommelfeuer bellizistischer Medieneinfalt und angesichts einer in der Tat beeindruckenden parteiübergreifenden Koalition von Kohl bis Fischer der fundamental-pazifistische Schneid abgekauft.

Die politische Re-Legitimierung militärischer Einsätze für „humanitäre“ Ziele (Somalia) oder zur Beendigung von „Völkermord“ (Ex-Jugoslawien) begann in den Köpfen der geistigen Elite dieses Landes. Joschka Fischer hat mit seinem Eintreten für deutsche Kriegseinsätze zur Abwehr „faschistischen Völkermords“ dabei nur nachvollzogen, was Heiner Geißler in den 80er Jahren bereits vehem-

ment vertreten hatte, als er den „Pazifismus“ für die Greuel des Nationalsozialismus, für Auschwitz und den Holocaust verantwortlich gemacht hatte. Während sich Fischer damals im entrüsteten Chor derjenigen befand, die Geißlers Vorstoß als Diffamierung der Friedensbewegung und als Gefährdung der Entspannungspolitik zurückwiesen, ist er heute bis in die Diktion hinein in dessen Rolle geschlüpft: „Genau wegen Auschwitz dürfen wir keine weiteren Srebrenicas geschehen lassen.“

Der friedenspolitische Schwenk eines größeren Teils der bundesdeutschen Intelligenz läßt sich nicht auf rein ideologische Vorgänge oder - wie im Fall der Grünen - auf machtpolitische Gelüste zurückführen. Vielmehr spiegelt sich darin der epochale Wandel der Weltpolitik seit dem Zusammenbruch des realsozialistischen Staatensystems. Möglicherweise sind es gerade die enttäuschten Hoffnungen und die jähe Konfrontation mit einer durch und durch gewalttätigen Realität der „Zivil“- und der „Staatenwelt“, die zu diesem Schwenk beigetragen haben. Da ist zum einen die Tatsache, daß heute mehr als 40 Kriege in allen Teilen der Welt stattfinden, und daß diese Kriege mit unbeschreiblich grausamen Mitteln und unzähligen Opfern unter der Zivilbevölkerung geführt werden; und da ist zum anderen die Beobachtung, daß die aus dem Kalten Krieg übernommenen Instrumente internationaler Konfliktregulierung den neuen Realitäten kaum gerecht werden.

Ging es in der Vergangenheit mehr um Kriege und Konflikte zwischen Staaten, so sind die modernen Kriege fast ausnahmslos innerstaatliche Konflikte, die häufig keine fest umrissenen Ziele und häufig nicht einmal genau zu identifizierende Konfliktparteien kennen. Hinzu kommt, daß diese Konflikte nur äußerst schwer einzudämmen sind - erstens weil die kontrollierende Funktion der sich gegenseitig in Schach haltenden Hegemonialmächte der Nachkriegsordnung mit dem Ende der Bipolarität ebenfalls verschwunden ist, und zweitens weil die Ursachen, die den modernen Kriegen zugrunde liegen, dauerhafter Natur sind. Handelt es sich doch weder um territoriale, noch um religiöse oder ethnische Konflikte (auch wenn dies oft behauptet wird). Die Konfliktursachen liegen viel tiefer und berühren in ganz elementarer Weise

die Lebensgrundlagen menschlicher Gesellschaften: Ressourcen (z.B. Wasser, Energie), fruchtbarer Boden, Arbeit und akzeptable Umweltbedingungen.

Militärische oder zivile Konfliktbewältigung?

Es liegt auf der Hand, daß solche Konflikte mit militärischen Mitteln nicht gelöst, wahrscheinlich nicht einmal vorübergehend eingedämmt werden können. Soldaten haben weder Ressourcen, noch Arbeitsplätze, noch eine bessere Umwelt in ihrem Marschgepäck. Das einzige Resultat des Bundeswehreinsetzes in Somalia war ein 300-Millionen-Loch im Bundeshaushalt; der Brunnen, den deutsche Soldaten bei Belet Huen als humanitäre Geste angelegt hatten, war schon vor ihrem Abzug versiegt. Mehr denn je kommt es also darauf an, Konfliktbearbeitung radikal zu konzipieren, d.h. an den Wurzeln, den Ursachen der Konflikte anzusetzen und sie zu beseitigen. Gewiß, das ist leichter gesagt als getan. Auszuschließen ist in jedem Fall aber eine Symptombehandlung à la Militäreinsatz. Hat man sich erst auf diesen Grundsatz verständigt, so steht zur Lösung von bewaffneten Konflikten eine Menge nichtmilitärischer, ziviler Instrumente und Mittel zur Verfügung. Das Tragische an der jetzigen Situation liegt darin, daß diese zivilen Mittel nicht oder nur unter „ferner liefen“ zum Einsatz kommen und deshalb auch deren Sinnhaftigkeit und Erfolg kaum unter Beweis zu stellen in der Lage sind. Was sind schon 200 Friedensarbeiter/innen, die von der Bundesregierung im Rahmen eines Programms zivilen Friedensdienstes demnächst nach Bosnien zur Betreuung humanitärer Projekte geschickt werden, im Vergleich zu den 4.000 Soldaten und ihrer schweren Bewaffnung, die keinen anderen Auftrag haben als die militärische Absicherung des Dayton-Abkommens?

Dieses zivile Begleitprogramm zum Militäreinsatz ist eine Alibiveranstaltung der Bundesregierung, die der Friedensbewegung noch einige Kopfschmerzen bereiten wird. Dabei geht es nicht vordergründig um die Frage, ob sich die Friedensbewegung darauf einlassen darf, Staatsknete für zivile Projekte in Anspruch zu nehmen, die in ihrem Ursprung und in ihrem Wesen als Alternative zur militärischen Komponente konzipiert waren. Vielmehr geht es um die

Die politische Re-Legitimierung militärischer Einsätze für „humanitäre“ Ziele (Somalia) oder zur Beendigung von „Völkermord“ (Ex-Jugoslawien) begann in den Köpfen der geistigen Elite dieses Landes.

FRIEDENSBEWEGUNG

Wirkungsweise eines politischen Mechanismus, der als Zementierung der Dichotomie zwischen - dominanter - militärischer und - plazebohafter - ziviler Komponente bezeichnet werden könnte. In bezug auf den Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien hat sich so etwas wie eine „Arbeitsteilung“ herausgebildet zwischen der auch die militärische Karte einkalkulierenden Außenpolitik der Bundesregierung und der vielfältigen humanitären Arbeit karitativer intermediärer Organisationen und von Friedens- und Menschenrechtsgruppen. Während viele dieser Gruppen in dieses mühsame Geschäft viel Zeit und Energie investierten, nahmen die Aufklärungsarbeit über Ursachen und mögliche Perspektiven des Konflikts und der politische Druck auf die Bonner Regierung stark ab. Eine ähnliche Arbeitsteilung existiert übrigens mittlerweile auch zwischen den zahlreichen Staatsgewalten und den vielen NGOs (Nicht-Regierungsorganisationen). Letztere sind z.B. dort ganz gern gesehen und werden auch schon mal von der Weltbank finanzi-

ell unterstützt, wo der Arm der Regierungen nicht hinreicht, bzw. wo NGOs größeres Vertrauen bei betroffenen Bevölkerungsgruppen genießen als offizielle Regierungsvertreter.

Damit ist ein zentraler strategischer Punkt angesprochen, der die Friedensbewegung künftig sehr stark beschäftigen wird: Wie muß das Verhältnis von notwendiger humanitärer und ebenso notwendiger politischer Arbeit aussehen, damit weder das eine zu kurz kommt, noch das andere vernachlässigt wird? Es wäre in meinen Augen eine Horrorgeschichte, wenn bei künftigen regionalen Konflikten die Bundeswehr - im „Bündnis“ oder allein, mit oder ohne UNO-Mandat - ihrem Handwerk ungestört nachgeht, während oder weil Friedens- und Menschenrechtsgruppen alle Hände voll zu tun haben, hier ein paar Wunden zu heilen und dort ein paar Opfern zu helfen. Es kann nicht angehen, militärische Optionen und Operationen faktisch zu legitimieren, indem humanitäre Arbeit nur noch komplementär betrachtet und nicht mehr als Alternative

zu ihnen ins Spiel gebracht wird.

Die angekündigte Umstrukturierung der französischen Wehrpflichtarmee zu einer reinen Berufsarmee könnte diesen Befürchtungen indirekt weitere Nahrung geben. Die Armee wird damit vollends aus der Gesellschaft herausgenommen, „entzivilisiert“ und als quasi private Truppe professioneller Kriegsspezialisten der Regierung zur Verfügung gestellt. Daß eine solche Streitkräfte-reform in der Bundesrepublik ausgerechnet von bündnisgrüner Seite so emphatisch begrüßt und auch der Bundeswehr als Vorbild anempfohlen wird, zeugt nicht nur von einem unsensiblen und kenntnisarmen Umgang mit der deutschen Geschichte, sondern auch von einem erschreckenden Unvermögen, gegenwärtige und zukünftige Entwicklungen in Staat und Gesellschaft politisch zu analysieren. Mögen die freiwilligen „war professionals“ doch in fremden Ländern im Regierungsauftrag irgendwelche „nationalen“ Kastanien aus dem Feuer holen und sich im Extremfall selbst blutige Nasen holen:

Es kann nicht angehen, militärische Optionen und Operationen faktisch zu legitimieren, indem humanitäre Arbeit nur noch komplementär betrachtet und nicht mehr als Alternative zu ihnen ins Spiel gebracht wird.

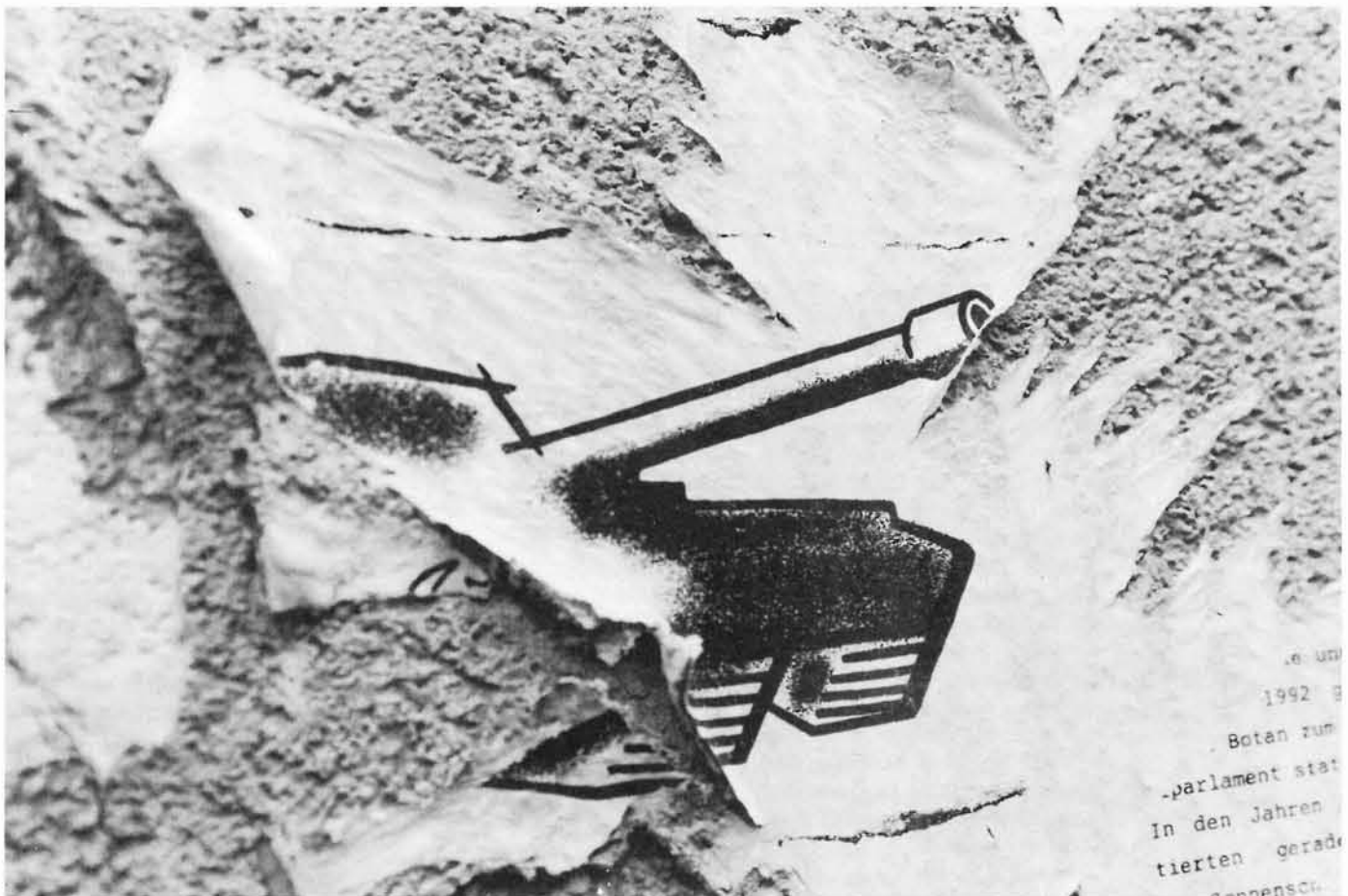


Foto: Thomas Diller, Köln

Die Betroffenheit der übrigen Gesellschaft bleibt doch relativ gering - die Finanzierung der Truppe über den Staatshaushalt wird, wenn sie überhaupt wahrgenommen wird, ohnehin als unvermeidlich angesehen. Die Konstruktion einer deutschen Berufsarmee würde eben jene Tendenzen befördern, die auf die weitere Segmentierung der Gesellschaft und auf die Entpolitisierung des Politischen hinauslaufen.

Perspektiven der Friedensbewegung

Der Friedensbewegung muß es aber gerade um die Wiedergewinnung des politischen Raums gehen. Hierzu ist ihre Rekonstituierung als politische Bewegung notwendige Voraussetzung. Was könnte das heißen? Vielleicht ist hierzu ein kritischer Rückgriff auf verallgemeinerbare Erfahrungen der Friedensbewegung der 80er Jahre hilfreich. Deren größte Leistung bestand ja wohl darin, in der friedens- und sicherheitspolitischen Debatte die Meinungsführerschaft gewonnen zu haben. Dies gelang gegen den massiven Widerstand einer fast geschlossenen Phalanx aus etablierten Parteien, Gewerkschaften und veröffentlichter Meinung. Die von der - damals noch sozialdemokratisch geführten - Bundesregierung als „Nachrüstung“ bezeichnete Aufstellung landgestützter atomarer Mittelstreckenraketen (Pershing 2) in Mitteleuropa wurde von der Friedensbewegung als Versuch der NATO bewertet, im Rüstungswettlauf mit dem Warschauer Pakt einen entscheidenden strategischen Vorteil zugunsten der USA zu erringen, womit zugleich die langjährige, auf dem Prinzip der gegenseitigen militärischen Abschreckung beruhende Pattsituation („Gleichgewicht des Schreckens“) zwischen den Blöcken aufgehoben würde. Da im Szenario eines auf Europa begrenzten atomaren Krieges die Bundesrepublik das zentrale Schlachtfeld abgegeben hätte, sahen sich zunehmende Teile der bundesdeutschen Bevölkerung unmittelbar in ihrer Existenz bedroht und begannen, sich gegen diese Gefahr zur Wehr zu setzen.

Es gehörte zur politischen Klugheit und Stärke der damaligen Friedensbewegung, den Massenprotest ausschließlich auf diesen einen Punkt zu konzentrieren. Dies hieß nicht, daß in der Friedensbewegung, die schon damals zahlreiche politi-

sche oder weltanschauliche Spekturen vertrat, nicht auch andere, über die „Raketenfrage“ hinaus gehende Probleme thematisiert worden wären. Die der bipolaren Welt entsprechende „Abschreckungsdoktrin“ z.B. wurde genauso in Frage gestellt wie der immer irrationalere Formen annehmende Rüstungswettlauf; die Rolle der Bundeswehr geriet ebenso in die Kritik wie die Rüstungsindustrie und der internationale Waffenhandel; auch die internationale Solidarität mit revolutionären jungen Demokratien (z.B. Nicaragua) oder mit der Anti-Apartheid-Bewegung Südafrikas gehörte hierher. Auf einen Punkt bezogener Minimalkonsens (gegen die Raketenstationierung) auf der einen Seite, friedenspolitische Vielfalt und Ausdifferenzierung (je nach politisch-ideologischer Herkunft oder nach Interesse) auf der anderen Seite - das mußte sich nicht ausschließen, sondern verlieh der neuen Massenbewegung eine Art kreative Spannung, die sie über einen längeren Zeitraum am Leben erhielt. Im explosionsartigen Massenprotest gegen den Golfkrieg 1991 und selbst noch in der breiten Ablehnungsfront gegen die Atomtestserie der Chirac-Regierung im Sommer/Herbst 1995 schlugen sich Spätfolgen der vorausgegangenen friedenspolitischen Aufklärungsarbeit nieder.

Wenn man sich heute fragt, was von der Friedensbewegung der 80er Jahre noch übrig geblieben ist, so wird man nüchtern feststellen müssen, daß in quantitativer Hinsicht nur noch ein Bruchteil dessen aufzufinden ist, was einmal vorhanden war. In qualitativer Hinsicht dürfte die Bilanz wesentlich besser ausfallen. Gewiß: Es gibt untrügliche Zeichen dafür, daß die Militarisierung der deutschen Außenpolitik in den 90er Jahren auch die Köpfe eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung erfaßt hat. Vor allem unter dem Eindruck der Ohnmacht der Friedensbewegung gegenüber dem furchtbaren Krieg im ehemaligen Jugoslawien begannen sogar frühere Friedensaktivisten, für ein militärisches Eingreifen der UNO bzw. der NATO gegen den vermeintlichen Alleinaggressor Serbien zu plädieren.

Bemerkenswert ist jedoch auch, wie schwer sich die Bundesregierung tat, in der Bevölkerung Zustimmung für ihre - nicht einmal ungeschickt angelegte - Politik der sukzessiven Gewöhnung an militärische

Auslandseinsätze zu erhalten (Kambodscha, Somalia, Bosnien). Es ist bis heute zweifelhaft, ob es für Out-of-area-Einsätze der Bundeswehr eine eindeutige Mehrheit in der Bevölkerung gibt - sie ist ja nicht gefragt worden. Das in den 80er Jahren entstandene, auf Frieden und Abrüstung orientierte Streben großer Teile der (west-)deutschen Bevölkerung (in der damaligen DDR, so scheint mir, war dieses Streben noch wesentlich stärker verbreitet) bestimmt ihr Denken und Fühlen bis heute. Und diese Langzeitwirkung hat die Friedensbewegung nicht allein durch ihre Anti-Raketen-Politik erzielt, sondern vor allem auch durch die Initiierung einer umfassenden friedenspolitischen Diskussion. Solche Diskussionen konnten in dieser Intensität und in dieser Breite über einen längeren Zeitraum allerdings nur geführt werden, weil die Auseinandersetzung um die Raketenstationierung die Öffentlichkeit für solche Diskussionen aufgeschlossen und bereit gemacht hat.

Aus diesem Befund lassen sich drei überraschend einfache Konsequenzen ziehen: Erstens sollte die Friedensbewegung ihre gewonnene inhaltliche Breite und organisatorische Vielfalt pflegen. Nichts wäre schädlicher als der Versuch, der Friedensbewegung eine Hierarchie relevanter Themen oder gar eine einheitliche Tagesordnung verpassen zu wollen. Zweitens sollte darauf geachtet werden, daß die Friedensbewegung neben der aufwendigen Mitarbeit an aktiver ziviler Konfliktbearbeitung und humanitärer Arbeit noch genügend Raum und Zeit zur - wenn man so will: traditionellen - politischen Aufklärungsarbeit bleibt. Der politische Druck auf Parlament und Regierung bleibt unverzichtbar. Und drittens wird es darum gehen müssen, jenen archimedischen Punkt zu finden, an dem sich die verschiedenen friedenspolitischen Themen und Zugänge mit der unmittelbaren Betroffenheit großer Bevölkerungsgruppen überschneiden. Natürlich ist es nicht möglich, umstandslos an die „alten Zeiten“ der Friedensbewegung anzuknüpfen - dazu haben sich viel zu viele politische Parameter verändert. Ein gemeinsames politisches Projekt könnte aber dazu dienen, neue politische Zugänge zu einer Veränderung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik zu öffnen.

Bemerkenswert ist jedoch auch, wie schwer sich die Bundesregierung tat, in der Bevölkerung Zustimmung für ihre - nicht einmal ungeschickt angelegte - Politik der sukzessiven Gewöhnung an militärische Auslandseinsätze zu erhalten (Kambodscha, Somalia, Bosnien).

Im November 1989 begann in Bulgarien das Ende des autoritären Staatssozialismus. Dieser Prozeß war u.a. bestimmt auch das Fehlen einer eigenen bulgarischen Dissidentenbewegung. Opposition in Bulgarien spielte sich in den 80er Jahren meist in der Kommunistischen Partei ab. Doch die Hoffnung, daß sich so die Fehler anderer Regierungen beim Transformationsprozeß vermeiden ließen, erfüllten sich nur teilweise. Die Folgejahre waren in Bulgarien von politischen Instabilitäten bestimmt. Im Juni 1990 gewannen die Sozialisten die ersten freien Wahlen. Sie mußten ihre Macht aber bereits nach erneuten Wahlen im Oktober 1991 an die antikommunistische Union der Demokratischen Kräfte (SDS) abtreten. Nach Abspaltungen und internen Streitigkeiten verlor die SDS bereits ein Jahr später ihre Mehrheit. So trat unter Ministerpräsident Berov (SDS) im Dezember 1992 ein Kabinett an, das von der Tolerierung durch die Sozialistische Partei (BSP) abhing, bis diese 1994 Berov nach Streitigkeiten über Berovs unzureichende Sozialpolitik stürzte.

Aus den Neuwahlen im Dezember 1994 ging die Listenverbindung aus BSP, Bauernpartei und Umweltbewegung "Ekoglasnost" als Siegerin hervor und erreichte eine absolute Mehrheit (125 der 240 Parlamentssitze). Deutlich geschlagen die übrigen Parteien: SDS (69 Sitze), die SDS-Abspaltung Volksunion (18 Sitze), die Bewegung für Rechte und Freiheit (DPS) der türkischen Minderheit (15) und der Business-Block (13). Die Versuche der BSP, dennoch eine Koalitionsregierung zu bilden, scheiterten. So bildete Ministerpräsident Jean Videnov eine Regierung, in der die BSP zehn, die Bauernpartei vier, Ekoglasnost einen und Parteilose fünf Minister stellen. Damit ist es erstmals seit 1989 gelungen, eine stabile Regierung zu bilden, die eine Legislaturperiode überstehen kann.

Die Bulgarische Sozialdemokratische Partei (BSP) spielt in der politischen Landschaft Bulgariens nur noch eine untergeordnete Rolle. 1989 war sie die erste legalisierte Oppositionspartei, gegründet von ehemaligen politischen Häftlingen. Schon bald wurde sie in die Sozialistische Internationale (SI) aufgenommen. Doch ein ständig betonter Antisozialismus und strengste Aufnahmekriterien für neue Parteimitglieder

ließ die BSP in die Bedeutungslosigkeit abwandern. Zu den Wahlen 1994 trat sie schon nur noch in einem Vierparteienbündnis an, daß jedoch an der 4%-Klausel scheiterte, woraufhin die BSP ein Wahlbündnis mit der SDS für die Kommunalwahlen 1995 schloß, die jedoch die BSP deutlich gewann. Heute bezieht die BSP ihre einzige Bedeutung noch aus ihrer exklusiven SI-Mitgliedschaft. Ein Umstand, der auch vielen innerhalb der SI Kopfschmerzen bereitet. Da es innerhalb der SI Usus ist, daß Mitgliedsparteien quasi ein Veto gegen die Aufnahme neuer Mitglieder aus ihrem jeweiligen Land haben, kann die BSP faktisch mit ihrer sturen Blockadehaltung die SI im bulgarischen Kontext zur Bedeutungslosigkeit verdonnern.

Nach der Regierungsübernahme durch die BSP haben sich die Auseinandersetzungen zwischen Konservativen und Sozialisten unverändert fortgesetzt. Staatspräsident Sheljev (SDS) erklärte wiederholt öffentlich, daß die BSP den alten Staatssozialismus wiederherstellen wolle und warf ihr vor, außenpolitisch sich den russischen Interessen unterzuordnen. Hintergrund für diese Äußerungen ist die Auffassung Videnovs, daß ein NATO-Beitritt Bulgariens nicht gegen den erklärten Willen Rußlands erfolgen könne. Einen wesentlichen Streitpunkt stellte außerdem die Landwirtschaftspolitik dar. Zwar befürworten alle Parteien eine Bodenreform, die die Restitution des ehemaligen Bodeneigentums vorsieht. Doch die BSP änderte die zuvor von der SDS verabschiedeten Bodengesetze dahingehend, daß die Bildung von landwirtschaftlichen Kooperativen erleichtert wird. Da der größte Teil der Landwirte weniger als 10 Hektar Land besitzen, sieht die BSP einzig in der Herausbildung kooperativer Formen der Landwirtschaft eine Chance zur effektiven Nutzung des Landes. In den vergangenen Monaten haben sich diese Spannungen weiter verschärft, nachdem Sheljev gegen eine Reihe wichtiger Gesetze sein Veto einlegte. Die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen werfen ihren Schatten voraus.

Die Sozialistische Partei Bulgariens - ein Kompromiß?

Die BSP ist ein Kompromiß zwischen Reformkräften und alter kommunistischer Elite. Dies wird auch im regierungsamtlichen Handeln immer

Bulgarien: auf dem Weg zur Stabilisierung

von Heiko Kretschmer*

wieder deutlich. So wird dem Anfang 1995 vorgelegten Verteidigungsweißbuch allgemein vorgeworfen, den alten kommunistischen Duktus zu pflegen. Dennoch hat die BSP im Vergleich zu anderen ehemaligen Staatsparteien eine erfreuliche Entwicklung hinter sich. So ist es ihr vielfach gelungen, sich zu öffnen, altes Denken zu überwinden, ohne gleich neoliberalen Marktradikalismen zu folgen, wie dies beispielsweise in Ungarn oder Polen geschah.

Die BSP ist 1989 direkt aus der Kommunistischen Partei hervorgegangen, als der Reformflügel innerparteilich die Mehrheit errang. Dabei stellt die BSP den Versuch dar, die Partei langsam in eine moderne sozialistische Partei zu transformieren, um nicht die Massenbasis in der Gesellschaft zu verlieren - Ende 1995 hatte die BSP immerhin 350.000 Mitglieder bei 8,5 Millionen Einwohnern. Heute sind sämtliche Mitglieder der politischen Führungsorgane der Partei ausgesprochen jung und allesamt noch keine fünf Jahre in der Verantwortung. Dem steht eine völlig überalterte Parteibasis (50% über 60 Jahre) gegenüber, während die WählerInnenbasis der Partei in etwa der einer linken Volkspartei entspricht. Schwierigkeiten hat die BSP insbesondere damit, bulgarische Intellektuelle an sich zu binden.

Dies Diskrepanz zwischen Führung und Parteibasis spiegelt sich auch bei Betrachtung der beiden wichtigsten innerparteilichen Plattformen wider: die Vereinigung für Soziale Demokratie (VSD) und die Marxistische Plattform (MP), deren

Die BSP stellt den Versuch dar, die ehemalige Kommunistische Partei langsam in eine moderne sozialistische Partei zu transformieren, um nicht die Massenbasis in der Gesellschaft zu verlieren - Ende 1995 hatte die BSP immerhin 350.000 Mitglieder bei 8,5 Millionen Einwohnern.

* Heiko Kretschmer, Vize-Präsident der IUSY, Marburg;

Hauptaufgabe die Diskussion der weiteren Entwicklung der Reformpolitik im allgemeinen und der Sozialistischen Partei im speziellen ist. Die VSD beschreibt sich als pro-europäisch (Slogan: "Nach Europa") und offen für marktwirtschaftliche Überlegungen, während die MP eher rückwärts gewandte Auffassungen vertritt. Beide organisieren jedoch nur eine geringe Zahl der Mitglieder (wohl weniger als 1%). Die MP hat ihren Rückhalt an der Parteibasis, während die VSD in der Führungsschicht der Partei hegemonial ist. Angesichts der herrschenden Bereitschaft, der Parteiführung zu folgen, sind die Gegensätze zwischen den Plattformen und zwischen Basis und Parteiführung noch nicht aufgebrochen. Gleichzeitig achtet die Parteispitze sehr auf innerparteilichen Ausgleich. Wohl aus diesem Grunde hat sich Jean Videnov auch keiner Plattform angeschlossen, obwohl auch er der VSD nahesteht.

Innerhalb der VSD wird so die Frage diskutiert, ob es überhaupt eine sozialistische Politik der Transformation in Zeiten des globalen Kapitalismus geben kann. So sieht der Leiter des wissenschaftlichen Dienstes der bulgarischen Nationalversammlung und VSD-Mitglied Dobrin

Kanev angesichts der Krise der Staatsfinanzen kaum sozialpolitische Spielräume. Zumal gleichzeitig die Industrie einer umfassende Strukturreform unterzogen werden muß. Dies geschieht unter erschwerten Bedingungen, sind doch die alten Märkte (Export: über 85% in den Comecon, über 55% in die Sowjetunion) weggefallen. Dementsprechend ist die Industrieproduktion seit 1989 um 50% geschrumpft.

Daher hat jetzt die Schaffung neuer Märkte Vorrang. Um die dafür notwendigen Investitionen zu tätigen, sollen Privatisierungen das erforderliche Kapital aufbringen. Dobrin Kanev sieht die mit diesem Prozeß verbundenen Ungerechtigkeiten und v.a. die Gefahr neuer Konzentrationen, ist doch für ein effektives Betriebsmanagement ausländisches Kapital finanzstarker westlicher Unternehmen notwendig.

Das Dayton-Abkommen: Hoffnung für Bulgarien?

Bulgarien mußte in den letzten Jahren die größten Wohlstandsverluste aller (süd-)osteuropäischen Staaten hinnehmen. Einige Wirtschaftsdaten können dies belegen:

- Bulgarien stand 1994 auf Platz 65 in der UN-Wohlstandsstatistik (1990 noch Platz 33!). Von 1990 bis 1994 nahm das BIP um fast 50% ab und sank somit auf das Niveau von 1969.
- Die Arbeitslosigkeit betrug 1995 ca. 20%, die Inflation 33,4% (1994 gar 121,9%).
- Die Industrieproduktion nahm seit 1990 um 50% ab (1994 nochmals um 2,9%).
- Die Außenhandelsbilanz ist erstmals wieder leicht positiv. Hierzu trugen insbesondere gesunkene Lohnstückkosten bei, da die Löhne nur noch quartalsweise um 90% der Inflationsrate der Preisentwicklung angepaßt werden. Gleichzeitig wurde der bulgarische Lev um 50% gegenüber dem US-\$ abgewertet.
- Das Haushaltsdefizit konnte 1994 auf 7% des BIP beschränkt werden (1993 noch 12,3%). Allerdings sind allein 45% des Haushaltes durch Schuldendienste gebunden. So betrug die Auslandsverschuldung Anfang 1996 8,4 Mrd. US-\$ (1992: 13 Mrd.), von denen dieses Jahr 1,2 Mrd. zurückzubehalten sind. Da weder Weltbank noch IWF Bulgarien finanziell unterstützen, sind die Währungsreserven der bulgarischen Zentralbank mitt-

lerweile auf 700 Mio. US-\$ geschrumpft. Um halbwegs eine stabile Währung zu garantieren, hat die Zentralbank den Leitzins auf 108% angehoben.

Diese Zahlen beschreiben nicht nur die Folgen des Transformationsprozesses, sondern ebenso die des Embargos gegen Restjugoslawien. Restjugoslawien war der dritt wichtigste Handelspartner Bulgariens (8,6% der Exporte). Dramatischer noch nimmt sich jedoch die Tatsache aus, daß alle wichtigen Handelswege Richtung EU durch das Embargo-Gebiet führen. Erhebliche Exportrückgänge waren daher die Folge des 1992 beschlossenen Embargos. So verzeichnen der Agrarsektor und die Nahrungs- und Genussmittelindustrie noch 1994 große Wachstumseinbrüche (-12%).

Die UNO hat zu keinem Zeitpunkt die entstandenen Schäden beglichen. So liefen nicht nur 3 Mrd. US-\$ Entschädigungsleistungen für Bulgarien anlässlich des Irak-Embargos, sondern Monat für Monat weitere 55 bis 66 Mio. US-\$ auf. Dennoch versuchte Bulgarien, das Embargo so weit als möglich einzuhalten, und suchte wiederholt andere Staaten um technische Hilfe bei der Durchsetzung desselben an.

In Bulgarien wurde daher vielfach die Idee diskutiert, nach einem Friedensschluß für Bosnien einen Prozeß in Gang zu setzen, der der Rekonstruktion eine ökonomischen Raumes des ehemaligen Jugoslawien dient und darüber hinaus auch eine wirtschaftliche Union auf dem Balkan anstrebt. Dieser zweifelsohne sinnvolle Prozeß würde aber der finanziellen, ökonomischen und politischen Unterstützung der europäischen Staaten bedürfen. Eine ausgesprochen unwahrscheinliche Variante europäischer Außenpolitik, hat doch gerade der Bosnienkonflikt zur Renationalisierung der Außenpolitiken und zur Reorganisation der NATO gedient.

Hier könnte also deutsche Außenpolitik endlich einmal einen kooperativen Ansatz verfolgen. Damit könnte die Bundesregierung dem Geschwätz von Aufbauhilfen für jene Staaten, die von der Asylgesetzgebung 1992 direkt oder indirekt diskriminiert werden, endlich Taten folgen lassen. In Bulgarien haben alle - ob links oder rechts - sehr irritiert zur Kenntnis genommen, daß die Bundesregierung Bulgarien auf die Negativliste gesetzt hat, was erhebli-

Wesentliche Aufgabe der bulgarischen Wirtschaftspolitik ist es nun, die Privatisierung der Staatsbetriebe vorzuziehen und gleichzeitig die Schere zwischen Arm und Reich wieder zu schließen.

FORUM
entwicklungspolitischer
Aktionsgruppen
Zeitschrift des BUKO

Nr. 201, April
**Feministische
Kritik an
Nachhaltigkeit**
52 S., 7 DM

202/203, Mai
**Herrschende
Nachhaltigkeit -
nachhaltige Herrschaft**
Vorbereitungsreader zum
20. BUKO in Heidelberg
ca. 92 S., 9 DM

Informatives in den Rubriken Kultur,
Ökologie und Rassismus;
Länderberichte, Termine u. v. m.

Bestelladresse:
Redaktion FORUM
Buchtstr. 14/15
28195 Bremen
Tel.: 0421-32 51 56
Fax: 33 78 177

che Verschärfungen für die Visa-Erteilung zur Folge hatte und faktisch ein unüberwindbares Hindernis für die legale Einreise (außer auf spezielle Einladung hin) darstellt. In Bulgarien wird dies als ein Akt rassistischer Diskriminierung wahrgenommen. Entsprechende Witze kursieren allerorten.

Die sozialistische Regierung - und ihre Privatisierungspolitik

Wesentliche Aufgabe der bulgarischen Wirtschaftspolitik ist es nun, die Privatisierung der Staatsbetriebe vorzunehmen und gleichzeitig die aufklappende Schere zwischen Arm und Reich wieder zu schließen. Die neue Regierung versucht hierbei auch neue Privatisierungsmodelle. So sind zwei Runden der Massenprivatisierung vorgesehen. Die erste startete zu Beginn dieses Jahres, die zweite ist für 1997 vorgesehen. Dabei kann jede/r volljährige bulgarische BürgerIn ein Investitionsbuch im Wert von 25.000 Lev erhalten. In drei Auktionen werden über 1000 Unternehmen zur Massenprivatisierung freigegeben. An diesen Auktionen können die BürgerInnen direkt oder über Privatisierungsfonds teilnehmen. Das spezifische am bulgarischen Privatisierungsprozeß ist die Tatsache, daß jedes Unternehmen in einem bestimmten Verhältnis der Massen- wie auch der deregulierten Marktprivatisierung unterliegt. Es wurden lediglich 32 besonders wichtige Infrastrukturbetriebe (Staatsbahn, Kraftwerke, Flughafen, Seehafen etc.) von der Privatisierung ausgenommen. Bei der Marktprivatisie-

rung sieht das Gesetz zudem bestimmte Vorteile für ArbeiterInnen vor, die am Erwerb ihres eigenen Betrieb teilnehmen wollen.

Mit der Schaffung einer entsprechenden Gesetzgebung (Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsrecht) hat die Regierung die Grundlagen für diese Privatisierung geschaffen. Als Vorbild diente meist das deutsche Rechtssystem. Außerdem wurde der Aufbau moderner Institutionen und lokaler Regierungsstellen u.ä. vorgebracht. Wichtigste soziale Errungenschaft der BSP-Regierung war zweifelsohne die Rentenanpassung in 1995, die einen über die Inflationsrate hinausgehenden Rentenanstieg realisierte. Ein Schritt, der am 1. April 1996 wiederholt werden konnte.

Das erste Jahr der neuen Regierung der Demokratischen Linken konnte einige Erfolge hervorbringen. So sank die Arbeitslosenzahl erstmals unter 400.000. Es wurden 100.000 neue Beschäftigungsverhältnisse geschaffen. Allerdings steht in Kürze die Stilllegung von 67 Staatsunternehmen bevor und damit verbunden die Entlassung von 40.000 Beschäftigten. Das Bruttosozialprodukt stieg um 2,5% an. Die Außenhandelsbilanz schloß mit einem Überschuß von 450 Mio. US\$ ab, wobei die EU zum wichtigsten Handelspartner Bulgariens wurde. Die Reallöhne konnten wieder stabilisiert werden, nach kräftigen Verlusten in den Jahren (-30% in 1994) zuvor. Für 1996 wird eine weitere Stabilisierung der ökonomischen Lage in Bulgarien prognostiziert. So soll die Wirtschaft um 3% wachsen

und die Inflation auf 20 bis 25% sinken.

Kritisch bleibt allerdings weiterhin das Verhalten ausländischer Investoren. So verdreifachten sich zwar die Investitionen griechischer Unternehmen, deren Leistungskraft als begrenzt gilt, doch insgesamt halbierte sich das Aufkommen ausländischer Investitionen in Bulgarien. Trotz leicht verbesserter Investitionslage zu Beginn dieses Jahres muß festgehalten werden, daß mit insgesamt 600 Mio. US-\$ ausländischer Investitionen in Bulgarien dieses Land den Schlußplatz in Osteuropa einnimmt. Mehr als jeder dritte investierte Dollar kam dabei aus der BRD. Ob Bulgarien angesichts dieser Ignoranz der westeuropäischen Industriestaaten und der hohen Auslandsverschuldung in der Lage sein wird, sich wirtschaftlich zu erholen und den Prozeß der Deindustrialisierung umzukehren, um auch die soziale Lage verbessern zu können, liegt nur zum geringen Teil in der Macht der sozialistischen Regierung in Sofia. Hier ist Europa gefordert. Europa muß Bulgarien eine verstärkt sozial- und beschäftigungsorientierte Politik finanzieren. Auch sollte eine solche Unterstützung der Schaffung unabhängiger zivilgesellschaftlicher Institutionen dienen, die die bulgarische Gesellschaft modernisieren und öffnen helfen. Hier liegt noch vieles im Argen, wie nicht nur ein Eingriff des Generalstaatsanwaltes in die Programmgestaltung des Fernsehens zeigte, als dieser erreichte, daß ein Film abgesetzt wurde, der "Homosexualität propagiere".

Europa muß Bulgarien eine verstärkt sozial- und beschäftigungsorientierte Politik finanzieren. Auch sollte eine solche Unterstützung der Schaffung unabhängiger zivilgesellschaftlicher Institutionen dienen, die die bulgarische Gesellschaft modernisieren und öffnen helfen.

isw sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

isw-report

(erscheint vierteljährlich, z. T. mit beigeheftetem wirtschaftsinfo)
DM 5,- plus Versand (Jahresabo: 30,- DM)

MedienMultis und MultiMedia (Nr. 22, Januar 1995)
Kerneuropa - Kelm zur Weltmacht (Nr. 23, April 1995)
Arbeit ohne Zukunft? - Referate 4. isw-forum (Nr. 24, Juli 1995)
5 Jahre neue Bundesländer (Nr. 25, Oktober 1995)
Cash - Crash - Casino-Kapitalismus (Nr. 26, Januar 1996)
Neue Arbeitswelten (Nr. 27, April 1996)

isw-spezial

Strategische Waffenbrüderschaft Deutschland-Türkei
(Nr. 8, April 1995), DM 5,- + Versand

isw-wirtschaftsinfo extra

Lohn, Preis, Profit '95, Argumente & Fakten zur Tarifrunde
(Nr. 20, Januar 1995) DM 4,- + Versand
Ausbildung & Übernahme (Nr. 23, Sept. 1995) 4,- + Versand
Von Krise zu Krise - Standortkrieg und Beschäftigungspolitik
(Nr. 25, April 1996), DM 5,- + Versand

wirtschafts- und grafikdienst

Multimedia (Nr. 1, Okt. 95), DM 7,- + Versand
Reichtum u. Kapitalmacht in Deutschland
(Nr. 2, Nov. 95), DM 8,- + Versand
w&gd Nr. 3 zum Thema Steuern erscheint im Mai 1996

analysen fakten & argumente

Neu bei isw!

Neue Arbeitswelten

Lean Management - Lean Society



isw REPORT_NR. 27

isw wirtschaftsinfo extra Nr. 25

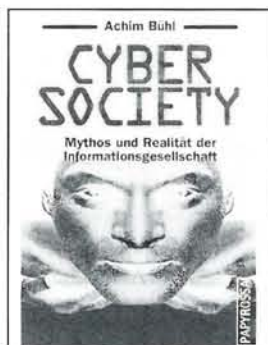
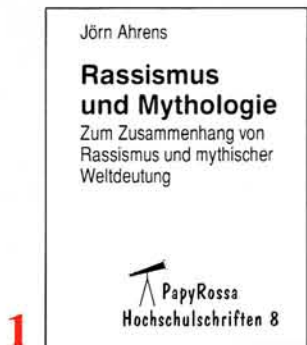
Info und Argumente
zu Standortkrieg und Beschäftigungspolitik
für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. München
April 1996

Von Krise zu Krise Standortkrieg und Beschäftigungspolitik



Prospekte anfordern,
Bestellungen,
abonnieren, fördern
bei isw sozial-ökologische
Wirtschaftsforschung e.V.
Johann-von-Werth-Str. 3,
80639 München,
Fax 089-168 94 15

Wir verschenken zwei Bücher
für jedes neue **spw**-Abo,
echt



Jörn Ahrens
Rassismus und Mythologie
Zum Zusammenhang von Rassismus und mythischer Weltdeutung
Ladenpreis: DM 26,-

Achim Bühl
Cybersociety
Mythos und Realität der Informationsgesellschaft
Ladenpreis: DM 38,-

Michael Höhn
Sympathie für den Teufel
Kritischer Ratgeber Okkultismus, 2. Aufl.
Ladenpreis: DM 19,80

Hoffmann/Mückenberger
Die Wahrheit der Träume
1968 und heute
Ladenpreis: DM 26,-

Berthold Happel
Der Ball als All
Mythos und Entzauberung des Fußballspiels
Ladenpreis: DM 26,-

Große-Oetringhaus/Strack
Verkaufte Kindheit
Kinderarbeit für den Weltmarkt
Ladenpreis: DM 29,80

Bitte je zwei
Kennnummern auf
der **spw**-Abokarte
angeben